

IRAN im DISKURS

Themendossier zum **SÄKULARISMUS** im **IRAN**

Regionale und internationale Entwicklungen; Irans
Verwundbarkeit und Isolation:
Vorwärts in Richtung Schwarzes Loch

Der Untergang der Islamischen Republik im Spiegel
militärischer Krisen

Die konstitutionelle Monarchie als Garant für die
Bewahrung eines säkularen Staatswesens im Iran.

Entmythologisierung des säkularen Mossadegh



Hossein Zenderoudi
Dal+Dal+Dal 1970

Die Idee des Säkularismus – eine iranische Problematik?

Editorial - Elahe Ramandi



Der Begriff Säkularismus, dessen Entwicklung ihren Ursprung in Europa hat insbesondere ab dem elften Jahrhundert, formte sich im Kontext tiefgreifender Konflikte zwischen Kirche und Kaisermacht. Im Verlauf des Mittelalters und der Renaissance erhielt diese Idee nach und nach eine theoretische Fundierung und zählt heute zu den fundamentalen Prinzipien staatlicher Ordnung in der modernen Welt. Ursprünglich fokussierte sich der Säkularismus auf die Trennung von religiösem und politischem Bereich im engeren Sinne sowie auf die Begrenzung der absoluten Macht der Kirche. In der Epoche der Aufklärung wurde daraus die institutionelle und philosophische Grundlage moderner Staatlichkeit entwickelt.

Im Iran hingegen hat dieses Konzept weder als Basis institutioneller Ordnung gedient noch blieb es von theoretischen Missverständnissen und politischen Auseinandersetzungen unberührt. Bis heute zählt es zu den kontroversesten und konfliktbeladensten Themen innerhalb der iranischen politischen und intellektuellen Debatte. Betrachtet man den Ursprung des Säkularismus aus historischer Perspektive, so versteht man darunter die Unterscheidung zwischen dem „Religiösen“ und dem „Weltlichen“ im Kontext des Christentums. Einige muslimische Denker vertreten die Auffassung, dass der Islam im Unterschied zum Christentum von Anfang an Regelwerke und Lehren für das „weltliche“ Leben der Gläubigen (der Umma) mitgebracht habe. Aus diesem Grund versuchen manche zu erläutern, der Islam sei seiner Natur nach bereits eine säkulare Religion. Als Beleg für diese These wird die Struktur der Scharia und das islamische Rechtssystem (Fiqh) angeführt, das bis in die kleinsten Aspekte des sozialen Lebens der Gläubigen eingreift. Umstritten ist diese These jedoch aufgrund der grundlegenden Differenz zwischen der historischen Erfahrung der Säkularisierung im christlichen Abendland und der strukturellen Beschaffenheit des Islams, insbesondere in seiner schiitischen Ausprägung. Die rechtswissenschaftliche Tradition (Fiqh) fungiert hier als normatives Gefüge, das in die detailliertesten Bereiche des gesellschaftlichen, juristischen, ökonomischen und politischen Lebens eingreift. Im schiitischen Kontext führt dies nicht zu einer Trennung, sondern vielmehr zu einer notwendigen Koexistenz von Religion und Staat. Denn der Islam ist eine Religion der Scharia, und die Durchsetzung dieser Scharia zählt zu seinen grundlegendsten Prinzipien. Die Scharia wiederum besteht aus Gesetzesnormen, die aus den Versen des Korans, den religiösen Vorschriften sowie aus der Sunna, der prophetischen Tradition, abgeleitet werden. Sie zielen auf die Regelung der Angelegenheiten der Umma sowie des Personenstatuts der Muslime ab, was heute unter dem Begriff „Zivilrecht“ zusammengefasst wird.

Die schiitische Auslegung des Islam hat im Bereich der politischen

Theorie und des öffentlichen Rechts historisch weder eine wesentliche Bedeutung erlangt noch kann sie bis heute tragfähige Konzepte vorweisen. Die wenigen vorhandenen Grundprinzipien, die zugleich als Säulen dieses religiösen Zweigs im Islam gelten, lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Jegliche Herrschaft während der sogenannten „Großen Verborgenheit“¹ (ğaybat-e kubrā) wird als illegitim angesehen und bezeichnet man als „Herrschaft des Unrechts“² (hokumat-e gawr), da die Ausübung politischer Autorität ausschließlich den „Unfehlbaren“ (maʿšūmīn), den Imamen, vorbehalten sei.
2. Mit dem Beginn der „Großen Verborgenheit“ des zwölften Imams, eines Nachfahren des Propheten, ist der direkte Zugang zu einem unfehlbaren Repräsentanten nicht mehr gegeben, wodurch die Errichtung einer legitimen, vom Imam geführten Regierung unmöglich wurde.
3. Dennoch wird aus pragmatischer Sicht jede Form von Herrschaft, selbst wenn sie nicht vollständig legitim ist, einem Zustand völliger Anarchie vorgezogen.
4. Folglich neigen die Kleriker traditionell dazu, faktisch bestehende Regime zu akzeptieren, auch wenn sie diese nicht als religiös legitim anerkennen.
5. So unterstützten die schiitischen Geistlichen während der Konstitutionellen Revolution im Iran von 1905 bis 1911 die Idee einer konstitutionellen Monarchie, obwohl sie diese ebenfalls zur Kategorie der „Herrschaft des Unrechts“ zählten. Dennoch betrachteten sie sie als das geringere Übel im Vergleich zu einem despotischen Regime.
6. Bereits zu dieser Zeit räumten sie mangels expliziter islamischer Vorschriften für staatliche Angelegenheiten faktisch das Recht zur Gesetzgebung in jenen Bereichen ein, die das Verhältnis zwischen Staat und Bürger sowie exekutive Hoheitsaufgaben betrafen. Diese Felder sahen sie als eine „Zone außerhalb der Reichweite der Scharia“ (manṭaqat al-firağ) an, in der säkulare Normsetzung als zulässig galt, beispielsweise im Bereich der zivilen und militärischen Verwaltung.

Was hingegen blieb, waren die Bereiche des Personenstandsrechts, des Handels sowie des islamischen Strafrechts. Bereits in den ersten Jahren nach dem Sieg der Konstitutionellen Revolution jedoch geriet auch das Handelswesen zunehmend unter den Einfluss rechtlicher Regelwerke westlicher Herkunft, insbesondere aus Belgien, Frankreich und weiteren europäischen Ländern. In der Folge wurden neue Gesetze entworfen, um den Handel, das Bankwesen

1 Die große Verborgenheit (ğaybat-e kubrā) ist ein zentraler Begriff im schiitischen Islam, insbesondere bei den Zwölfer-Schiiten. Sie bezeichnet die Zeit, in der der zwölfte Imam, Muhammad al-Mahdi, nicht mehr öffentlich sichtbar ist und sich in einer Verborgenheit befindet.

2 Im schiitischen Islam bezeichnet der Begriff Unfehlbare (maʿšūmīn) eine kleine Gruppe von Personen, die als frei von Sünde und Irrtum gelten. Dazu zählen der Prophet Muhammad, seine Tochter Fatima sowie die zwölf Imame. Sie werden als durch göttlichen Schutz vor Fehlern im Glauben und in Rechtsfragen bewahrt angesehen.

und andere moderne Sektoren der nationalen Wirtschaft rechtlich zu regulieren. Diese Gesetzesentwürfe verbanden internationale Vorbilder mit gesellschaftlich anerkannten Normen im Land und wurden schließlich durch die Nationale Beratende Versammlung verabschiedet und in Kraft gesetzt. An diesem Punkt lässt sich das Projekt der konstitutionellen Bewegung als der erste ernstzunehmende Versuch einer rechtlichen Säkularisierung im Iran einordnen. Die Erfahrung der Konstitutionellen Revolution kann tatsächlich als ein einzigartiger Wendepunkt in der politischen Tradition Irans betrachtet werden, da in diesem historischen Moment erstmals die Grundlagen für eine institutionelle Trennung zwischen dem religiösen Normenkanon und einem säkularen Gesetzgebungsprozess geschaffen wurden.

In Fragen des Privatrechts und der zwischenmenschlichen Beziehungen, insbesondere hinsichtlich der Rechtsstellung und der Rechte von Frauen im Vergleich zu denen der Männer sowie in Angelegenheiten wie Ehe, Scheidung, Erbfolge und der rechtlichen Feststellung des persönlichen Status, verblieben sowohl die Zuständigkeit als auch die Deutungsmacht ausschließlich bei den islamischen Rechtsgelehrten und innerhalb der auf der Scharia basierenden Rechtsordnung. Mit der Einrichtung und dem Fortbestand des Nationalrats (Majles-e Shorā-ye Melli) entwickelten sich gerade diese Bereiche zu einem der zentralen Spannungsfelder zwischen dem säkularen Staatswesen und der religiös-juristischen Ordnung. Um diesen Konflikt zu entschärfen und eine Konfrontation mit den Klerikern in der Gesellschaft vor 120 Jahren – also in der Anfangsphase der Entstehung und Festigung der politischen und rechtlichen Ordnung des konstitutionellen Staates im Iran – zu vermeiden, wurde zweierlei unternommen: Erstens wurde ein allgemeiner Grundsatz in den Ergänzungsartikel zur Verfassung aufgenommen, demzufolge sämtliche Gesetze im Einklang mit dem „Geist des Islams“ stehen müssen. Zweitens wurden fünf hochrangige Rechtsgelehrte (Fuqaha) in den Nationalrat berufen, um die Gesetzgebung auf ihre Übereinstimmung mit ebenjenem religiösen Geist zu überprüfen. Auf diese Weise gelang es den Befürwortern eines säkularen und weltlich-rechtlichen Staatssystems, das Votum der Geistlichkeit zumindest in Teilen abzumildern.

Von noch größerer Bedeutung für die Festigung eines „säkularen“ Rechtsstaates und für die strukturelle Trennung von Religion und Politik war jedoch die Kodifizierung des Zivilrechts. Die Umwandlung religiös-juristischer Prinzipien in ein modernes, säkulares Gesetzeswerk, verbunden mit der gezielten Vernichtung der Protokolle der Gesetzgebungsdebatten, ermöglichte eine zukünftige Rechtsauslegung, die sich auf Vernunft, gesellschaftlichen Konsens und die Anforderungen einer sich wandelnden modernen Gesellschaft stützt. Besonders im Bereich des Schutzes der Rechte von Frauen und Kindern bedeutete dieses Vorgehen eine erhebliche Einschränkung der Einfluss- und Interventionsmöglichkeiten der Kleriker. Der Prozess der Herauslösung von Politik und Recht aus der religiösen Sphäre sowie die allmähliche Zurückdrängung des Einflusses der Geistlichkeit im Iran beruhte auf zwei essenziellen Voraussetzungen. Zunächst erforderte dieser historische Wandel das Vorhandensein eines handlungsfähigen und legitimierten Staatsapparats, der die institutionellen Grundlagen für ein säkulares Rechtssystem schaffen und dessen Aufbau mit politischer Entschlossenheit vorantreiben sollte. Gleichzeitig war eine gebildete und aufgeklärte Schicht von Intellektuellen notwendig, die in der Lage sein sollte, die neuen weltlich orientierten Rechtsnormen

gesellschaftlich zu verankern und den geistigen Boden für ihre künftige Akzeptanz zu bereiten. Diese Elite hätte das säkulare Recht als ein gemeinschaftliches und dauerhaftes Kulturgut begründen und schützen müssen.

In den Regierungszeiten von Reza Schah und Mohammad Reza Schah wurden bedeutende rechtliche Reformen auf den Weg gebracht. Neben dem Zivilgesetzbuch ragte insbesondere das Familiengesetz hervor, das sowohl die Rechte und Freiheiten der Frauen als auch die der nichtmuslimischen Bevölkerungsgruppen erheblich stärkte. Bedauerlicherweise stellte sich jedoch ein erheblicher Teil der intellektuellen Elite, insbesondere unter dem Einfluss antidemokratischer und antiwestlicher Ideologien, gegen diese rechtstaatlichen Fortschritte und suchte stattdessen ideologische Allianzen mit dem klerikalen Establishment. Ein weiterer entscheidender Aspekt im Prozess der Säkularisierung und Rationalisierung des politischen und sozialen Systems im Iran war die Neuordnung der Justiz. Während das Rechtssystem vor der konstitutionellen Revolution vollständig unter der Kontrolle der Geistlichkeit stand, erfolgte mit der Gründung eines modernen Justizwesens, der Einführung einer mehrstufigen Gerichtsbarkeit sowie der Errichtung öffentlicher Registerämter und Notariate eine tiefgreifende Entmachtung der religiösen Autoritäten. Die Geistlichkeit wurde dadurch schrittweise aus der Zuständigkeit für Familienrecht und Strafrecht entbunden, Bereiche, die zuvor unter ihrer alleinigen Kontrolle standen. Dieses Beispiel markiert eine strukturelle Form der Säkularisierung, die durch die Autorität des Staates und die Notwendigkeit einer funktionalen, rationalen Verwaltung motiviert war.

In einer solchen Struktur hat sich das, was in Europa über Jahrhunderte hinweg durch Konflikte, Revolutionen und Philosophie errungen wurde – nämlich die Unabhängigkeit des Staates von der Religion – im Iran, mit Ausnahme einer kurzen Phase während der Pahlavi-Ära, nie dauerhaft durchgesetzt. Aus diesem Grund ist das, was theoretisch unter dem Begriff eines „säkularen Islams“ verhandelt wird, in der Praxis kaum realisierbar. Zur Sicherung des Fortbestands eines säkularen Staates bedarf es einer Institution, die der Autorität der religiösen Sphäre überlegen ist – einer Institution, die in der Lage ist, rechtliche und zivilgesellschaftliche Ordnungen aus der Vormachtstellung des Klerus zu befreien.

In dieser Ausgabe der Zeitschrift versuchen drei Beiträge auf Grundlage historischer, struktureller und theoretischer Analysen das Verhältnis von Islam Staat und Säkularismus im Iran zu klären. Das Editorial kann aus Raumgründen nicht all die Tiefenschichten und Widersprüche dieses komplexen Zusammenhangs entfalten. Es versteht sich daher als Impuls eine vertiefte Auseinandersetzung mit einer der grundlegendsten Fragen unserer politischen und gesellschaftlichen Gegenwart anzustoßen:

Wie lässt sich unter den Bedingungen einer religiös geprägten Geschichte und einer tief verankerten schiabischen Rechtsordnung die Möglichkeit eines säkularen Staates überhaupt denken? Eine Frage, die zweifellos nach Aufklärung im emphatischen Sinne der Aufklärung nach umfassendem Dialog und nach einer unverstellten Konfrontation mit dem eigenen intellektuellen und institutionellen Erbe verlangt.

E. Ramandi

Inhaltsverzeichnis

Armin Monsaref

Regionale und internationale Entwicklungen; Irans
Verwundbarkeit und Isolation:
Vorwärts in Richtung Schwarzes Loch

8

Dr. Mostafa Rashidi

Das Schicksal Irans zwischen geopolitischem Konflikt
ideologischer Prägung (ummah-volkszentriert) und
einer geopolitikorientierten Rationalitätsstrategie

12

Dr. Saeed Ghasseminejad

Wie können die USA und die EU den illegalen Ölhandel
zwischen dem Iran und China effektiv unterbinden?

23

Milad Gaikani

Der Untergang der Islamischen Republik im Spiegel
militärischer Krisen

28

Dr. Ardavan M. Khoshnood

Irans bevorstehender Führungswechsel: Mögliche
Entwicklungen nach dem Tod Khameneis

31

Dr. Mehdi Amiri

Mohammad Reza Schah Pahlavi neben Habib
Elghanian während eines Besuchs in einer Fabrik des
Elghanian-Konzerns.

38

Dr. Nima Ghasemi

Die konstitutionelle Monarchie als Garant für die
Bewahrung eines säkularen Staatswesens im Iran.

44

Farhad Soleimannejad

Entmythologisierung des säkularen Mossadegh

48

Impressum

»Iran im Diskurs« wird vom Verein
Iranische Liberale Frauen e.V.
herausgegeben.

ISSN 3052-5829

Chefredakteurin:

Elahe Ramandi

Redaktionsberater:

Dr. Nima Ghasemi

Übersetzerinnen:

Elahe Ramandi

Maryam Atamajori

Haleh Hossein Ramandi

Layout & Gestaltung:

Mohsen Hadavi

Art Direction:

Bozorgmehr Khorsand *

Kontakt:

<https://irandiskurs.de/>

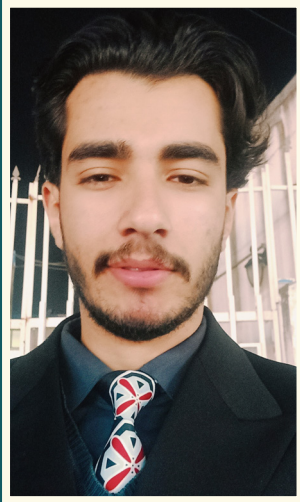
iid@iranische-liberale-frauen.org

IRANimDISKURS



Geopolitik





Armin Monsaref,
Student der
Wirtschaftswissenschaften,
Forscher mit Schwerpunkt
auf der Geschichte des
politischen Denkens und
der Zeitgeschichte, mit
besonderem Interesse
an ökonomischen und
gesellschaftlichen
Entwicklungen.

Regionale und internationale Entwicklungen; Irans Verwundbarkeit und Isolation:

Vorwärts in Richtung Schwarzes Loch

Verfehlte geopolitische Strategien und das vollständige Fehlen funktionierender internationaler Beziehungen – gepaart mit dem mangelhaften Umgang der Islamischen Republik mit ihren Nachbarn – haben Iran zunehmend in die Richtung eines geopolitischen „Schwarzen Lochs“ gedrängt. Die Islamische Republik hat ein Land, das einst auf natürliche und historische Weise als Kreuzung der Welt galt, in ein bedeutungsloses Vakuum verwandelt. Es scheint, als wäre die Existenz oder Nichtexistenz Irans für die Weltgemeinschaft – und noch schwerwiegender, für seine direkten Nachbarn – kaum mehr von Bedeutung.

Bereits vor zwei Jahren wurde auf dem Gipfeltreffen der G20-Staaten eines der größten Transitprojekte unserer Zeit beschlossen – ein Korridor, der Indien mit Europa verbinden soll. Iran war daran nicht beteiligt und hatte nicht einmal einen Stellenwert. Schon zuvor hatte die Türkei den sogenannten Lapis-Lazuli-Korridor etabliert und sich über Afghanistan, Pakistan und sogar China vernetzt. Diese Route führt durch Zentralasien, Georgien, die Republik Aserbaidschan und Turkmenistan, obwohl der Weg über iranisches Territorium der einfachste und zugänglichste gewesen wäre. Dennoch entschied sich die Türkei für eine erheblich komplexere Strecke. Iran wurde aus diesem strategisch bedeutsamen Projekt ausgeschlossen. Neben der Präsenz der Islamischen Republik spielte sicherlich auch die historische-nationalstaatliche Rivalität zwischen der Türkei und Iran eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Der Iran hat in nahezu allen strategischen Bereichen und in den vitalen Zonen des Iran Niederlagen erlitten. Betrachten wir die Straße von Hormus, die einst eine der strategischen Stärken Irans im Zusammenhang mit dem Ölexport der arabischen Golfstaaten war. Diese Meerenge diente in Krisenzeiten als strategisches Druckmittel gegenüber diesen Staaten, zugleich war sie eine bedeutende Einkommensquelle und ein Ort geopolitischer Machtdemonstration.

Heute jedoch ist die Straße von Hormus aufgrund falscher Politiken und der konfrontativen Haltung dieses unfähigen Ordnungsapparates gegenüber den Ländern der Region zu einem kaum genutzten Raum verkommen. So sehr, dass selbst eine Schließung der Meerenge keinen Einfluss mehr auf den Ölexport dieser Staaten hätte, da sie ihre Transitrouten bereits verlagert haben. Es stellt weder ein geopolitisches Druckmittel noch eine wirtschaftlich oder strategisch bedeutsame Ressource dar. Selbst in seinen Häfen befindet sich der Iran in eine Situation der Demütigung. In fast allen Bereichen der maritimen Konkurrenz hat der Iran den Nachbarländern das Feld überlassen. Der pakistanische Hafen Gwadar wird im Rahmen des chinesischen „One Belt, One Road“-Projekts dem iranischen Hafen „Chabahar“ – einem der strategisch wichtigsten Häfen Irans – vorgezogen. Iran hat in diesem gigantischen chinesischen Projekt keinerlei Rolle.

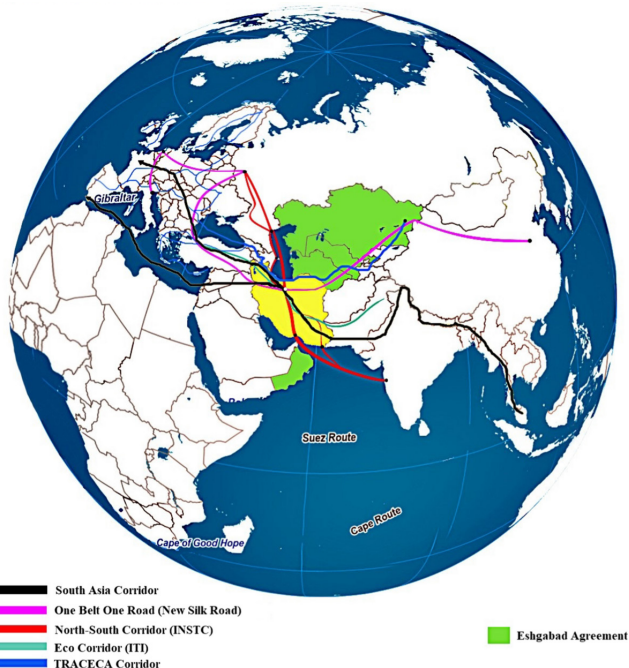
Der Iran, einst Vorreiter in der Nutzung maritimer Häfen, befindet sich heute in einer höchst prekären Lage am Persischen Golf. Trotz des Umstands, dass der Iran über die längste Küstenlinie am Golf von Oman und Persischen Golf verfügt, und mehrere Container- und Ölhäfen im Persischen Golf und Indischen Ozean besitzt – Objekte, um die den Iran viele Länder beneiden würden –, hat Irans Anteil am regionalen Handel katastrophal abgenommen. Der Großteil des wirtschaftlichen und kommerziellen Nutzens hat sich in den Süden des persischen Golfs verlagert.

Selbst Investitionen in den eigenen Staat im Bereich Transitwege hat der Iran vernachlässigt. Etwa im Irak, der lange Zeit als Irans „Hinterhof“ galt. Auch dort wurde der Iran umgangen. Ein Blick auf das Vierparteien-Memorandum über das Entwicklungsstraßenprojekt zwischen Irak, Türkei, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Qatar zeigt: Dieses sicherheits-ökonomische Großprojekt schließt Iran nicht nur aus, sondern vertieft auch die Verbindungen zwischen diesen vier Staaten auf beispiellose Weise. Das Projekt beginnt im bedeutenden Hafen von Al-Faw in Basra, und wird mittels einer 1200 Kilometer langen Eisenbahntrasse durch irakisches Territorium an das Schienennetz der Türkei angeschlossen. Dieser Korridor verbindet die Emirate, Irak und die Türkei mit Europa.

Die irakische Regierung plant, bis zum Jahresende 2025 einen Containerterminal mit einer Kapazität von 3,5 Millionen 20-Fuß-Containern sowie den Hafen Al-Faw zu eröffnen. Damit wird dieser Hafen zum wichtigsten und größten Umschlagplatz im Nahen Ostens aufsteigen. Dabei hätte die historische und geografische Lage Irans sowie seine hochwertigen Küstenregionen den Bau von noch bedeutenderen Projekten erlaubt – doch Iran ist heute nicht einmal mehr in der Lage, mit Irak auf diesem Gebiet zu konkurrieren.

Straße von Hormus





Heartland der globalen Korridore

Wachstum der Nachbarländer und Irans Rückständigkeit in den kommenden Jahren:

Wie bereits im ersten Abschnitt kurz erwähnt, vertiefen wir hier die Betrachtung des Wachstums der Nachbarländer Irans. Beispielsweise hat der Irak, über dessen Hafen Al-Faw wir bereits besprochen haben, im vergangenen Jahr fünf neue Hafenkais in Betrieb genommen. Dieser Hafen ist darauf ausgerichtet, eine effizientere Route als der Sueskanal für den Zugang Europas zum "Persischen Golf" und zum Indischen Ozean bereitzustellen. In den nächsten Phasen dieses Projekts sollen zudem eine Ölraffinerie, ein Stahlwerk, sowie kommerzielle und Wohnanlagen entstehen. Der Irak treibt seine Projekte in den letzten Jahren durch die Aufnahme ausländischer Investitionen sowie die Unterstützung koreanischer und italienischer Unternehmen voran. Die irakische Industrie wird innerhalb weniger Jahre zu den führenden in der Region gehören.

Auch im militärischen Bereich arbeitet der Irak an seiner Erneuerung. Dies bedeutet, dass der Irak in Zukunft – insbesondere bei Fortbestehen der fehlerhaften Politik der Islamischen Republik – eine sicherheitspolitische Bedrohung für Iran darstellen könnte. Besonders relevant wird dies in Fragen der Grenzsicherung und der militärischen Präsenz.

Qatar:

Die Blockade Qatars im Jahr 2017 und der kollektive Abbruch diplomatischer Beziehungen durch die arabischen Länder, die mit Saudi-Arabien verbündet sind, stellten einen weiteren Faktor dar, der die Konkurrenz um Hafeninfrastruktur in der Region des Persischen Golfs verschärfte. Qatar reagierte darauf mit der Beschleunigung des Ausbaus des Hafens Hamad, um der wirtschaftlichen Blockade seiner arabischen Nachbarn zu entgehen und zugleich Ländern wie Iran voraus zu sein. Die erste Phase dieses großen Hafens in Qatar, dessen Bau im Jahr 2010 begonnen hatte, nahm 2016 den Betrieb auf. Die erste Bauphase dieses großen Hafens, dessen Errichtung 2010 begann, wurde bereits 2016 in Betrieb genommen. Doch erst im Jahr 2017 begann die groß angelegte Entwicklung dieses Hafens mit dem Ziel, ihn zu einem Export-Hub auszubauen und als Rivalen des Hafens Jebel Ali in den Vereinigten Arabischen Emiraten zu etablieren.

Die Endausbaustufe dieses Hafens wird über eine Kapazität von 7,8 Millionen 20-Fuß-Containern pro Jahr verfügen. Es bestehen regelmäßige wöchentliche Seeverbindungen nach Oman, Kuwait und Indien. Während der Zeit der Sanktionen unterzeichnete Qatar zudem Transportabkommen mit Iran und der Türkei. Der Hafen Buschehr galt dabei als iranisches Pendant zum Hafen Hamad. Der Hafen Hamad bildet zusammen mit den beiden weiteren Haupthäfen des Landes, dem Hafen Doha und dem Hafen Al-Ruwais, die zentralen Tore Qatars zum internationalen Handel. Da Qatar nur mit einem einzigen Land eine Landgrenze teilt, erfolgt sein Hauptzugang zur Außenwelt über den Seeweg.

Eine weitere wichtige Eigenschaft Qatars ist seine Rolle als weltweit führender Exporteur von Flüssigerdgas (LNG). Qatar hat hierfür LNG-Terminals errichtet, um diesen strategischen Rohstoff über den Seeweg zu exportieren. Statistiken zufolge deckt Qatar über drei Terminals – Ras Laffan 2, Ras Laffan 3 und QatarGas 1 – nahezu drei Viertel der gesamten Flüssiggasproduktion im Nahen Osten ab und exportiert jährlich etwa 75 Millionen Tonnen LNG in die Welt. Mit diesem Projekt hat Qatar gewissermaßen begonnen, das Meer „aus Irans Hand zu entreißen“.

Oman:

Auch ein Land wie Oman stellt heute eine ernstzunehmende Gefahr für Iran dar. Oman ist eines der vier Länder der Region, das ohne Nutzung der Straße von Hormus Zugang zu internationalen Gewässern besitzt. Aus diesem Grund befinden sich alle drei Haupthäfen Omans – Sohar, Salala und Duqm – außerhalb des Persischen Golfs, in den Gewässern

des Golfs von Oman. Oman befindet sich gegenwärtig in der Phase des Ausbaus des Hafens Salala, mit dem Ziel, dessen Massengutumschlagkapazität von derzeit 6 Millionen Tonnen auf 26 Millionen Tonnen jährlich zu erhöhen. Der Hafen Sohar wird in Zusammenarbeit mit der Hafenverwaltung Rotterdam (Niederlande) weiterentwickelt.

Im Jahr 2021 erreichte Oman durch die Erweiterung seiner Betankungsanlagen im Hafen Sohar die Fähigkeit, mit dem Hafen Jebel Ali bei der Versorgung durchfahrender Schiffe zu konkurrieren. Laut Weltbank-Statistik verzeichnete Oman in den Jahren 2000 bis 2019 ein Gesamtcontaineraufkommen von 64 Millionen 20-Fuß-Containern. Der Hafen Duqm ist der jüngste Hafen Omans, wurde 2012 eröffnet und verfügt über eine Kapazität von 1,5 Millionen 20-Fuß-Containern. All diese Entwicklungen sind bedrohliche Signale für den Iran, zumal das Land Iran trotz all seiner umfangreichen Ressourcen und Potenziale im Gegensatz zu Ländern wie diesen – keine nennenswerte Entwicklung vorweisen kann und in naher Zukunft erheblich zurückfallen droht.

Entwicklungen in Syrien und die geopolitische Expansion der Türkei:

Die Umbrüche im Nahen Osten, insbesondere in Syrien, waren über Jahre hinweg für den Iran und Länder wie die Türkei, die dort strategisch involviert waren, ebenso für Akteuren wie die USA und Russland, von essenzieller Bedeutung. Die Position Irans in diesen Entwicklungen hat sich jedoch infolge der fehlgeleiteten Politik der Islamischen Republik in Syrien in geradezu erschreckender Weise degeneriert. Eine der gravierendsten Fehlentscheidungen der Islamischen Republik in diesem Zusammenhang war die übermäßige Annäherung an die Positionen Russlands, eines Landes, das stets einen Blick auf iranisches Territorium geworfen hat und Iran in internationalen Fragen lediglich als Werkzeug betrachtete, niemals als strategischen Verbündeten.

Ein Beispiel: In den Jahren 2015 und 2016 griffen israelische Kampffjets, in Absprache mit der russischen Luftabwehr in Damaskus, Samir Qantar, einen Kommandanten der Hisbollah, der gerade eine neue Front gegen Israel in den drusisch besiedelten südlichen Grenzgebieten eröffnen sollte, in die Luft. Wenige Monate später wurde Mustafa Badr al-Din, Oberbefehlshaber des militärischen Arms der Hisbollah, am Flughafen von Damaskus – einem Operationsort russischer Streitkräfte – ermordet. Im März 2016 verkündete Russland, als sich syrische Truppen in der Nähe von Jisr al-Schughur befanden, dass es seine Kräfte aus Syrien abziehe und mit den USA über einen Waffenstillstand verhandeln werde.

Das Ergebnis? Alle strategischen Ziele der Operation in Latakia wurden zunichte gemacht, und die iranischen sowie syrischen Truppen gestoppt. Russland zog dem „angeblich“ strategischen Verbündeten den Boden unter den Füßen weg – in Abstimmung mit Israel – und ermöglichte diesem, zentrale Führungspersönlichkeiten der Hisbollah zu eliminieren.

Der Kern dieses Abschnitts besagt, dass Iran trotz Investitionen in syrische Streitkräfte und Rückendeckung durch Russland nicht fähig ist, sich in der Region strategische Einflusszonen zu etablieren und nachhaltig auszubauen. Im Gegensatz zum Iran trugen in der Türkei die ideologisch geprägten Zielsetzungen der herrschenden Machtelite unter Erdoğan maßgeblich zur Entfaltung ihrer strategisch orientierten Außenpolitik bei. Von Beginn an verfolgte sie eine stringente Strategie, die unter dem Deckmantel der „Hai’at Tahrir al-Sham“ in der Reaktivierung der Jabhat al-Nusra bestand: die Förderung der Ideologie der Muslimbruderschaft, um politischen Einfluss gegenüber Rivalen wie der Islamischen Republik Iran und Saudi-Arabien zu gewinnen. Die Entwicklungen in Syrien, insbesondere der Machtzuwachs von Al-Sharq und Tahrir al-Sham, ereigneten sich just in jenem Moment, als Irans Stellvertreterkräfte sich in ihrer schwächsten Phase befanden: Die Kommandostrukturen der Hisbollah waren dezimiert, die Hamas in einem prekären Zustand, und die Haschd al-Schabi stand kurz vor der Auflösung. Kurdische Gruppierungen wie die YPG wiederum – beeinflusst durch die Lage der PKK in der Türkei – waren ebenfalls nicht in der Lage, zugunsten Irans zu agieren.

Das Resultat? Die geopolitische Expansion der Türkei in Syrien – und die Etablierung einer neuen Front gegen den Iran. Die Islamische Republik hat mit der Verschwendung nationaler Ressourcen im Namen des „Widerstandes“ sowie durch die Unterstützung terroristischer Gruppen weder sicherheits-politisch noch strategisch-politisch etwas erreicht – im Gegenteil: Sie hat den Iran in seiner Gesamtheit weiter destabilisiert.

All dies – verbunden mit der feindseligen Haltung der Islamischen Republik gegenüber Staaten wie Israel – hat die Entwicklung und Sicherheit des Landes schwer beschädigt. Und sollte sich Iran nicht von diesen verhängnisvollen politischen Ausrichtungen befreien, wird es gegenüber seinen regionalen Rivalen weiter an Boden verlieren. Die entscheidende Frage bleibt, wie das iranische Volk künftig mit diesem bösartigen Krebsgeschwür – dem islamischen System – umzugehen gedenkt. Es bleibt kein anderer Weg als der der Befreiung.



Dr. Mostafa Rashidi

ist promovierter Absolvent im Fachbereich Politische Geographie und Geopolitik an der Universität Teheran. Er verfügt über Lehrerfahrung an Hochschulen und ist Autor zweier Fachbücher mit den Titeln „Das 21. Jahrhundert – Das Jahrhundert des Asien-Pazifik-Raums“ sowie „Einführung in die geographische Theorie der internationalen Politik“. Seine Arbeiten widmen sich zentralen geopolitischen Fragestellungen Irans, darunter die Außenpolitik in Bezug auf den Kaukasus, Zentralasien und die Türkei, die Hydropolitik und Wassergovernance sowie die politische Raumentwicklung und Landesplanung.

Das Schicksal Irans zwischen geopolitischem Konflikt ideologischer Prägung (ummah-volkszentriert) und einer geopolitikorientierten Rationalitätsstrategie

Der theoretische Rahmen ergibt sich aus der geopolitischen Lehre des Realismus: Geopolitik ist die Wissenschaft der Erkenntnis geografischer Räume – (lokal, national, regional und global) – sowie der Analyse und Anwendung wirksamer Handlungen im Sinne einer Maximierung von Sicherheit und nationalem Interesse auf Grundlage dieses Raumbewusstseins. Staaten gelten als die zentralen Akteure auf dem Feld der Politik und stehen somit im Mittelpunkt geopolitischer Analysen. Ein klares Verständnis eines Staates vom geopolitischen Gewicht seines Landes – also der Gesamtheit geografischer Machtfaktoren in politischen, sicherheitsbezogenen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Dimensionen – führt zu rationalem Handeln auf regionaler wie internationaler Ebene und infolgedessen zur Stärkung des innerstaatlichen Wohlstands und der internationalen Position.

Als strategisches Deutungs- und Handlungssystem kann Geopolitik – abhängig von der ideologischen Ausrichtung und Zielsetzung des handelnden Akteurs – entweder zu einem bloßen Instrument zur Rechtfertigung ideologischer Ziele und politischer Interessen eines Regimes, Netzwerks oder politischen Apparats wird, wobei sie auf nationaler oder internationaler Ebene zur Inszenierung und Täuschung missbraucht werden kann (geopolitisches Denken im Dienst einer Ideologie), oder sie dient einem staatlichen Akteur als Quelle der Macht, um die eigene Position im internationalen System realistisch zu erfassen und auf dieser Grundlage maximale Sicherheit und nationale Interessen zu verwirklichen (rationalitätsorientiertes geopolitisches Denken). Angesichts der zunehmenden Bedeutung von Handel, Marktwirtschaft, Transitwegen und Energieinfrastruktur wird der Begriff der Geoökonomie zunehmend synonym mit großen Teilen der

Geopolitik verwendet. Man kann sagen, dass geopolitisches Handeln nationaler und internationaler Akteure im Bereich ökonomischer Fragen, im Sinne wechselseitiger Beeinflussung, den wirtschaftlichen Aspekt der Geopolitik abdeckt.

In der Struktur des internationalen Systems gilt ein Staat, der auf der Grundlage wirtschaftlicher Beziehungen und friedlicher Außenpolitik die Entwicklung und den Wohlstand seines Landes anstrebt, ohne sich in politische, sicherheitspolitische oder militärische Abenteuer in den Nachbarstaaten, der eigenen Region oder anderen geopolitisch sensiblen Räumen einzumischen, aus Sicht der meisten Staaten als stabiler und berechenbarer Partner für nachhaltige Beziehungen. Ein solcher Staat wird in das internationale Wirtschaftssystem eingebunden und erreicht – je nach seiner geopolitischen Lage, seinen natürlichen und menschlichen Ressourcen sowie seinen regionalen und globalen Verbindungen – ein Maß an Verflechtung mit der Weltwirtschaft (z. B. durch Anbindung an Energie-, See-, Land- und Lufttransitlinien) und an weiteren Strukturen der globalen Ökonomie, das wiederum nationale Entwicklung und Wohlstand ermöglicht.

Die realistische Haltung eines außenpolitischen Akteurs beruht auf dem geopolitischen Gewicht eines Landes – als Summe potenzieller und realisierter Machtfaktoren, sowie auf der Einsicht in die Konsequenzen, die außenpolitisches Handeln für das nationale Interesse mit sich bringt. Diese Einsicht ist der Schlüssel zu geopolitischer Vernunft. Grundsätzlich, losgelöst von ideologischer Verblendung und im Einklang mit den fundamentalen Prinzipien der Geopolitik gilt: Kein Nationalstaat opfert seine nationalen Interessen und seine Sicherheit zugunsten einer Ideologie. Wird dennoch so gehandelt, ist die nationale Legitimität des betreffenden Regimes in Zweifel zu ziehen, eine Unterscheidung, die es erlaubt, durch die geopolitische Brille zwischen nationalstaatlicher und nicht-nationalstaatlicher Ordnung zu differenzieren. Auf dieser Grundlage widmet sich der vorliegende Text der geopolitischen Analyse der jüngeren Geschichte Irans im 20. und 21. Jahrhundert und lädt die Leserinnen und Leser dazu ein, mit einem neuen Blick die geopolitische Realität des Landes zu erkennen.

Das geopolitisch orientierte Denken: Eine Erzählung von Freiheitsstreben, Rechtsstaatlichkeit und nationalem Interesse

Mit dem Sieg der konstitutionellen Revolution (1906) eröffnete sich für das iranische Volk ein neuer Weg. Anstelle eines über

Jahrhunderte hinweg aufgezwungenen Fatalismus, der von Aberglauben und religiösem Obskurantismus geprägt war, trat nun das Streben nach Gesetzlichkeit und moderner Erkenntnis. Getrieben vom Wunsch, das Rückstandsniveau gegenüber dem Fortschritt der modernen Menschheit aufzuholen, begann die Gesellschaft, sich einem wissenschaftlich-rationalen Denken zuzuwenden, das den dogmatischen Weltanschauungen der Vergangenheit entgegenstand. Die Vision eines glanzvollen Iran, in Anknüpfung an seine vorislamische Größe, gegründet auf modernen Technologien, humanistischen Begriffen und dem Streben nach Freiheit und Erkenntnis, wurde zum Leitbild jener, die erkannt hatten, dass die Zukunft denjenigen Nationen gehören würde, die sich ihrer eigenen Identität und geopolitischen Stellung auf der Welt bewusst waren und die fähig waren, sich vom Joch des Aberglaubens und rückschrittlicher Ideologien zu befreien.

Die Freiheitsbewegungen, die Ausrufung der konstitutionellen Monarchie und schließlich der Befehl Mohammad Ali Schahs – mit Rückendeckung des russischen Imperiums – zur gewaltsamen Auflösung des Parlaments, zur Verhaftung des Premierministers sowie führender Vertreter der konstitutionellen Bewegung und zur Bombardierung des Parlamentsgebäudes, führten zur landesweiten Erhebung der Bevölkerung und zur Herausbildung einer großen konstitutionellen Bewegung in weiten Teilen Irans.

Die Konstitutionelle Revolution spiegelte den kollektiven Willen der Iraner wider, sich von den feudalen Machtstrukturen und der Vormundschaft eines als „Schatten Gottes auf Erden“ (*zill Allāh*) verstandenen Herrschers zu befreien.

Doch die Einmischung schari'a-orientierter Fraktionen, die traditionell als Komplizen islamischer Herrscher bei der Aneignung von Eigentum und Leben der Bevölkerung fungierten – lenkte die ursprünglichen Ziele dieser historischen Bewegung in ideologisch motivierte Bahnen um. Die Folgen dieser ideologischen Umleitung sind bis heute spürbar, sichtbar in der Fortexistenz der gegenwärtigen Islamischen Republik.

Neben der Einflussnahme dieser religiös-konservativen Kräfte und dem Scheitern einer nationalen Einigung zur Überwindung der Kadscharen, die Iran als ihr persönliches Eigentum betrachteten und dessen Verlust als ständige Bedrohung empfanden, trugen auch die soziale Misere, die wirtschaftliche Rückständigkeit, der Bildungsmangel, das Fehlen grundlegender Rechte für Frauen und Kinder, die mangelhafte medizinische Versorgung, die unentwickelte Infrastruktur sowie

die Einmischung ausländischer Mächte und die Aktivitäten innerer Gegner der Zentralregierung zur politischen Unsicherheit bei. Die Bedrohung von Stabilität und Sicherheit, die als unerlässliche Voraussetzungen für Entwicklung und danach für Demokratie gelten, führten zunehmend dazu, dass in der Bevölkerung wie auch unter Intellektuellen der Ruf nach einer starken, ordnenden und stabilisierenden Regierung laut wurde.

So entstand das Bewusstsein für die Notwendigkeit eines modernen Nationalstaats, eines säkularen und fortschrittlichen Irans, dessen Regierung sowohl auf materieller als auch auf ideeller Ebene fundamentale Reformen initiieren sollte. Die Verbindung von Säkularismus und Nationalbewusstsein bildete dabei jene wirkmächtige Synthese aus Modernisierung und Entwicklung, die bereits sämtliche fortgeschrittenen Nationen des Westens durchlaufen hatten. Dieses nationale Selbstverständnis definierte sich nicht über mystifizierte Ideologien, sondern über konkrete Grenzen, eine real existierende Geografie, eine gemeinsame Geschichte, kollektive Erinnerungen, Mythen, Literatur und ein geteiltes kulturelles Schicksal. In seinem innersten Wesen beinhaltete er die Notwendigkeit, die religiöse Macht aus dem Bereich der Staatsgewalt zu entfernen sowie die lähmende Unordnung ideologischer Zersplitterung

zu überwinden. Anstelle religiöser Heilsversprechen oder stammesbezogener Loyalitäten trat das Bedürfnis nach nationaler Zugehörigkeit und gelebter Bindung an Ort und Staat als Grundlage des politischen Handelns.

Dieser moderne Impuls führte zum Zusammenbruch der traditionalistischen Kadscharenherrschaft und bereitete den Boden für die Etablierung der Pahlavi-Dynastie, einer neuen Ordnung, die auf der Grundlage moderner Wissenschaft das überkommene Gefüge tributpflichtiger Provinzen durch das Konzept des modernen Nationalstaats ersetzte. Gleichzeitig wurde das auf religiösem Dogma beruhende Justizwesen, ein Produkt der Komplizenschaft zwischen Thron und Mullahs, durch ein säkulares und aufgeklärtes Rechtssystem abgelöst. Diese tiefgreifenden Reformen, die in ihrer Essenz die Fortsetzung und Vertiefung der konstitutionellen Revolution darstellten, erfassten bald auch Fragen gesellschaftlicher Sitte, der Rolle der Frau, der individuellen Freiheit und des Schutzes religiöser Minderheiten wie der Armenier, Bahai und Juden.

Im Rahmen des modernen Staates, mit schnelleren Land- und Luftverbindungen, der weiten Verbreitung von Zeitungen und Zeitschriften, einer standardisierten Ausbildung, zunehmender innergesellschaftlicher Koexistenz, Migration und Urbanisierung, entstand eine neue soziale Architektur.



Diese Entwicklung ermöglichte es erstmals, sich ein freies und reflektiertes iranisches Individuum vorzustellen – eingebettet in eine gemeinsame Kultur und zugleich Träger eines eigenständigen politischen Bewusstseins. Damit setzte sich ein neues Verständnis von Person und Gesellschaft durch, das sich deutlich von der vorangegangenen sozialen Ordnung unterschied, in der religiöse und traditionelle Autoritäten oft das gesellschaftliche Leben strukturierten und individuelle Handlungsspielräume begrenzten.

Aus der Perspektive der Diffusionstheorie (Geographical Diffusion Theory) lässt sich die Funktion der pahlawidischen Monarchie als jene begreifen, die darin besteht, die Ideen des Modernismus zu fördern und sowohl die physische als auch die semantische Grundlage für deren Verbreitung über das gesamte iranische Territorium zu schaffen – mit dem Ziel, aus dem alten iranischen Volk eine moderne Nation zu formen. Es war der Beginn eines neuen Kapitels, das viele als eine iranische Renaissance betrachteten – in dem Sinne, wie auch der Westen über die Überwindung der kirchlichen Vorherrschaft eine Brücke zur antiken griechischen Geschichte schlug, bauten die Iraner durch den modernen Staat eine symbolische Brücke über dreizehn Jahrhunderte hinweg zurück zu ihrer goldenen Ära der Sassaniden, Parther, Achämeniden und Meder. Doch diese Rückbesinnung war in Iran nicht flächendeckend, und die Aufgabe des genannten modernen Staates bestand wesentlich darin, Iran wieder aufzubauen, die beschädigte Identität der Iraner zu heilen und ein neues nationales Bewusstsein zu fördern – insbesondere durch die Unterstützung modernistischer Intellektueller.

Dieser Entwicklungsweg war dem zivilisatorischen Pfad der Moderne verpflichtet, geprägt von neuen wissenschaftlichen Disziplinen wie der Geopolitik. In diesem Kontext formierte sich geopolitisches Denken als eigenständige Erkenntnisform, da der moderne Mensch als ein rational kalkulierendes Subjekt gilt, das Wissen zur Erzeugung von Macht in unterschiedlichen Dimensionen – zugunsten seiner selbst und seiner Gemeinschaft (hier: der Nation) – gezielt einsetzt. Ziel ist die Schaffung von Wohlstand auf unterschiedlichen Ebenen und in vielfältigen gesellschaftlichen Maßstäben.

Während der Phase der modernen Staatsbildung im Iran führte das Bewusstsein um die einzigartige geopolitische Lage des Landes, seine immensen Energieressourcen sowie das Erfordernis einer nationalen Erneuerung auf Grundlage dieser strukturellen Vorteile dazu, dass die politische Führung einen explizit geopolitisch fundierten Entwicklungsansatz verfolgte.

Die Pahlavi-Regierung strebte – im Sinne von Modernisierung und nationalem Wohlstand – eine maximale Nutzenstiftung

für das iranische Volk an. Die umfassenden Maßnahmen – darunter der Ausbau von Infrastruktur, die Verbesserung von Bildung und Gesundheitssystem, die Förderung des Tourismus, ein Gleichgewicht im Energiemarkt, die Entwicklung von Technologien zur Wasser- und Energieversorgung, die Erschließung ausländischer Investitionen, die Ausarbeitung regionaler und nationaler Entwicklungspläne als übergeordnete Leitdokumente der Fünfjahresprogramme, der Ausbau von Agrarindustrie, Nahrungsmittelproduktion, Industriebetrieben, Transit und Logistik – verdeutlichen eindrücklich diese strategische Zielsetzung.

Die genannte Regierung verfolgte eine auf internationale Öffnung ausgerichtete Strategie und setzte sich das Ziel, Iran strukturell mit der Außenwelt zu verbinden. Dazu zählten wirtschaftliche Reformen, der Ausbau des Eisenbahn-, Straßen-, Schifffahrts- und Luftverkehrsnetzes sowie die Förderung der Humankapitalentwicklung. Iran sollte eine aktive und strukturprägende Rolle in der regionalen und globalen Ordnung einnehmen – als dynamisches Mitglied einer offenen, marktwirtschaftlich geprägten Weltökonomie.

Die damalige politische Führung erkannte auf Grundlage einer geopolitisch informierten Lageeinschätzung die strategischen Chancen, die sich aus Irans geographischer Position ergeben, und maß diesen Potenzialen eine entscheidende Rolle in der langfristigen Entwicklungsperspektive des Landes bei – mit einem Horizont über ein Jahrhundert hinaus.

Parallel zur qualitativen und quantitativen Modernisierung im Inneren und der strukturellen Entkernung rückwärtsgewandter Ideologien, die als Hindernisse moderner Entwicklung galten, investierte die Regierung systematisch in die Stärkung der militärischen und sicherheitspolitischen Infrastruktur. Die strategische Bedrohungswahrnehmung gründete auf einem differenzierten Verständnis der internationalen Politik und der geopolitischen Realitäten Irans und der Region.

Die politischen Eliten jener Zeit waren sich bewusst, dass nachhaltige Stabilität inmitten eines hochgradig krisenanfälligen Umfelds nur durch eine konsequente Stärkung nationaler Sicherheit zu gewährleisten war – mit dem Ziel, das Land gegenüber externen Bedrohungen wie Krieg und Terrorismus resilient zu machen und zugleich die Region durch kollektive Sicherheitsarchitektur für wirtschaftliche und humane Entwicklung zu öffnen.

Dieses Entwicklungsmodell stand jedoch diametral im Gegensatz zu den Zielsetzungen der marxistisch-islamistischen Aufständischen von 1979

sowie der Islamischen Republik. Diese Kräfte torpedierten bewusst die strategische Öffnung und verwandelten – unter dem ideologischen Banner der „Achse des Widerstands“ – einen geopolitischen Raum von Afghanistan über Iran bis Syrien und Libanon in ein permanentes Krisen- und Konfliktgebiet. Damit zerstörten sie die historischen Chancen auf Entwicklung, Stabilität und gesellschaftliche Entfaltung für Hunderte Millionen Menschen in der Region.

Mit anderen Worten: Die Geopolitik Irans während der Pahlavi-Ära war extrovertiert, kooperationsorientiert und dynamisch. Die Herrschaft der Pahlavis folgte einem rationalen, zeitgemäßen Handlungsmuster, das sich an den strukturellen Erfordernissen ihrer Epoche orientierte. Wäre diese Entwicklung fortgesetzt und in das 21. Jahrhundert überführt worden, hätte Iran das Potenzial gehabt, ein Entwicklungsniveau zu erreichen, das mit dem von Ländern wie China oder Südkorea vergleichbar wäre.

Denn das zentrale Anliegen der damaligen iranischen Regierung bestand darin, die moderne Welt zu verstehen und auf Basis wirtschaftlicher Diplomatie sowie sicherheits- und machtpolitischer Autorität, gestützt auf Irans geopolitische Lage, einen eigenen, aktiven Anteil an ihr zu erlangen – denselben Weg, den China im Jahr 1979 beschritt, just in dem Moment, als Iran unter den Schatten religiös-sektiererischen Fanatismus geriet, obwohl der Iran diesen Weg bereits Jahre zuvor eingeschlagen hatte.

Neben einem klaren Verständnis für die zahlreichen damaligen und zukünftigen geopolitischen Chancen verfügte die kalkulierende Pahlavi-Regierung auch über ein ausgeprägtes Bewusstsein für die sich zuspitzenden regionalen und globalen Bedrohungen.

In einer Welt, in der globale Machtzentren wie die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion die Pole des Kalten Krieges bildeten, verfolgte das Pahlavi-Regime einen realistischen Kurs. Es versuchte, die historische Distanz Irans zu diesen Großmächten – eine Folge jahrhundertelanger Rückständigkeit, verursacht durch ideologische Stagnation, gesellschaftliche Lethargie und fehlende politische Wachsamkeit – durch Balancepolitik, wirtschaftliche Verflechtung, diplomatische Öffnung und militärischen Aufbau zu überwinden. Ziel war es, Irans geopolitische wie geoökonomische Stellung schrittweise zu festigen und auszubauen. Die geopolitische Strategie der Pahlavi-Herrschaft zeichnete sich durch realistische Flexibilität und ein ausgeprägtes Bewusstsein für Irans geopolitische Isolation

aus – eine Isolation, die aus langjähriger Abkopplung von der Welt resultierte. Gleichzeitig war sie bestrebt, Iran durch wirtschaftliche, politische und sicherheitspolitische Integration mit der damaligen internationalen Ordnung zu verknüpfen, um eine belastbare und weniger verwundbare geopolitische Architektur zu schaffen. Charakteristisch für die Außenpolitik Mohammad Reza Schahs war die aktive Ausgestaltung umfassender Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und westlichen Staaten, zur arabischen Welt, zu China und selbst zur Sowjetunion – ohne sich dabei einseitig auf die Spannungen zwischen diesen Akteuren zu fixieren.

Es ist hervorzuheben, dass insbesondere in der Ära Mohammad Reza Pahlavis die Staatsführung – gestützt auf wissenschaftliche Expertise und moderne Verfahren – im Bereich der Planungs- und Budgetpolitik, der für die räumliche Organisation des nationalen Territoriums von zentraler Bedeutung ist, auf die fortschrittlichsten Theorien ihrer Zeit zurückgriff. Bereits seit dem Jahr 1925 etablierte sich die Überzeugung, dass Entwicklungsplanung als strategischer Leitfaden für die territoriale Entwicklung unerlässlich sei. In der Ära des zweiten Pahlavi-Herrschers, beginnend in den 1950er-Jahren, parallel zur Phase des Wiederaufbaus im kriegsversehrten Europa, wurden in Iran erstmals umfassende **Entwicklungspläne**, offiziell als „Bau- und Entwicklungsprogramme“ bezeichnet, eingeführt.

In den 1960er-Jahren wurde – im Einklang mit der internationalen Moderne – die Theorie der „Wachstumspole“ sowie die Gründung strategisch platzierter Industriezonen und industrieller Entwicklungszentren im Iran umgesetzt. In den 1980er-Jahren entstand unter Mitwirkung des französischen Ingenieur- und Planungsunternehmens SETIRAN Irans erster nationaler Raumordnungsplan (*Spatial Planning*), der auf den Erkenntnissen und Defiziten der vorherigen Entwicklungspläne aufbaute und diese systematisch überarbeitete. Bereits ein Jahrzehnt zuvor war in den 1970er-Jahren an der Universität Teheran das „Büro für Raumordnungsstudien“ gegründet worden – ein institutioneller Schritt, der Iran im Bereich der strategischen Landesplanung sogar Ländern der industrialisierten Welt voraus sein ließ.

Tatsächlich war die Pahlavi-Regierung – motiviert durch eine aufrichtige Entwicklungsambition sowie einen konsequent wissenschaftsorientierten und realpolitischen Zugang – bemüht, sowohl die nationale Geografie als auch Irans geopolitisches Wirkungsfeld im internationalen Kontext wissenschaftsbasiert zu gestalten und strategisch weiterzuentwickeln. Es liegt auf der Hand, dass ein solches wissenschaftsgetragenes Zukunftsdenken mit einer klaren,

rational begründeten Vision einherging.

Geopolitik im Dienst der Ideologie (Anatomie eines Absturzes):

Das zerstörerische Ereignis des Jahres 1979 – ein gemeinsames Produkt islamistischer Bewegungen und radikaler Linker – sowie die Machtübernahme durch das Regime der Islamischen Republik, das auf einer islamistischen Ideologie basierte, führten zu einer grundlegenden Verschiebung im geopolitischen Diskurs Irans: von einer rationalen, strategisch fundierten Geopolitik hin zu einer ideologiegeleiteten Geopolitik.

Anstatt dass staatliches Denken sich an den geopolitischen Realitäten orientierte – mit dem Ziel, wirtschaftlichen Wohlstand, sozialen Fortschritt und die internationale Stellung Irans zu fördern –, wurde die Geopolitik zu einem bloßen Instrument ideologischer Rechtfertigung und populistischer Täuschung im Dienst einer nicht-iranischen, destruktiven, spannungsgetriebenen und abenteuerlichen Ideologie.

Im Zentrum dieser ideologisierten Außenpolitik stand nicht mehr das nationale Interesse des iranischen Volkes, sondern ein abstraktes Narrativ von der „Befreiung von Quds“ (Jerusalem) und der islamischen Umma sowie der konfrontative Widerstand gegen globale Großmächte wie die Vereinigten Staaten und den Westen.

In diesem Klima formierte sich an militärischen, paramilitärischen und regimestützenden Universitäten (wie der Tarbiat-Modarres-Universität, der Universität für Höhere Verteidigungsstudien, der Imam-Hossein-Universität, der Imam-Sadeqh-Universität u. a.) eine neue Generation sogenannter „Geopolitiker“, häufig in enger Kooperation mit islamisch geprägten Politikwissenschaftlern und Geistlichen. Sie bedienten sich geopolitischer Terminologie, jedoch ausschließlich zur Verherrlichung eines zerstörerischen Regimes, das den entwicklungsorientierten, kooperationsbereiten Kurs der Pahlavi-Regierung in ein ideologisch aufgeladenes, entwicklungsfeindliches und außenpolitisch konfrontatives Programm verwandelte. Diese ideologisch verblendeten Akteure zeichneten – unter dem Vorwand geopolitischer Interessen – die Verteidigungslinien Irans nicht entlang realer nationaler Sicherheitsbedürfnisse, sondern rund um Jerusalem, den Südlibanon, Damaskus und Karbala – in offener Feindschaft zu den USA und Israel.

Ihre Politik im Inneren bestand im buchstäblichen Verbrauch Irans, bis zur Verwüstung des eigenen Landes,

während sie außenpolitisch die durch Korruption und Misswirtschaft erwirtschafteten Ölgelder in die Hände von Stellvertreterkräften und terroristischen Gruppen fließen ließen – von Libanon über Syrien, Irak und Jemen bis hin zu schiitischen Stämmen, die mit iranischem Geld indoktriniert wurden.

Eben diese pseudotheoretischen, anti-iranischen Ideologen – die weder an Grenzen, Territorien noch an das iranische Volk glaubten, sondern einer islamisch-marxistischen Weltbürger-Ideologie anhingen – konstruierten Begriffe wie „Verteidiger der Heiligen Stätten“ (*Modāfeʾān-e Haram*) oder das „Quds-Ideal“ und verspielt damit die größten geopolitischen Chancen Irans in der postsowjetischen Phase – insbesondere in Zentralasien und im Kaukasus. Heute hat der Iran nicht nur keinerlei strategischen Nutzen aus diesen Regionen gezogen, sondern ist mit wachsendem geopolitischem Druck von Seiten der unabhängigen Nachfolgestaaten der Sowjetunion auf seine Grenzen und Interessen konfrontiert. Ein Regime, das durch eben diese ideologisierte Ausrichtung Iran systematisch in die Isolation geführt hat, hat das Land in einen Albtraum verwandelt – einen Ort der Enge, Unterdrückung und Hoffnungslosigkeit für das iranische Volk.

Mit dem eingetretenen Paradigmenwechsel in der iranischen Geopolitik wurden Irans frühere Partner – wirtschaftlich, politisch und militärisch starke Staaten wie die Vereinigten Staaten, Europa sowie Länder in Ost- und Südostasien – sukzessive durch terroristische Gruppierungen und abenteuerlich agierende Regime ersetzt, darunter Gaddafis Libyen, das Syrien Hafiz al-Assads und seines Sohnes Baschar, die Hisbollah im Libanon und andere vergleichbare Akteure.

Die Besetzung der US-Botschaft in Teheran und die Geiselnahme amerikanischer Diplomaten – ein symbolträchtiges Ereignis, das die inhaltliche Verwirklichung des von Anfang an geteilten Slogans der Islamisten und radikal-linken Gruppen „Nieder mit Amerika“ markierte – führten dazu, dass Iran unter den Druck umfassender Sanktionen und Blockaden durch die größte Weltwirtschaft und deren mächtiges Bündnisnetzwerk im Westen sowie unter deren arabischen, israelischen und asiatischen Partner geriet. Der achtjährige Krieg mit dem Irak war nicht nur eine Folge der wahnsinnigen Ideologie des „Exports der Islamischen Revolution“ nach Khomeinistischem Vorbild und der damit verbundenen Bedrohung der Nachbarn, sondern auch Ausdruck der militärischen Schwächung des Iran infolge der systematischen Eliminierung erfahrener Offiziere der Armee nach der Revolution.

Neben der faktischen Lähmung der

iranischen Wirtschaft, der Beschlagnahmung und Zerstörung von Industrieanlagen sowie dem Zusammenbruch einer im Aufbau befindlichen wirtschaftlichen Ordnung, erlitt das Land auch im Bereich der politischen Stabilität, der Sicherheit und der militärischen Ausstattung massive Einbußen.

In diesem Kontext wurde Iran selbst von Staaten wie Russland nicht als strategischer Partner, sondern lediglich als verhandelbares geopolitisches Spielobjekt wahrgenommen. Infolge der ideologiezentrierten Geopolitik der Islamischen Republik nahm Russland – trotz direkter Angriffe auf Irans geopolitische Interessen wie im Fall des Zangezur-Korridors, des marginalisierten iranischen Anteils am Kaspischen Meer und seiner offenen Unterstützung für anti-iranische Positionen der Golfstaaten hinsichtlich der drei iranischen Inseln – einen besonderen Status innerhalb der offiziellen Doktrin ein und wurde von Ali Khamenei und den Eliten der Revolutionsgarde öffentlich hofiert.

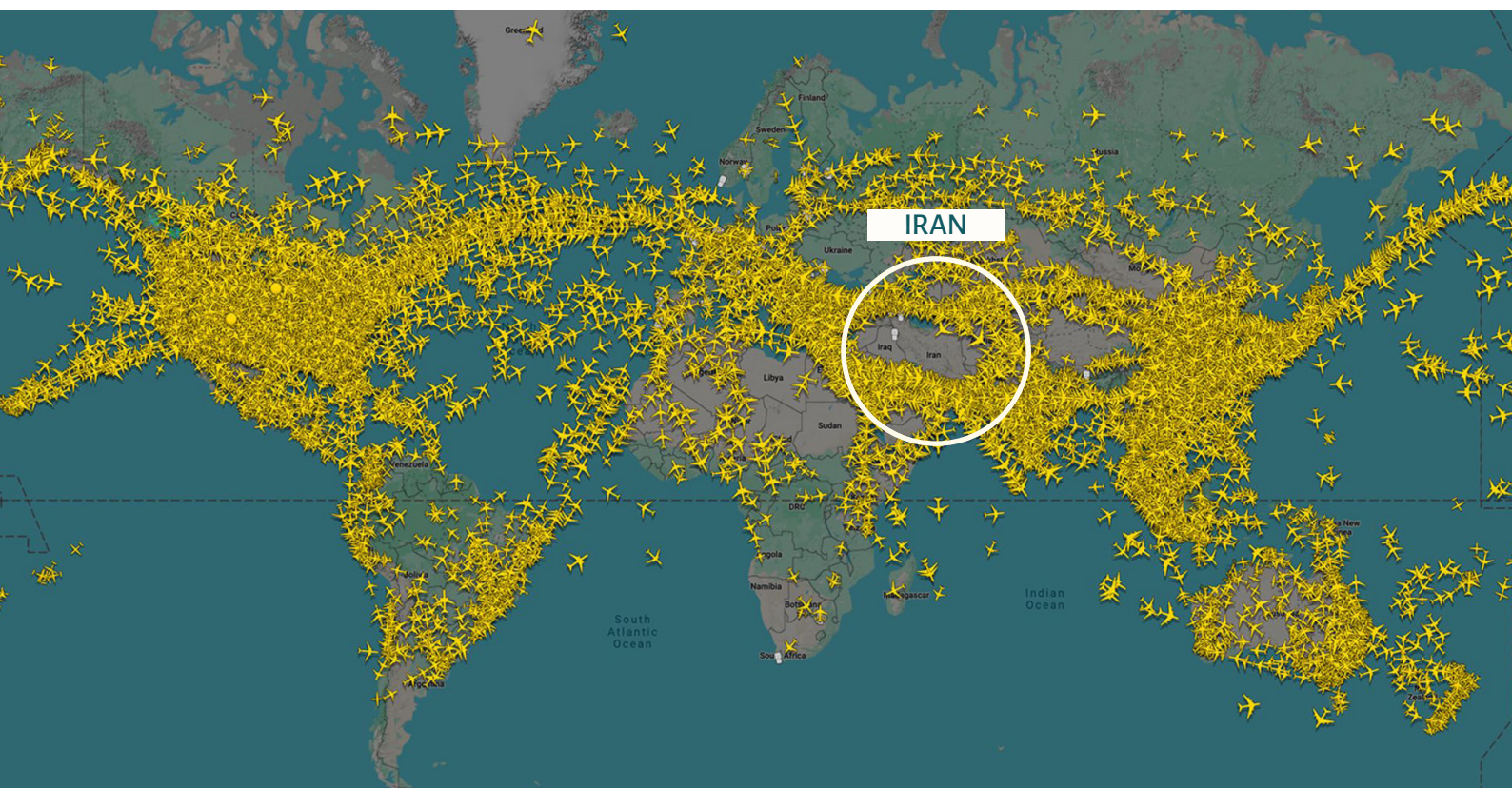
Trotz der offenkundigen und ernstzunehmenden Bedrohung, die Russland für Irans territoriale Integrität darstellt, sehen sich regimenahe „Geopolitiker“ nach wie vor bemüßigt, die russische Position zu rechtfertigen – aus politischem Opportunismus und ideologischer Linientreue gegenüber dem Kreml. Auch China, das unter der Pahlavi-Regierung eine gleichberechtigte und freundschaftliche Beziehung zum Iran gepflegt hatte, übernahm in der neuen Lage eine ähnliche Haltung wie Russland. Irans einstige regionale Partner – etwa Israel – wurden durch die antiisraelischen Parolen des Regimes „Befreiung Quds“, „Zerstörung Israels“ zu Feinden

erklärt. Die arabischen Staaten sowie die Türkei wiederum nutzten die Gelegenheit, das entstandene Vakuum, das der Zusammenbruch eines rational geführten iranischen Staates hinterlassen hatte, durch eigene wirtschaftliche Expansion zu füllen.

In dieser geopolitischen Lage – und angesichts der Tatsache, dass jede Außen- und Innenpolitik letztlich auf den geografischen Chancen und Bedrohungen eines Staates basiert – entwickelte sich die Situation innerhalb Irans zunehmend zu einer multiplen Krise: wirtschaftlich, demografisch und ökologisch.

Wie bereits dargestellt, wäre es in einem freiheitlich-marktwirtschaftlich ausgerichteten System und unter einer kooperationsbereiten Regierung – in Anbetracht der einzigartigen geopolitischen Lage Irans – naheliegend gewesen, dass die Verteilung wirtschaftlicher, industrieller und bevölkerungsbezogener Aktivitäten innerhalb Irans sich entsprechend den globalen Investitionsströmen und räumlichen Dynamiken ausrichtet. Doch diese Entwicklung blieb aus.

So hätte sich schrittweise das Zentrum Irans – etwa Städte wie Isfahan und andere Oasenstädte – in Hauptzentren für medizinischen, kulturellen und naturnahen Tourismus, für Dienstleistungs-, Unterstützungs- und weitere wasserarme Wirtschaftssektoren verwandeln können. Im Gegenzug wären Schwerindustrien und große Bevölkerungsschwerpunkte entlang der südwestlichen, südlichen und südöstlichen



Küstenlinien Irans – also in Khuzestan, Buschehr, Hormozgan sowie im Süden von Sistan und Belutschistan – angesiedelt worden, wodurch industrielle Produktion in direkter Nähe zum Weltmarkt und somit wettbewerbsfähig möglich gewesen wäre. Der für diese Industriezentren sowie für bestimmte urbane Versorgungsbedarfe erforderliche Wasserbedarf hätte – in Analogie zur Wasserpolitik Israels – durch Meerwasserentsalzung im Persischen w und im Omanmeer gedeckt werden können.

Damit hätte man die heute zu beobachtenden Projekte zur Umleitung des Süßwassers aus den wenigen verbleibenden Flüssen ins Landesinnere, zur Versorgung von Industrieclustern, vermeiden können – Projekte, die nicht nur gravierende Umweltkrisen hervorrufen, sondern auch zu politischen und sicherheitspolitischen Spannungen zwischen verschiedenen Regionen im Landesinneren führen. Hinzu kommt, dass Industrien, die hunderte Kilometer vom internationalen Markt – also von Küsten und Häfen – entfernt liegen, strukturell niemals mit konkurrierenden Produkten anderer Länder mithalten können.

All dies offenbart ein selbst auferlegtes strukturelles Dilemma, das aus ideologischer Engführung und konfrontativer Weltanschauung hervorgegangen ist – eine Strategie, die Iran von der nach außen gerichteten, dynamischen Geopolitik der Pahlavi-Ära hin zur introvertierten, isolierten Geopolitik der Islamischen Republik geführt hat. Die positiven Auswirkungen jener außenorientierten geopolitischen Logik lassen sich deutlich an der damaligen Entwicklung von Regionen wie Khuzestan und Bandar Abbas nachvollziehen. Somit wird offensichtlich, welch tiefgreifende Wirkung die geopolitische Denkweise eines Staates auf seine raumstrategische Ordnung entfalten kann.

Die massive Konzentration von Bevölkerung und Aktivitäten mit äußerst geringer Produktivität in ökologisch fragilen Regionen hat nicht nur Armut, Umweltverschmutzung und soziale Marginalisierung zur Folge, sondern führt auch zu Wasser- und Umweltkrisen sowie zu sicherheitspolitischen Gefährdungen infolge der Entleerung peripherer Gebiete und der Überzentralisierung im Inneren des Landes – Entwicklungen, die die Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung und nationale Sicherheit grundlegend untergraben.

Die Islamische Republik Iran gleicht heute weniger einem funktionalen Staat als vielmehr einer kriminellen Sekte ohne geographische Verwurzelung oder Patriotismus. In zyklischer Regelmäßigkeit ist von einer Reform der administrativen Gliederung, einer Verlegung der Hauptstadt oder einem neuen

Landesentwicklungsplan die Rede. Dabei wird übersehen, dass Innen- und Außenpolitik funktionale Fortsetzungen derselben ideologischen Logik sind. Die katastrophale Bilanz – Armut, Arbeitslosigkeit, Marginalisierung, demografische Polarisierung, Umweltzerstörung, gesellschaftlicher Zerfall und letztlich eine nationale Krise – ist das verfaulte Ergebnis eines ideologischen Zugriffs auf nationale Geographie und Geopolitik.

Die einzige denkbare Lösung liegt im Ausmerzen dieses parasitären Fremdkörpers – des islamischen Regimes – aus der Geographie Irans.

Die Islamische Republik hat durch 46 Jahre wirtschaftlicher und politischer Isolation und der konsequenten Konfrontation mit der dominanten Weltordnung – namentlich der freien Marktwirtschaft und ihrer westlichen Träger – Iran in eine Form der geopolitischen Sanktionierung geführt. Der entscheidende Unterschied zwischen einer geopolitischen und einer politischen oder wirtschaftlichen Sanktion liegt darin, dass geopolitische Isolation durch die langfristige Ausgrenzung Irans aus globalen Infrastrukturnetzen – etwa im Bereich des Land-, See- und Lufttransits, der Energietransportleitungen, Internetkabelsysteme und zahlreichen weiteren Schlüsselsektoren – auch nach einem Regimewechsel und dem Sturz der Islamischen Republik noch jahrzehntelang nachwirkt. Es handelt sich hierbei um strukturelle Prozesse, die nicht allein durch politische Transformation rückgängig zu machen sind. Selbst nach einer Revolution oder der Ablösung des islamischen Systems wird es äußerst schwierig sein, die Weltgemeinschaft davon zu überzeugen, etablierte wirtschaftliche Korridore zugunsten iranischer Interessen neu zu konfigurieren.

Um das Ausmaß der Zerstörung sichtbar zu machen, das aus einer ideologiezentrierten geopolitischen Perspektive resultiert, sei darauf hingewiesen: Ein erheblicher Teil der inneriranischen Migration – also die Abwanderung aus Kleinstädten und ländlichen Gebieten in einige wenige urbane Ballungsräume – ebenso wie die Entleerung ganzer Regionen und die daraus resultierenden sicherheitsrelevanten Risiken, die Bevölkerungskonzentration in Metropolen, das Wachstum von Slums sowie die Verelendung in diesen Räumen, stehen in direktem Zusammenhang mit jener isolierten, ideologischen Geopolitik.

Diese Sichtweise hat Iran den Zugang zu globalen Märkten in zentralen Bereichen wie Industrie, industrieller Landwirtschaft, verarbeitendem Gewerbe, Tourismus und Dienstleistungen versperrt. Die

Folge: Arbeitslosigkeit, strukturelle Armut und die erzwungene Flucht breiter Bevölkerungsschichten in Großstädte, wo sie sich in niedrig entlohnenden Tätigkeiten bloß über Wasser halten können.

Vor diesem Hintergrund erklärt sich auch die demographische Überbelastung religiöser Städte wie Mashhad und Qom, deren Bevölkerung etwa in Qom von 240.000 im Jahr 1979 auf über 1,3 Millionen im Jahr 2021 angestiegen ist – eine Vervielfachung, die weit über die ökologische und infrastrukturelle Tragfähigkeit hinausgeht und auf ein ideologisches Stadtentwicklungskonzept zurückzuführen ist, das religiöse Zentren künstlich überfördert und zu politisch-symbolischen Achsen umbaut.

Diese Entwicklungen illustrieren, wie ein ideologischer Zugriff auf Raumordnung und Geopolitik nicht nur wirtschaftliches Potenzial erstickt, sondern auch soziale Ungleichheit, Umweltzerstörung und staatliches Versagen in der Daseinsvorsorge befördert.

Rückkehr zum geopolitischen Denken:

Die Hinweise auf den richtigen Kurs der fortschrittlichen Pahlavi-Regierung im geopolitischen Verständnis – und die anschließende Umkehr dieses Verständnisses infolge der ideologischen Revolution von 1979 – sowie die tiefgreifenden Zerstörungen, die eine ideologisch geprägte Geopolitik für ein Land nach sich zieht, machen eines klar: Jeder Staat, der seinen Bürgern ein Leben in Würde und Sicherheit ermöglichen will, muss sich an einer geopolitisch fundierten Denktradition orientieren – und nicht bloß auf Geopolitik zurückgreifen, um ideologische Rechtfertigungen mit wissenschaftlichem Anstrich zu versehen.

Denn Geopolitik ist nichts Abstraktes oder rein Strategisches: Sie ist die konkrete Wirklichkeit unseres Lebensraums – vom Dorf und der Nachbarschaft bis zur globalen Ordnung. Sie darf nicht ideologisch verzerrt, instrumentalisiert oder „von oben“ interpretiert werden, sondern muss realitätsbezogen, offen und an den Interessen des Gemeinwesens orientiert sein.

Gerade deshalb ist es heute entscheidend, auf den nationalen Aufstand des iranischen Volkes zu hoffen – auf einen Paradigmenwechsel, der fünf Jahrzehnte der Zerstörung und ideologischen Umdeutung beendet. Danach kann der Blick wieder nach vorn gerichtet werden, auf eine Neuausrichtung Irans im Sinne seiner Entwicklung, seiner regionalen

Rolle und seiner Stellung in der Welt – und zwar auf Grundlage einer rationalen, offenen und kooperationsorientierten geopolitischen Denkweise.

Gestützt auf eine weltgeopolitische Kartographie sowie auf Iran innewohnende Potenziale, die im Einklang stehen mit seiner geostrategischen Rolle, sollte das Land eine neue Phase geopolitischer Öffnung beginnen. Es gilt, einen kooperativen Ansatz gegenüber Nachbarstaaten und internationalen Partnern zu verfolgen, alte Verbündete wiederzugewinnen und Politik zu betreiben, die vorrangig auf nationale Interessen, Sicherheit und auf einen Iran-zentrierten Ansatz ausgerichtet ist – losgelöst von jeglicher ideologischen Fixierung auf pan-islamische oder klassenkämpferische Narrative. Die geopolitisch ausgewogene, nach außen gerichtete Strategie der Vorkriegszeit kann als Ausgangspunkt sowie als realitätsnahe Fenster zur internationalen Politik und Ökonomie verstanden werden – auf Basis realistischer geopolitischer Rahmenbedingungen.

Angesichts der aktuellen Krise und der zwingenden Notwendigkeit eines Paradigmenwechsels steht das vorgeschlagene geopolitische Konzept für eine integrale Verbindung von territorialen Kapazitäten, demografischen und ökologischen Herausforderungen sowie der Integration in die globalisierte Marktwirtschaft. Diese Vision bildet eine umfassende geopolitische bzw. geökonomische Analyseplattform, die sowohl nationale als auch internationale Dimensionen der politischen Ökonomie unter einer wissenschaftlich fundierten Perspektive vereint – eingebettet in einen kohärenten, zukunftsorientierten geopolitischen Rahmen.

Eine umfassende geopolitische Neuordnung der Zukunft Irans ist untrennbar mit der Rückanbindung des Landes an transnationale Korridore sowie an globale Infrastrukturachsen in den Bereichen Transit, Energie, Finanz- und Informationskommunikation verbunden. Zentral hierfür ist die funktionale Reorganisation von Bevölkerung und wirtschaftlicher Aktivität innerhalb der nationalen Territorialstruktur – abgestimmt auf das globale geökonomische Umfeld, die innerstaatliche Arbeitsteilung und die ökologischen Bedingungen des iranischen Siedlungsraums.

Diese Wiederanbindung muss einhergehen mit einer strategischen Reorganisation von Bevölkerung und Wirtschaftsaktivitäten im nationalen Raum – und zwar in Einklang mit den Anforderungen der geökonomischen Weltordnung, der nationalen Arbeitsteilung sowie der ökologischen Realitäten des iranischen Lebensraums. Dabei

kann auf die Grundlagen des bereits in den Jahren 1964 und 1974 entwickelten Raumordnungsprogramms zurückgegriffen werden, das jedoch einer zeitgemäßen Überarbeitung und Anpassung an moderne Theorien, Methoden und Instrumente bedarf. Das Ergebnis wäre eine allmähliche, strukturierte Reform von Markt, Gesellschaft und Raumordnung – hin zu einem Iran mit sozial-ökonomischem Wohlstand, getragen von einer verantwortungsvollen nationalen Governance und eingebettet in den globalen Diskurs der freien Marktwirtschaft. Für eine nachhaltige Wiederherstellung von Gesellschaft und Territorium sowie den Aufbau tragfähiger Entwicklungsperspektiven bedarf es einer stabilen Nationalregierung – verstanden als eine an Bevölkerung und Geographie des Landes gebundene Instanz, frei von destruktiven regionalen oder globalen Einflüssen.

Die Vertiefung und Sicherung der Demokratie hängt dabei untrennbar mit ökonomischer und kultureller Entwicklung sowie der Befähigung der Bevölkerung zusammen – mit dem Ziel, gleichberechtigten Zugang zu allen gesellschaftlichen Ressourcen und zur freien Konkurrenz zu ermöglichen. Es darf nicht vergessen werden, dass Iran als Staat und Gesellschaft nach einem halben Jahrhundert Zerstörung vor der Herausforderung steht, umfassende Wiederherstellung zu leisten, die Geschädigten zu stärken und eine stabile Entwicklungslinie einzuschlagen. Der Ausgangspunkt jeder Entwicklungslogik muss dabei ein korrekt verstandener geographischer Rahmen und eine realistisch verankerte geopolitische Perspektive sein.

Mostafa Rashidi ist promovierter Absolvent im Fachbereich Politische Geographie und Geopolitik an der Universität Teheran. Er verfügt über Lehrererfahrung an Hochschulen und ist Autor zweier Fachbücher mit den Titeln „Das 21. Jahrhundert – Das Jahrhundert des Asien-Pazifik-Raums“ sowie „Einführung in die geographische Theorie der internationalen Politik“.

Darüber hinaus hat Rashidi über 30 wissenschaftliche Artikel in nationalen und internationalen Fachzeitschriften veröffentlicht. Seine Arbeiten widmen sich zentralen geopolitischen Fragestellungen Irans, darunter die Außenpolitik in Bezug auf den Kaukasus, Zentralasien und die Türkei, die Hydropolitik und Wassergovernance sowie die politische Raumentwicklung und Landesplanung.

Literaturen:

1. Raschidi, Mostafa & Morad Delalat (2021). Das Verhältnis zwischen Geopolitik und nationalen Entwicklungsstrategien im Iran aus der Perspektive der Raumordnung. In: *Geopolitics Quarterly*, Bd. 17, Nr.1 https://journal.iag.ir/article_108358.html
2. Modjtahedzadeh, Pirouz (2000). Geopolitische Ideen und geopolitische Realitäten. Teheran: Nashr-e Ney.
3. Zarei, Bahador & Mostafa Raschidi (2018). Das 21. Jahrhundert – das Jahrhundert Asien-Pazifik. Teheran: Universitätsverlag der Universität Teheran.
4. Raschidi, Mostafa (2014). Fehlentwicklungen in der territorialen Raumplanung Irans: Eine strategische Modellanalyse im Rahmen der Landesentwicklungsplanung. Teheran: Geographische Fakultät der Universität Teheran.
5. Setiran Ingenieure (1974). Landesentwicklungsplan Iran (Āmāyeš-e Sarzamin). Erstellt von Setiran Engineering, Teheran: Planungs- und Haushaltsorganisation.
6. Modjtahedzadeh, Pirouz (2010). Politische Geographie und geopolitische Strategie. Teheran: SAMT-Verlag.
7. Raschidi, Mostafa & Atiqollah Qamari (2015). Einführung in die geographische Theorie der internationalen Politik. Teheran: Erfan-Verlag.
8. Mirheyder, Darreh; Omran Rasti & Fatemeh-Sadat Mirahmadi (2015). Grundlagen der politischen Geographie. Teheran: SAMT-Verlag.
9. Hafeznia, Mohammadreza (2013). Politische Geographie Irans. Teheran: SAMT-Verlag.
10. Yari, Ehsan & Mohammadreza Faraji (2025). Wirtschaftliche Entwicklung als Paradigma der Macht in den Phasen geopolitischen Denkens. In: *Quarterly Journal of International Studies*, Nr. 84. https://www.isjq.ir/article_221457.htm



ADRIAN DARYA-1

QESHM

IMO 9116412

Wirtschaft

Wie können die USA und die EU den illegalen Ölhandel zwischen dem Iran und China effektiv unterbinden?



Dr. Saeed Ghasseminejad

ist Iran- und Finanzwirtschaftsberater beim Foundation for Defense of Democracies (FDD). Er hat einen Ph.D. in Finanzwirtschaft von der City University of New York und untersucht die Auswirkungen von US-Sanktionen auf Irans Finanzmärkte. Saeeds Arbeiten erschienen in Medien wie The Wall Street Journal, Fox News und Foreign Policy, und er wurde von The New York Times und BBC Persian interviewt.

Kurz nach dem Amtsantritt von Präsident Donald Trump¹ in seiner zweiten Amtszeit äußerte sein neu ernannter Finanzminister Scott Bessent² das Ziel: „Wir sind entschlossen, die Iraner dazu zu bringen, ihre Ölexporte auf 100.000 Barrel pro Tag zu reduzieren.“ Doch die Realisierung dieses Vorhabens erscheint derzeit in weiter Ferne.

Dies entspricht dem 16-Fachen der von Bessent gesetzten Zielmarke. Mit anderen Worten: Ohne eine konsequente Strategie zur Eindämmung der chinesischen Abnahme iranischen Öls wird es kaum möglich sein, die Sanktionen gegenüber der Islamischen Republik wirkungsvoll durchzusetzen. Angesichts der Bedrohung, die das islamistische Regime in Teheran für die USA und Europa darstellt, besteht ein gemeinsames Interesse beider Parteien, den Handel zwischen Teheran und Peking nachhaltig zu unterbinden.

Die Schwierigkeit liegt dabei in dem komplexen Geflecht, das die iranischen Ölexporte ermöglicht, sowie in Pekings entschlossenen Bemühungen, das Regime in Teheran wirtschaftlich über Wasser zu halten. Im Laufe der Jahre hat der Iran seine Techniken zur Umgehung der Sanktionen kontinuierlich verfeinert – darunter Schiff-zu-Schiff-Transfers, gefälschte Dokumente sowie den Einsatz sogenannter „Schattenflotten“. Um dem wirksam zu begegnen, muss Washington bereit sein, Peking tatsächlich wirtschaftliche Nachteile zuzufügen, um ein grundlegendes Umdenken im Verhalten zu erzwingen.

Entscheidend ist der Fokus auf die Endabnehmer in China. Die US- und EU-Behörden müssen nicht nur diplomatischen Druck auf Peking ausüben, sondern auch primäre und sekundäre Sanktionen gegen jene Akteure verhängen, die Handel mit dem Iran treiben, insbesondere gegen solche mit

¹ <https://www.washingtonexaminer.com/tag/Donald-Trump/>

² <https://www.washingtonexaminer.com/tag/Scott-Bessent/>

internationaler Präsenz. Anfang dieses Jahres richteten sich die Vereinigten Staaten erstmals³ gegen eine kleine chinesische Privatraffinerie. Es ist unabdingbar, gezielt chinesische Raffinerien ins Visier zu nehmen, die iranisches Öl verarbeiten. Darüber hinaus sollte das US-Finanzministerium seine Befugnis zur offiziellen Listung (designation authority) nutzen, um auch jene Unternehmen zu sanktionieren, die die Produkte dieser Raffinerien weiterverkaufen. Die gezielte Sanktionierung von Vorstandsmitgliedern und Schlüsselmanagern dieser Firmen erhöht die Wirksamkeit der Maßnahmen erheblich.

Eine Eskalation der Kampagne⁴ zur Beschlagnahmung von Tankern ist notwendig. Die US-Marine und verbündete maritime Einsatzkräfte sollten Schiffe, die sich am illegalen Transport iranischen Öls beteiligen, aufgreifen. Dies erfordert eine verstärkte nachrichtendienstliche Aufklärung zur Identifikation und Verfolgung der betreffenden Schiffe sowie einen rechtlichen Rahmen zur Erleichterung von Beschlagnahmung und Einziehung von Vermögenswerten. Die Botschaft muss eindeutig sein: Die Beteiligung am iranischen Ölhandel hat unmittelbare finanzielle Konsequenzen. Der Iran wird versuchen, im Persischen Golf und im Golf von Oman Vergeltung zu üben; daher müssen die US- und alliierten Marinen entsprechend vorpositioniert sein, um abzuschrecken und zu reagieren.

Die gezielte Listung⁵ zentraler wirtschaftlicher Akteure ist ebenfalls unerlässlich. Die Trump-Regierung belegte im März den iranischen Ölminister mit Sanktionen⁶. Eine horizontale und vertikale Ausweitung solcher Maßnahmen ist notwendig: horizontal, um ähnliche Akteure in weiteren Organisationen zu erfassen, und vertikal, um sämtliche Hierarchieebenen innerhalb der sanktionsumgehenden Strukturen abzudecken. Das US-Finanzministerium muss der Listung von Aufsichtsratsmitgliedern, Geschäftsführern und Großaktionären jener Unternehmen, die aktiv an der Umgehung von Sanktionen beteiligt sind, höchste Priorität einräumen.

Washington sollte zudem über die bloße Listung von Schattenflotten hinausgehen und auch Häfen und Hafenbetreiber, Lagerstätten, Banken sowie Versicherungsunternehmen ins Visier nehmen, die den iranischen Öllexport ermöglichen. Die Störung dieser

logistischen und finanziellen Knotenpunkte kann Irans Zugang zu den globalen Märkten weiter einschränken. Chinesische Banken, die Irans Öleinnahmen verwahren oder weiterleiten, wären in diesem Zusammenhang besonders vorrangige Ziele.

Verdeckte Maßnahmen gegen zentrale Akteure der Sanktionsumgehung sind ebenso unerlässlich. Washington sollte mit den Finanzierern des Korps der Islamischen Revolutionsgarden (IRGC) auf die selbe Weise verfahren wie mit den Finanzierern Unterstützern von ISIS und al-Qaida. Dies würde eine gezielte Zerschlagung kritischer Knotenpunkte im Netzwerk des iranischen Ölhandels erfordern, einschließlich der Personen und Organisationen, die die Umgehung der Sanktionen ermöglichen.

Nach Angaben der Biden-Regierung sind 27 Staaten in den illegalen Ölhandel zwischen dem Iran und China involviert. Eine klare und konsistente Kommunikation seitens des US-Außenministeriums und des Finanzministeriums – insbesondere gegenüber Partnern wie den Vereinigten Arabischen Emiraten und der Türkei – ist unerlässlich, um die Konsequenzen der Umgehung von Sanktionen deutlich zu machen. Eine geschlossene Front unter Einbeziehung zentraler Verbündeter und internationaler Organisationen kann die Wirksamkeit der Sanktionen erheblich verstärken – auch wenn dies unter Umständen Druck auf jene Partner erfordert, die die Bedrohung durch den Iran nicht mit derselben Ernsthaftigkeit wahrnehmen.

Selbst wenn Europa kein iranisches Öl bezieht, kann es dennoch eine bedeutende Rolle dabei spielen, die Vereinigten Staaten in ihrem Bestreben zu unterstützen, Teherans Ölexporte nachhaltig zu unterbinden.

Erstens sollten sich die europäischen Staaten und die Europäische Union der Sanktionskampagne gegen das Netzwerk anschließen, das iranisches Öl nach Peking liefert und die Einnahmen zurück nach Teheran überträgt. Bislang hat Europa die von den USA in diesem Bereich gelisteten Unternehmen und Personen nicht in seine eigene Sanktionsliste aufgenommen. Ein derartiger Schritt würde ein deutliches Signal sowohl an Teheran als auch an Peking senden.

3 <https://www.bloomberg.com/news/articles/2025-03-20/us-sanctions-chinese-refinery-allegedly-linked-to-iranian-oil>

4 <https://www.reuters.com/business/energy/us-energy-secretary-says-we-can-stop-irans-oil-exports-2025-04-11/>

5 https://www.fdd.org/analysis/policy_briefs/2025/03/20/u-s-sanctions-should-target-tehrans-top-economic-operatives/

6 <https://home.treasury.gov/news/press-releases/sbo049#:~:text=WASHINGTON%20%E2%80%94%20Today%2C%20the%20Department,Today%20%E2%80%99s%20sanctions%20apply%20further>



Das Vereinigte Königreich, Frankreich und Deutschland müssen unverzüglich Maßnahmen ergreifen, um eine klare Roadmap für die wirksame Anwendung des in der Resolution 2231 des Sicherheitsrats verankerten „Snapback“-Mechanismus zu etablieren. Dieser Mechanismus läuft am 18. Oktober aus, und es ist entscheidend, jetzt multilaterale Sanktionen gegen den Iran wieder in Kraft zu setzen, um dem wachsenden Bündnis zwischen Russland, China und dem Iran entgegenzuwirken. Ein Versäumnis entschlossenen Handelns könnte unsere Fähigkeit erheblich beeinträchtigen, künftig angemessen auf das Verhalten des Regimes zu reagieren.

Drittens sollten Brüssel und London das Korps der Islamischen Revolutionsgarden (IRGC) vollständig als terroristische Organisation einstufen. Die IRGC fungiert als zentrales Instrument des Regimes zur Durchführung terroristischer Aktivitäten und zur Unterdrückung der Opposition. Diese Organisation war in zahlreiche vereitelte Anschläge in Europa beteiligt. Sanktionen gegen die IRGC würden nicht nur die derzeitigen Strafverfolgungsmaßnahmen stärken, sondern auch ein kraftvolles Signal an die iranische Bevölkerung und die Diaspora senden. Darüber hinaus spielt die IRGC eine maßgebliche Rolle beim illegalen Handel zwischen dem Iran und China.

Europa muss zudem Sanktionen gegen das wirtschaftliche Netzwerk des Obersten Führers verhängen, das eine Schlüsselrolle im illegalen Handel zwischen Peking und

Teheran einnimmt. Khameneis Wirtschaftsimperium, dessen Vermögen auf über 200 Milliarden US-Dollar geschätzt wird, dient der Finanzierung von Terrorismus. Durch Sanktionen gegen dieses Netzwerk kann Europa die wirtschaftliche Basis des Regimes nachhaltig schwächen und ein unmissverständliches Signal an die Eliten in Teheran sowie ihre chinesischen Partner senden.

Die Sanktionspolitik erweist sich als am schwächsten, wenn sie bloße Rhetorik mit der Realität verwechselt. Das Ziel, die iranischen Ölexporte auf 100.000 Barrel pro Tag zu reduzieren, ist grundsätzlich zu begrüßen. Ohne eine systematische Strategie zur Erreichung dieses Ziels wird es jedoch bloß ein Wunschdenken bleiben. Besserts Ziel ist schlichtweg unerreichbar, solange nicht entschlossen mit Chinas doppeltem Interesse umgegangen wird – nämlich vom günstigen iranischen Rohöl zu profitieren und zugleich Teheran in seinem Krieg durch Terror-Proxies zu unterstützen.



Politik

*Nationaler Versammlungsrat unter der
Pahlavi-Monarchie (vor 1979).*



*Islamischer Versammlungsrat nach der
Islamischen Revolution (ab 1979).*



Milad Gaikani

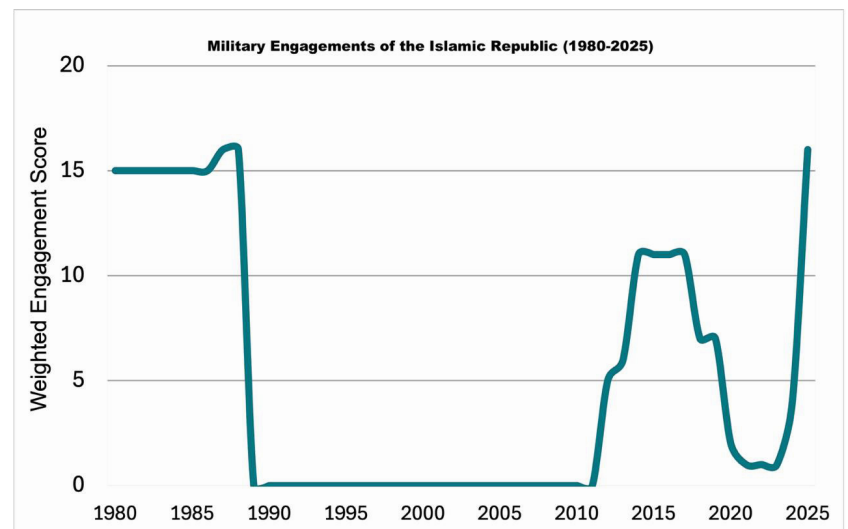
(geb. 1996 in Teheran) hat einen Masterabschluss in **Internationaler Geschichte und Politik** vom **Geneva Graduate Institute**.

Sein Bachelorstudium absolvierte er im Fach **Theater**, seinen ersten Master in **Philosophie**.

Zuvor veröffentlichte er Beiträge über **Revolution und Faschismus** in iranischen Publikationen und brachte mehrere **Theaterarbeiten** auf die Bühne.

Der Untergang der Islamischen Republik im Spiegel militärischer Krisen

Der Irak-Iran-Krieg endete vor 37 Jahren. Bis zum 13. Juni 2025 war dies der letzte „Krieg“, in den der Iran direkt involviert war. Die folgende Grafik illustriert die direkten militärischen Konflikte des Iran während der Ära der Islamischen Republik, abzüglich jener Konflikte, bei denen iranische Stellvertreterakteure im Vordergrund standen und weder iranische Truppen beteiligt waren, noch Angriffe aus dem Iran heraus oder gegen iranisches Territorium durchgeführt wurden.



Diese Grafik, in der Konflikten wie dem Iran-Irak-Krieg oder dem Iran-Israel-Krieg ein höheres Gewicht beigemessen wurde als begrenzten Operationen wie dem Raketenbeschuss der Kurdischen Autonomieregion im Irak,* zeigt, dass sich die Islamische Republik nach dem Ende des Iran-Irak-Krieges zunächst in einem konsolidierenden Prozess befand, der im Jahr 2011 seinen Stabilitätshöhepunkt erreichte. Dabei ist freilich zu betonen, dass Regimesicherheit nicht mit der Sicherheit der Bevölkerung gleichgesetzt werden darf. Seitdem jedoch geriet das System zunehmend in außer Kontrolle geratene Konflikte und schlitterte allmählich in eine Phase wachsender Unsicherheit zurück. Seit dem Jahr 2024 befindet sich die Islamische Republik in einer militärischen Zwangslage, die nur mit den letzten beiden Jahren des Iran-Irak-Krieges vergleichbar ist, als

sie gleichzeitig mit den Vereinigten Staaten im Persischen Golf und mit der irakischen Armee an den Landesgrenzen konfrontiert war.

Ein weiteres Indiz für die prekärste Lage der Islamischen Republik seit der Revolution ist die Zunahme militärischer Auseinandersetzungen, deren Eskalation vom Status begrenzter Operationen in die Phase offener Kriegshandlungen übergegangen ist, sowie die Umkehrung der Kriegsdynamik: Die Islamische Republik sieht sich nicht länger mit schwachen regionalen Akteuren wie der Kurdischen Autonomieregion, dem kriegszerstörten Syrien oder dem militärisch unterentwickelten IS konfrontiert, die nur einseitig geschwächt wurden und nicht zur Gegenwehr fähig waren. Angesichts der Angriffe durch Israel, die USA und selbst Pakistan befindet sich das Regime mittlerweile in der Defensive und hat Friedensangebote aus einer Position der Schwäche heraus akzeptiert.

Man darf nicht übersehen, dass dieser Befund sich nicht ausschließlich auf die militärische Dimension der Macht der Islamischen Republik konzentriert, also etwa die finanzielle Insolvenz, die stetig zunehmenden Terrorakte im Inland, die diplomatische Isolation, die Umweltkrise sowie das Erstarken der Opposition nicht berücksichtigt, sondern dass er selbst im militärischen Kontext wesentliche Niederlagen wie den Sturz Assads oder das Schwächerwerden iranischer Stellvertreter wie Hisbollah und Hamas unberücksichtigt lässt. Die Analyse beschränkt sich lediglich auf direkte Interventionen iranischer Streitkräfte oder Operationen, die von iranischem Territorium ausgingen oder dort ausgeführt wurden. Wäre der Blick weiter gefasst, würde sich die existenzielle Krise des Regimes noch deutlicher offenbaren. Anders ausgedrückt, unter Zusammenführung verschiedener Krisenelemente lässt sich eine systemische Krise, in diesem Sinne der De-facto-Niedergang der Republik, erkennen. Daher erscheint es berechtigt, zu argumentieren, dass eine politische Deutung der Außenpolitik der Islamischen Republik, nicht ökonomische Erklärungsansätze, etwa regionale Konkurrenz über Transportkorridore oder Maßnahmen zur Schwächung des Dollars durch Öllexport in Nicht-Dollar-Währung, oder geopolitische Argumente, zum Beispiel die Annahme, jeder iranische Staat würde womöglich eine Atombombe bauen oder Stellvertreterkräfte fördern, Vorrang verdient. Diese Analyse zeigt: Die Außenpolitik der Islamischen Republik ist eine Fortsetzung ihrer Innenpolitik, doch ihre Innenpolitik ist nicht umgekehrt von der Außenpolitik bestimmt. Anders gesagt bedeutet das: Der aggressive,

ausgrenzende und gesetzeswidrige Kurs, sichtbar im Bruch der Verfassungsnormen, in der Missachtung der Menschenrechte, in der Störung gesellschaftlich gewachsener Konventionen und im Verwerfen politischer Rationalität, spiegelt sich auf der internationalen Ebene wider, in der Destabilisierung der Nachbarstaaten, dem Aufbau paralleler, mitunter terroristischer Strukturen, der Durchführung terroristischer Operationen, dem Verhindern der Normalisierung früherer Feindschaften und der Behinderung globaler Handelswege. Doch zugleich führen die außenpolitischen Niederlagen, Kompromisse, Verhandlungen und Deals des Regimes keineswegs zu Zugeständnissen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern oder gar zur Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Beispiele wie die hastig durchgeführten Hinrichtungen, nur wenige Tage nach einer Waffenruhe, zeigen vielmehr, dass das Regime damit das brüchige staatliche Gewaltmonopol wiederherzustellen versucht. Ob es außenpolitisch Erfolge oder Rückschläge erleidet, letztlich resultieren beide Szenarien in einem verstärkten Druck auf die Bevölkerung und die Zivilgesellschaft.

Mit anderen Worten, die Islamische Republik ist nicht mit dem Iran gleichzusetzen. Sie gestaltet ihre Außenpolitik zu dem einen Zweck, sich selbst zu sichern, und auf genau dieselbe Weise verhält sie sich gegenüber dem Iran, den sie für ihre Selbsterhaltung instrumentalisiert. Angesichts eines Regimes, das in seiner Struktur an eine apokalyptische Sekte erinnert und dabei nicht nur das Gemeinwesen, sondern auch seine eigene Bevölkerung und das physische wie kulturelle Erbe des Landes verschlingt, bedeutet es eine gefährliche Appeasement-Politik, wenn man sich unter dem Deckmantel eines pazifistischen Gestus gegen Krieg positioniert und die Zerschlagung dieses Systems mit einer existenziellen Bedrohung Irans gleichsetzt. Eine solche Haltung läuft nicht nur auf die Relativierung des destruktiven Wesenskerns der Islamischen Republik hinaus, sondern macht sich, bewusst oder unbewusst, zum Werkzeug der strategischen Desinformationsarchitektur ihrer Sicherheitsapparate. Im Gegenzug gerät die gegenwärtige amerikanische Fixierung („Americentrism“) in den politischen Entscheidungsprozessen der USA erneut in den Verdacht, die Bevölkerung Irans und des gesamten Nahen Ostens in einen Kreislauf von Schmerz und Leid zu stürzen. Wie der französische Iran-Experte Clément Therme¹ treffend hervorhebt, agieren die USA in ihrer Iran-Politik stets auf Grundlage eines eigenen Selbstbildes und nicht im Bewusstsein für die tatsächlichen Realitäten iranischer Herrschaft und Gesellschaft.

1 "Ceasefire or Strategy? Iran-Israel Tensions Unpacked | Graduate Institute What Matters Today," accessed July 14, 2025, <https://what-matters-today.simplecast.com/episodes/ceasefire-or-strategy-iranisrael-tensions-unpacked>.

So strebte etwa die Regierung Bush mit allzu vereinfachtem Regime-Change-Ansatz nach einer Demokratisierung im Irak und in Afghanistan, ohne dabei je auf das tatsächliche bürgergesellschaftliche Interesse dieser Länder Rücksicht zu nehmen. Die Neokonservativen blieben hartnäckig in ihrer Verblendung, weil ihr „Projekt“ dies verlangte. Die Regierung Obama versuchte, sich durch das bewusste Ignorieren des iranischen Volkswillens während der Grünen Bewegung sowie das Schweigen zu systematischen Menschenrechtsverbrechen als Gegenmodell zur Administration Bush und als eine auf Dialog ausgerichtete Regierung zu präsentieren. Ihre außenpolitischen Entscheidungen basierten primär auf parteipolitischen und ideologischen Kalkülen der innenpolitischen Machtverhältnisse in den Vereinigten Staaten und nicht auf einer ernsthaften Auseinandersetzung mit den realen Entwicklungen im Iran, obgleich sie in Libyen und Syrien letztlich denselben strategischen Fehler wie die Regierung Bush wiederholte.

Derzeit strebt die MAGA-Bewegung explizit eine Politik an, die diametral dem Kurs von Bush und Obama entgegengesetzt ist, trotz der Tatsache, dass gerade im Fall Iran eine interventionistische Haltung statt Isolation unumgänglich wäre. Dennoch darf nicht übersehen werden, dass „MAGA“ nicht mit dem gesamten Trump-Regime gleichzusetzen ist. Tatsächlich ermöglichte erst unter Donald Trump dieser begrenzte militärische Schlag von Israel und den USA gegen den iranischen Staatsapparat, der zu einer weiteren Destabilisierung des Regimes führte. Frühere US-Regierungen hingegen favorisierten stets eine Politik der Beschwichtigung und vermieden militärische Konfrontationen.

Allerdings übt ein Teil der MAGA-Anhänger erheblichen Druck auf die Trump-Administration aus, eine Politik der Beschwichtigung gegenüber der Islamischen Republik zu verfolgen, begründet durch die aversive Kernmotivation, die USA nicht in neue Kriege zu verstricken. Dies birgt jedoch die Gefahr, die politische Realität im Iran zu verkennen und erneut außenpolitische Entscheidungen auf Basis US-inländischer Machtrivalitäten zu treffen. Die Behauptung, Iran drohe auseinanderzufallen oder zu einem „zweiten Irak“ beziehungsweise „Afghanistan“ zu mutieren, steht zudem in

scharfem Widerspruch zur Realität des zwölf Tage andauernden Konflikts, in dem hohe Repräsentanten des Regimes und Stützpunkte der Revolutionsgarde ins Visier genommen wurden. Viel eher wird diese Warnung zu einer rhetorischen Waffe, getragen von den Propagandainstrumenten der Islamischen Republik, die geschickt Isolationisten und realistische Politikfraktionen in Washington bespielen.

In dieser Phase der Konfrontation zwischen Iran, Israel und den USA beansprucht jede der drei Mächte für sich den strategischen Sieg: Iran sieht sich als Gewinner, weil es sein Regime trotz des Krieges stabilisieren konnte, Israel rühmt sich der empfindlichen Schläge gegen die militärische Potenz der iranischen Führung, und die Vereinigten Staaten verweisen auf die erheblichen Schäden an den atomaren Einrichtungen der Islamischen Republik. Doch hinter diesen triumphalen Bekenntnissen verbergen sich ernstzunehmende Zweifel an der strategischen Durchschlagskraft jeder der beteiligten Parteien. Wie vielfach betont wurde, haben wir nicht den Frieden erreicht, sondern lediglich einen Waffenstillstand. Die Angriffe Israels und der USA mögen das Regime empfindlich getroffen haben, doch sie haben sein Schicksal nicht endgültig besiegelt. Die Islamische Republik existiert weiterhin, ähnlich einem lebenden Toten, eine Verwaltung, die sich zunehmend als unfähig erweist, das Land zu regieren und handlungsfähig zu bleiben. Die Unfähigkeit des Regimes zeigte sich schon vor dem jüngsten Krieg, durch das Ausbleiben von Corona-Impfstoffen, dramatische Engpässe bei lebenswichtigen Medikamenten, das Austrocknen des Urmia-Sees und des Zayanderud, wirtschaftlichen Kollaps sowie tägliche Wasser- und Stromausfälle. Doch der Krieg hat der iranischen Bevölkerung klar vor Augen geführt, dass unter dem aktuellen Regime nicht nur die gesundheitliche, ökologische und energetische Sicherheit nicht gewährleistet ist, sondern sogar die elementarste Form von Sicherheit, nämlich die körperliche Unversehrtheit jedes Einzelnen, nicht mehr garantiert ist.

Dies ist die zentrale Botschaft dieses Krieges für die Menschen im Iran:

„Die Islamische Republik gefährdet euer Leben.“

**Um die sicherheitspolitische Stabilität der Islamischen Republik Iran im Zeitverlauf zu messen, habe ich ein gewichtetes System entwickelt, das den Grad direkter militärischer Beteiligung des Staates widerspiegelt – nicht jedoch Opferzahlen oder das Ausmaß der Zerstörung. Das System umfasst vier Kategorien: Vollumfängliche Kriege – wie der Iran-Irak-Krieg (1980–1988) und der Iran-Israel-Krieg im Jahr 2025 – erhalten einen Wert von 15, da sie eine Phase höchster Instabilität und existenzieller Bedrohung darstellen. Langfristige Auslandseinsätze iranischer Streitkräfte, insbesondere im Irak und in Syrien, werden mit 5 bewertet, während begrenzte Entsendungen, wie in den Jahren 2018–2019, mit 3 eingestuft werden. Gezielte tit-for-tat-Angriffe – darunter Raketenangriffe, grenzüberschreitende Operationen oder Marinekonfrontationen wie zwischen den USA und Iran 1987–1988 im Persischen Golf – erhalten einen Wert von 1. Dieses Modell schließt bewusst Stellvertreterkriege, Antiterroroperationen gegen nichtstaatliche Gruppen wie Jundallah oder PJAK sowie verdeckte Geheimdiensttätigkeiten aus. Das Ergebnis ist eine visuelle Darstellung der sicherheitspolitischen Stabilität bzw. Instabilität des Regimes, Jahr für Jahr, ausschließlich auf Basis direkter militärischer Aktivität des Staates. In diesem Sinne wird die Periode von 1989 bis 2012 als eine Phase sicherheitspolitischer Stabilität kodiert, in der es keine direkten staatlichen Militäreinsätze gab.*

Irans bevorstehender Führungswechsel: Mögliche Entwicklungen nach dem Tod Khameneis



Dr. Ardavan M. Khoshnood

ist Dozent für Notfallmedizin an der Universität Lund. Er besitzt einen Masterabschluss in Kriminologie von der Universität Malmö sowie einen Masterabschluss in Polizeiarbeit von der Universität Umeå. Darüber hinaus hat er einen Masterabschluss in Politikwissenschaft von der Universität Malmö erworben. Zudem ist er Mitglied des Herausgeberbeirats des Journal of Investigative Psychology and Offender Profiling.

Ayatollah Ali Khamenei, seit dem Jahr 1989 Oberster Führer der Islamischen Republik Iran, bleibt unangefochten die mächtigste Figur innerhalb der theokratischen Diktatur des Landes. Mit inzwischen 85 Lebensjahren rücken die anhaltenden Spekulationen über seinen sich verschlechternden Gesundheitszustand erneut in den Fokus der öffentlichen und politischen Aufmerksamkeit. Während sich der Iran auf eine Ära ohne seine führende Instanz vorbereitet, rücken die intransparenten Nachfolgeregelungen einmal mehr ins Zentrum des Interesses. Was nach dem Tod Khameneis geschieht, könnte den künftigen Kurs der Islamischen Republik auf Jahrzehnte hinaus prägen.

Der verfassungsrechtliche vorgesehene Weg zur Nachfolge

Die Verfassung der Islamischen Republik Iran sieht einen formalisierten, wenn auch streng kontrollierten Nachfolgeprozess vor (Guardian Council, 2021). Artikel 107 dieser Verfassung überträgt der sogenannten Versammlung der Experten – im Folgenden als „Expertenrat“ bezeichnet – die Befugnis, den nächsten Obersten Führer zu bestimmen. Artikel 111 gesteht diesem Gremium zudem die Macht zu, einen als untauglich erachteten Führer abzusetzen. In der Realität jedoch wird dieser Prozess maßgeblich, wenn nicht vollständig – von einem komplexen Netz institutioneller Macht innerhalb des Regimes dominiert.

Der Expertenrat setzt sich aus 88 Klerikern zusammen, die nominell durch das Volk gewählt werden (Assembly of Experts of the Leadership, 2025). De facto jedoch müssen sämtliche Kandidaten vorab vom Wächterrat genehmigt werden (CFR.org Editors, 2024). Dieser zwölfköpfige Wächterrat wird direkt oder indirekt vom Obersten Führer selbst ernannt und fungiert in der Praxis als verlängerter Arm seines Willens (Guardian Council, o. J.).

Zusammenfassend lässt sich feststellen: Die Verfassung liefert zwar einen rechtlichen Rahmen, doch der eigentliche Machtkampf um die Nachfolge findet hinter verschlossenen Türen statt – ausgetragen von tief im Machtgefüge des Regimes verwurzelten Fraktionen.

Der bislang einzige Präzedenzfall für eine Nachfolge innerhalb dieses Systems datiert auf das Jahr 1989, nach dem Tod von Ruhollah Chomeini. Der Expertenrat trat damals auf Einladung des damaligen Parlamentspräsidenten Akbar Haschemi Rafsandschani zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen. Zunächst wurde kontrovers diskutiert, ob die Führung einer Einzelperson oder einem kollektiven Gremium übertragen werden solle. Die Mehrheit sprach sich für ein individuelles Führungsmodell aus. Nachdem Großayatollah Mohammad-Reza Golpayegani nicht die erforderliche Stimmenmehrheit erhielt, schlug Rafsandschani Ali Khamenei vor. Obwohl Khamenei nicht den Status eines Marja innehatte, wurde er schließlich vom Expertenrat gewählt (Hovsepian-Bearce, 2016).

Diese Entscheidung erforderte eine Verfassungsänderung, die noch im selben Jahr verabschiedet wurde. Sie senkte die Voraussetzungen für das Amt des Obersten Führers von der Marja-Qualifikation auf die Fähigkeit, ein Fatwa zu erlassen (Hovsepian-Bearce, 2016). Im schiitischen Islam bezeichnet ein Marja die höchste geistliche Autorität, deren religiöse Führerschaft in der gesamten schiitischen Welt anerkannt wird. Ein Marja muss über weitreichende theologische Qualifikationen verfügen, um verbindliche religiöse Rechtsurteile zu fällen, denen Gläubige folgen sollen. Ein Fatwa hingegen ist ein formelles Gutachten oder eine religiöse Entscheidung, die ein qualifizierter islamischer Jurist zu Fragen des Glaubens oder des Rechts erteilt. Durch die Herabsetzung der Anforderungen vom Marja-Status auf die bloße Fähigkeit zur Fatwa-Erteilung schuf das Regime die Voraussetzung, eine politisch loyale Persönlichkeit an die Spitze zu stellen – und damit bewusst eine unabhängige, religiös höherstehende Autorität zu umgehen.

Der Tiefe Staat rund um den Obersten Führer

Jenseits der formellen Institutionen existiert ein noch entscheidenderer Machtpol innerhalb der Islamischen Republik: das Büro des Obersten Führers. Es fungiert als eine Schattenregierung von gewaltigem Ausmaß, ausgestattet mit Tausenden Angestellten sowie einem eigenen Apparat für Sicherheit, Geheimdienst und Propaganda. Dieses Büro operiert weitgehend unbehelligt von verfassungsmäßiger Kontrolle und entfaltet eine Wirkmacht, die sämtliche

institutionellen Strukturen des Regimes überragt. Zum innersten Zirkel dieser geheim operierenden Zentrale zählen Persönlichkeiten wie Gholamhossein Mohammadi Golpayegani, Gholam-

Ali Haddad-e Adel und Ali Akbar Velayati, allesamt mit US-amerikanischen Sanktionen belegt und maßgeblich an der Aufrechterhaltung des harten, ideologisch kompromisslosen Kurses des Regimes beteiligt (U.S. Department of the Treasury, 2019).

Die wohl einflussreichste Figur innerhalb dieses Machtzentrums ist Mojtaba Khamenei, der Sohn des Obersten Führers. Trotz seiner ausgesprochenen öffentlichen Zurückhaltung übt Mojtaba erheblichen Einfluss auf die inneren Prozesse des Büros aus, unterhält enge Verbindungen zu den Islamischen Revolutionsgarden (IRGC) und wird zunehmend als faktischer Mitregent wahrgenommen. In vielerlei Hinsicht stellt das Büro des Obersten Führers das tatsächliche Machtzentrum der Islamischen Republik dar, und wer es im Moment der Nachfolge kontrolliert, wird den weiteren Kurs der Führung entscheidend mitbestimmen.

Fraktionelle Spannungen

Das politische System Irans wird mitunter irrtümlich als pluralistisch wahrgenommen, ein Trugschluss, der sich aus dem Vorhandensein mehrerer Kandidaten und Gruppierungen speist. Tatsächlich jedoch eint die dominierenden Lager – primär aufgespalten in Ultra-Hardliner und weniger konfrontative, regimekonforme Konservative – eine fundamentale Loyalität gegenüber der Islamischen Republik. Ihre Unterschiede bestehen vor allem im Ton und in der strategischen Herangehensweise: Während die Ultra-Hardliner einen kompromisslosen, aggressiven Kurs verfolgen, zeigt sich die flexiblere Fraktion gelegentlich offen für kosmetische Reformansätze oder begrenzte bürgerliche Freiheiten – stets jedoch mit dem Ziel, das bestehende System zu bewahren.

In Fragen der Außenpolitik hingegen offenbaren sich kaum Differenzen: Beide Lager bekennen sich vorbehaltlos zu den antiwestlichen und antiisraelischen Grundpfeilern der ideologischen Doktrin des Regimes. Die Aussagen des ehemaligen Außenministers Mohammad Javad Zarif im Jahr 2020 – in denen er sich antisemitischer Rhetorik bediente und den Zusammenbruch der Vereinigten Staaten herbeifantasierte – machen deutlich, wie tief selbst die „weniger konfrontativen“ Kräfte in der revolutionären Weltanschauung des Systems verankert sind (Melamed, 2020).

Trotz dieser ideologischen Übereinstimmung ist die Führungselite des Regimes zunehmend fragmentiert. Diese Fragmentierung ist weniger Ausdruck doktrinärer Divergenzen als vielmehr Folge eines erbitterten Wettbewerbs um staatliche



Ali Khamenei und Ebrahim Raisi

Ressourcen und Renteneinkünfte innerhalb des Rentierstaates. Persönliche Rivalitäten, institutionelle Machtkämpfe und generationelle Gräben vertiefen die internen Risse zusätzlich. Es handelt sich nicht nur um taktische Differenzen – vielmehr stehen konkurrierende Visionen über die künftige Ausrichtung der Islamischen Republik zur Disposition. In einem möglichen Nachfolgeszenario könnten diese Spannungen zu erheblichen Verzögerungen im Konsensbildungsprozess führen, offene Konfrontationen provozieren oder gar mehrere konkurrierende Führungsansprüche hervorbringen.

Der Tod von Präsident Ebrahim Raisi bei einem Hubschrauberabsturz im Jahr 2024 hat einen der aussichtsreichsten Kandidaten im Rennen um die Nachfolge des Obersten Führers aus dem Spiel genommen. Raisi verfügte über ideologische Linientreue ebenso wie über die Unterstützung der Revolutionsgarden (IRGC), sein plötzliches Ableben hat jedoch ein Machtvakuum hinterlassen, das bislang nicht geschlossen wurde.

Mehrere Akteure innerhalb des Regimes gelten weiterhin als potenzielle Anwärter auf die Nachfolge:

- **Mojtaba Khamenei (56 Jahre):** Obwohl er niemals gewählt wurde und kein offizielles Amt bekleidet, gilt Mojtaba Khamenei als die am besten vernetzte Figur innerhalb der Islamischen Republik. Seine Kontrolle über das Büro des Obersten Führers sowie seine tiefen Verbindungen zu den Revolutionsgarden machen ihn zu einem der aussichtsreichsten Kandidaten. Ein von ihm geführter Iran würde mit hoher Wahrscheinlichkeit eine dynastische Verfestigung, eine weitere Militarisierung des Staates und einen völligen Verzicht auf Reformen erleben. Sein möglicher Aufstieg erscheint aufgrund seines langjährigen Einflusses im Machtzentrum, seines

Vertrauensstatus bei Schlüsselfiguren der IRGC sowie der notorisch intransparenten, nicht-demokratischen Elitennachfolge des Regimes überaus wahrscheinlich.

- **Sadegh Larijani (64 Jahre):** Der frühere Justizchef und derzeitige Vorsitzende des Schlichtungsrats genießt in einigentrationalistischen und pragmatischen Fraktionen des Systems institutionelle Anerkennung. Dennoch ist seine politische Zukunft durch Korruptionsvorwürfe (Radio Farda, 2020) und seine nachweisliche Beteiligung an Menschenrechtsverletzungen (Pawlak & George, 2012) belastet. Sollte er die Nachfolge antreten, wäre mit einem Versuch zu rechnen, den bestehenden Autoritarismus zu institutionalisieren, allerdings unter dem Risiko einer tiefgreifenden Fragmentierung der politischen Elite.
- **Ahmad Khatami (64 Jahre):** Ein radikaler Geistlicher und Mitglied des Expertenrates, der bei großen Teilen der Bevölkerung auf Ablehnung stößt, jedoch unter Hardlinern beträchtliche Unterstützung genießt. Seine extremistische Rhetorik macht ihn zu einem Kandidaten für jene Kräfte, die eine noch autoritärere und islamistischere Zukunft des Regimes anstreben.
- **Alireza Araf (68 Jahre):** Als Mitglied des Wächterrats und ehemaliger Freitagsimam von Qom agiert Araf weitgehend im Hintergrund. Sein niedriges öffentliches Profil könnte sich im entscheidenden Moment als Vorteil erweisen. Er steht für eine Fortführung der gegenwärtigen Ordnung ohne zusätzliche Polarisierung und erscheint daher als potenzieller Kompromisskandidat, vor allem für jene, die Stabilität über Ideologie stellen.
- **Hassan Khomeini (52 Jahre):** Der Enkel des Gründers der Islamischen Republik besitzt unter reformorientierten Iranern einen gewissen Rückhalt, ist jedoch innerhalb der regimetreuen Eliten weitgehend isoliert. Seine Disqualifikation bei der Wahl zum Expertenrat im Jahr 2016 belegt, dass er für das Machtzentrum der Islamischen Republik weiterhin inakzeptabel ist (Khabaronline.ir, 2016).

Im Falle einer Nachfolgekrise oder politischen Pattsituation könnten auch unerwartete Akteure ins Zentrum rücken – etwa der amtierende Justizchef Gholam-Hossein Mohseni-Eje'i, der ideologisch geprägte Geistliche Ali-Reza Panahian oder weniger ideologische Technokraten.

Diese sogenannten „Dark-Horse“-Kandidaten könnten aus Gründen administrativer Effizienz oder als Übergangsfiguren ausgewählt werden. In äußerst seltenen

Fällen – etwa bei einer akuten Legitimationskrise – könnte sogar externer Druck das Regime dazu zwingen, auf eine weniger polarisierende Figur zurückzugreifen. Angesichts der ausgeprägt zentralisierten Machtstruktur und der Dominanz loyalistischer Netzwerke erscheint ein solches Szenario jedoch als kaum realistisch.

Mögliche Szenarien der Nachfolge

Nach dem Tod von Ali Khamenei lassen sich verschiedene Entwicklungsszenarien skizzieren. Am wahrscheinlichsten erscheint ein rascher, zentral gesteuerter Machtwechsel, bei dem Mojtaba Khamenei oder Alireza Arafî ohne nennenswerte Erschütterungen an die Spitze gelangen. Ein solches Vorgehen würde die Kontinuität des autoritären Systems gewährleisten und innerstaatliche Spannungen weitgehend vermeiden.

Ein weniger wahrscheinliches, doch mögliches Szenario wäre, dass der neue Oberste Führer – möglicherweise Mojtaba Khamenei oder auch Mohammad Khatami, zügig sämtliche Machtbefugnisse auf sich konzentriert und rivalisierende Fraktionen konsequent unterdrückt. Ein solcher autokratischer Kurs würde einem Modell wie jenem in Nordkorea ähneln und könnte erheblichen internen Widerstand hervorrufen.

Alternativ könnte das Regime einen schwachen, rein symbolischen Obersten Führer einsetzen, während die tatsächliche Macht auf die Revolutionsgarden sowie das Büro des Obersten Führers übergeht. Auch wenn diese Option theoretisch denkbar ist, wäre sie in der Praxis kaum tragfähig, da zentrale Institutionen des Systems auf einen starken Führer zur Legitimation ihrer eigenen Machtansprüche angewiesen sind und ein solches Modell daher voraussichtlich ablehnen würden.

Ein realistischeres Szenario wäre die Errichtung eines kollektiven Führungsorgans – etwa eines Rates aus hochrangigen militärischen und geistlichen Vertretern –, der das bisherige Einzelführermodell ersetzt. Diese Idee wurde bereits im Jahr 2015 von Akbar Haschemi Rafsandschani ins Spiel gebracht und könnte dann an Gewicht gewinnen, wenn innerhalb der Führungseliten kein Konsens über eine Einzelperson als Nachfolger erzielt werden kann (Sharafedin, 2015).

Ein weiteres, jedoch als extrem unwahrscheinlich geltendes Szenario wäre die vollständige Abschaffung des Amtes des Obersten Führers. Eine solche Entwicklung würde tiefgreifende

verfassungsrechtliche Änderungen voraussetzen und mit größtem Widerstand aus sämtlichen Teilen des klerikalen Establishments konfrontiert sein.

Sollten die internen Machtkämpfe eskalieren und außer Kontrolle geraten, wäre auch ein direkter Machtergriff durch die Revolutionsgarden (IRGC) denkbar. Diese agieren heute nicht mehr nur als militärische Kraft, sondern zugleich als politische Organisation, wirtschaftliches Machtzentrum und geheimdienstliche Struktur. Sie kontrollieren Schlüsselindustrien, bedeutende Haushaltsmittel, wichtige Infrastrukturen wie Häfen, Flughäfen und die Telekommunikation. De facto fungieren sie längst als eine „Regierung innerhalb der Regierung“. Die Quds-Einheit lenkt die außenpolitischen Operationen des Regimes, während die Basij-Milizen für die Niederschlagung innerer Proteste zuständig sind. Aufgrund dieser umfassenden Machtbasis gilt als sicher, dass kein Nachfolgemodell ohne die Zustimmung der IRGC Bestand haben wird – andernfalls wäre mit einer gewaltsamen Reaktion zu rechnen (Khoshnood, 2020).

Schließlich bleibt, wenn auch nahezu außerhalb jeder realistischen Erwartung, die Hoffnung auf einen demokratischen Übergang. Der Soziologe Misagh Parsa argumentiert jedoch überzeugend, dass die Islamische Republik aufgrund ihrer strukturellen Verfasstheit unfähig ist, sich in Richtung einer liberalen Demokratie zu reformieren (Parsa, 2016).

Eine ungewisse Zukunft

Unabhängig davon, in welcher konkreten Form der Übergang nach dem Tod Khameneis gestaltet wird – eines scheint gewiss: Demokratische oder transparente Strukturen sind nicht zu erwarten. Die Islamische Republik hat aus dem Nachfolgeprozess des Jahres 1989 ihre Lehren gezogen. Damals wurde Ali Khamenei von einer streng kontrollierten Versammlung von Experten zum Obersten Führer gewählt – nach intensiven und weitgehend intransparenten Absprachen hinter den Kulissen, maßgeblich orchestriert von Akbar Haschemi Rafsandschani und weiteren einflussreichen Akteuren. Heute zeigt sich das Regime entschlossener denn je, den kommenden Machtwechsel noch rigider zu kontrollieren. Mit öffentlichen Unruhen wird fest gerechnet, und das Regime wird mit aller Härte reagieren. Die Revolutionsgarden (IRGC) sowie die Sicherheitsapparate der Islamischen Republik stehen bereit, um jeden Widerstand sofort und kompromisslos zu unterdrücken.

Die extreme Nervosität des Regimes gegenüber gesellschaftlichem Aufbegehren – besonders seit dem Mahsaufstand von 2022, der durch die Ermordung einer jungen Frau wegen Verstoßes gegen die Hidschāb-Vorschriften ausgelöst wurde – dürfte den weiteren Verlauf des Nachfolgeprozesses maßgeblich prägen. Zwar besitzt die Zivilgesellschaft keinerlei formale Einflussmöglichkeit auf die Wahl der neuen Führung, doch könnte die Furcht vor massiven Protesten im In- und Ausland das Regime zumindest dazu veranlassen, den Eindruck eines internen Konsenses oder eines moderateren Vorgehens zu erwecken.

Letztlich jedoch wird über Irans Zukunft nach Khamenei nicht das Volk entscheiden, sondern ein kleiner, abgeschotteter Kreis aus Klerikern, Sicherheitsorganen und politischen Gefolgsleuten. Sie alle wurden von Khamenei selbst an die Schalthebel der Macht gebracht, und sie werden alles daransetzen, die Islamische Republik mit allen Mitteln zu bewahren.

References

1. Assembly of Experts of the Leadership (2025). *Members*. <https://majlesekhobregan.ir/fa/members/-/اعضای-دوره-19> ششم [Last visited 30 March 2025].
2. CFR.org Editors (2024). *The Islamic Republic's Power Centers*. <https://www.cfr.org/article/islamic-republics-power-centers> [Last visited 30 March 2025].
3. Expediency Discernment Council of the State (2025). *Members of the Expediency Discernment Council of the State*. <https://maslahat.ir/fa/news/-/مجمع-تشخیص-5013> مصلحت-نظام [Last visited 30 March 2025].
4. Guardian Council (2021). *Constitution of the Islamic Republic of Iran*. <https://www.shora-gc.ir/en/news/87/constitution-of-the-islamic-republic-of-iran-full-text> [Last visited 30 March 2025].
5. Guardian Council (n.d.). *About Us*. <https://www.shora-gc.ir/en/about> [Last visited 30 March 2025].
6. Hovsepian-Bearce, Y. (2016). *The Political Ideology of Ayatollah Khamenei: Out of the Mouth of the Supreme Leader of Iran*. Routledge.
7. Khabaronline.ir (2016). *Seyyed Hassan Khomeini is not qualified*. <https://www.khabaronline.ir/news//508615> صلاحیت-سیدحسن-خمینی-تایید-نشده [Last visited 30 March 2025].
8. Khoshnood, A. (2020). *The Role of the Qods Force in the Foreign Policy of the Islamic Republic of Iran*. Central European Journal of International and Security Studies, 33–4, (3)14.
9. Melamed, K. (2020). *L.A.'s Iranian Jews denounce Iran Foreign Minister Zarif's use of derogatory word for Jews*. Forward. <https://forward.com/news/460593/las-iranian-jews-denounce-iran-foreign-minister-zarifs-use-of-derogatory/> [Last visited 30 March 2025].
10. Parsa, M. (2016). *Democracy in Iran – Why It Failed and How It Might Succeed*. Harvard University Press.
11. Pawlak, J., & George, M. (2012). *EU names 17 Iranians sanctioned over human rights*. Reuters. <https://www.reuters.com/article/us-iran-eu-sanctions-idUSBRE82NoEH20120324/> [Last visited 30 March 2025].
12. Radio Farda (2020). *Major Corruption Case In Iran Plays Out In Europe As 8 Suspects Hide Abroad*. <https://en.radiofarda.com/a/major-corruption-case-in-iran-plays-out-in-europe-as-8-suspects-hide-abroad/30661664.html> [Last visited 30 March 2025].
13. Sharafedin, B. (2015). *Iran's possible next Supreme Leader being examined: Rafsanjani*. Reuters. <https://www.reuters.com/article/us-iran-election-leader-idUSKBN0TW0OV20151213/> [Last visited 30 March 2025].
14. U.S. Department of the Treasury (2019). *Treasury Designates Supreme Leader of Iran's Inner Circle Responsible for Advancing Regime's Domestic and Foreign Oppression*. <https://home.treasury.gov/news/press-releases/sm824> [Last visited 30 March 2025].



Säkularismus



Transitorische Kräfte oder Komplizen des islamischen Regimes? Warum Irans Reformisten riskante Partner für ein zukünftiges demokratisches Iran sind



Dr. Mehdi Amiri,

geboren im US-Bundesstaat Missouri, absolvierte sein Grundstudium in Chicago und erlangte später seinen Bachelor-Abschluss in Politikwissenschaft an der Allameh-Tabataba'i-Universität in Teheran. An der Tarbiat-Modares-Universität schloss er sein Masterstudium im Bereich „Politisches Denken im Islam und im Westen“ ab. Nach den politischen Unruhen im Jahr 2009 erhielt er ein Vollstipendium von der University of Texas und erwarb dort seinen zweiten Masterabschluss in Politikwissenschaft. Schließlich promovierte er im Jahr 2023 an der University of North Texas in Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Vergleichende Politik und politisches Denken. An der University of Texas war er ein enger Schüler von Richard Ruderman und Steven Forde – beide Assistenten und Schüler von Allan Bloom – und studierte bei ihnen die grundlegenden Werke des westlichen politischen Denkens. Im Bereich der vergleichenden Politikwissenschaft erlernte er die Theorien des Bürgerkriegs bei David Mason, einem der führenden Experten für Bürgerkrieg in den USA. Die Forschungsinteressen von Dr. Amiri umfassen das vergleichende politische Denken, die politische Philosophie Machiavellis, Studien zur politischen Korruption sowie Theorien über Bürgerkrieg und politische Gewalt.

Eine Analyse post-islamischer Republik-Szenarien für ein säkulares Iran

Einleitung:

Die Islamische Republik durchlebt gegenwärtig eine beispiellose Phase innerer Unzufriedenheit. Seit 2017 kommt es nahezu jährlich zu bedeutenden regierungsfeindlichen Protesten. Eine auffällige Verdichtung im Vergleich zu früheren Dekaden, in denen zwischen größeren Aufständen etwa zehn Jahre lagen. Diese Proteste zeichnen sich durch zunehmende Intensität, längere Dauer und verkürzte Abstände aus. Zugleich gerät das Regime außenpolitisch unter Druck. Seine Stellvertreterkräfte verlieren an Einfluss, die Lage seiner Verbündeten in Syrien, im Libanon und im Irak verschlechtert sich, zentrale Figuren wie Ismail Haniyeh (Hamas) und Seyed Hassan Nasrallah (Hisbollah) geraten ins Wanken. Die Gefahr eines Angriffs auf seine Nuklearanlagen verschärft die Notlage der Islamischen Republik zusätzlich.

Hinzu kommt eine massiv geschwächte Wirtschaft. Die Landeswährung hat seit 2018 mehr als das Zehnfache ihres Wertes verloren und befindet sich auf einem historischen Tiefstand. Das Regime steht somit vor einer vielschichtigen, existenziellen Krise. Immer mehr iranische Aktivistinnen und Aktivisten sowie öffentliche Persönlichkeiten, selbst solche mit Nähe zum Machtapparat, sprechen offen von einem drohenden¹ Kollaps und fordern eine Kursänderung. In der Konsequenz könnte die Islamische Republik schon bald tiefgreifende Umwälzungen² erleben, die selbst erfahrene Beobachter überraschen würden. Zahlreiche Iraner, darunter auch Personen aus dem innersten Kreis um den Obersten Führer Seyyed Ali Khamenei, sagen offen: „Das Regime ist dem Untergang geweiht.“ Einige von ihnen³ prognostizieren das Ende sogar innerhalb der nächsten⁴ fünf Jahre oder früher.

Mitten in der größten Krise seit der Gründung der Islamischen Republik im Jahr 1979 griff Irans Oberster Führer erneut zu seiner Strategie des „guten Polizisten, bösen Polizisten“ – dieses Mal, indem er einen sogenannten „guten Polizisten“ als Kandidaten für das Präsidentenamt im vergangenen Jahr aufstellte. Trotz massenhafter Disqualifizierungen



Sadegh Zibakalam, politikwissenschaftlicher Dozent und prominente Figur des reformistischen Lagers im Iran, neben Ahmad Khomeini, dem Urenkel des Revolutionsgründers Ayatollah Khomeini.

reformistischer Kandidaten und Wahlmanipulationen, wie bereits bei der Wahl 2009, die zu landesweiten Protesten führte, entschied sich Ali Khamenei, der absolute Kontrolle über die Auswahl und Zulassung der Kandidaten besitzt, dazu, einem reformistischen Kandidaten den Sieg bei der von oben gesteuerten Präsidentschaftswahl 2024 zu ermöglichen. Obwohl zahlreiche reformistische und nicht-reformistische Bewerber ausgeschlossen wurden, wählte Khamenei persönlich den sogenannten Reformisten Masoud Pezeshkian aus und ließ ihn eine Wahl gewinnen, bei der die niedrigste Wahlbeteiligung in der Geschichte des Landes verzeichnet wurde.

Der inszenierte Wahlsieg von Pezeshkian hat erneut die altbekannte Dichotomie „Reformisten“ gegen „Hardlinern“ hervorgebracht. Diese Narrative dient der Islamischen Republik seit jeher dazu, inneren Unmut zu kanalisieren und zugleich internationale Beobachter zu täuschen. Auch diesmal greifen westliche Medien, politische Analysten und Regierungen diese Inszenierung bereitwillig auf und deuten sie vorschnell als Signal für Mäßigung oder Wandel. Sie unterliegen damit abermals den altbekannten Täuschungsstrategien des Regimes. Parallel dazu inszenieren sich die Reformisten zunehmend als transitorische Kräfte. Als vermeintliche Vermittler eines allmählichen Wandels, die eine umfassende Revolution und den damit verbundenen Umbruch vermeiden und so einem politischen Vakuum oder gar einer Phase der Anarchie vorbeugen könnten.

In diesem Artikel argumentiere ich, dass Irans sogenannte Reformisten trotz ihrer gemäßigten Rhetorik keine verlässlichen Verbündeten für die Errichtung eines zukünftigen demokratischen und säkularen Iran darstellen. Abgesehen von der Tatsache, dass sie über insgesamt mehr als 16 Jahre hinweg die Präsidentschaft der Islamischen Republik innehatten, ohne jemals auch nur annähernd die von ihnen versprochenen Reformziele zu verwirklichen, zeige ich auf, dass sie ideologisch weiterhin tief in den Gründungsprinzipien der Islamischen Republik verwurzelt sind und langfristige Risiken für liberale, demokratische Normen darstellen.

Ich vertrete die These, dass es an der Zeit ist, unsere fortbestehenden Illusionen über Irans sogenannte Reformisten endgültig hinter uns zulassen. Sie sind keine

1 <https://www.dw.com/fa-af/خواهد-کرد-نیز-سقوط-ایران-اسد-رژیم-از-سرنوشتی-آیا-پس-/a71081993>

2 <https://www.economist.com/leaders/2023/12/14/irans-regime-is-weaker-than-it-looks-and-therefore-more-pliable>

3 <https://www.iranintl.com/en/202405025608>

4 <https://www.youtube.com/watch?v=sMwloXGP3ZI>

Träger demokratischer Kräfte, sondern Apologeten einer Theokratie in neuem Gewand. Um darzulegen, weshalb Reformisten nicht nur eine strategische Sackgasse, sondern ein potenzielles Risiko für jeden künftigen demokratischen Übergang darstellen, führe ich sieben zentrale Gründe an, die die ideologischen, institutionellen und geopolitischen Gefahren aufzeigen, welche sie für einen zukünftigen säkularen und demokratischen Iran mit sich bringen. Der Artikel schließt mit konkreten politischen Handlungsempfehlungen, um die Wiederholung vergangener Fehler bei der Identifikation tatsächlich demokratischer und säkularer Kräfte im Nahen Osten zu vermeiden.

1. Die theologische Verankerung der reformistischen Führung

Zahlreiche zentrale Persönlichkeiten der Reformbewegung sind Kleriker oder Schüler mit direkter Verbindung zum inneren Zirkel Ayatollah Khomeinis. Zu den prominenten Figuren zählen der ehemalige Präsident Mohammad Khatami, der frühere Präsident des Parlaments der Islamischen Republik sowie der führende reformistische Geistliche Mohammad Mousavi Khomeiniha (Generalsekretär der reformistischen „Vereinigung kämpfender Geistlicher“), Seyed Hadi Khamenei (Bruder des Obersten Führers und bekennender Reformist) sowie zahlreiche weitere Akteure. Nicht nur haben diese Reformisten niemals Khomeinis Erbe – einschließlich seiner Rolle bei Massenhinrichtungen, Repression, dem Export der Revolution und seinem Hass auf Israel – in Frage gestellt, sie haben vielmehr wiederholt ihre Unterstützung für das islamische Regime und dessen „antizionistische“⁵ Haltung bekräftigt, indem sie forderten, die Welt müsse sich zur Vernichtung des Staates Israel mobilisieren.⁶

Man könnte argumentieren, dass solch kompromisslose Stellungnahmen lediglich politischer Opportunität geschuldet seien. Doch dieses Argument erweist sich aus zwei zentralen Gründen als nicht tragfähig.

Erstens ließe sich politische Zweckmäßigkeit allenfalls durch Schweigen oder Zurückhaltung erklären, nicht jedoch durch die aktive Verbreitung ideologischer Parolen des Regimes – wie etwa die Verherrlichung Khomeinis, die Verteidigung der Gründungsmythen der Islamischen Republik oder die offensiv artikulierte Delegitimierung Israels. Dass

nahezu sämtliche führenden reformistischen Akteure diese Positionen öffentlich vertreten, legt den Schluss nahe, dass es sich nicht um bloße rhetorische Manöver handelt, sondern um eine bewusste Bekräftigung der zentralen Glaubenssätze des Regimes. Wäre ihr Handeln allein vom politischen Überlebenswillen motiviert, müssten wir ein deutlich pragmatischeres Verhalten beobachten. Stattdessen sehen wir eine fortwährende Ausrichtung auf ideologische Kernprinzipien: die Feindschaft gegenüber Israel und dem Westen, die ungebrochene Verehrung Khomeinis sowie die konsequente Verteidigung der Islamischen Republik als System. All dies lässt keinen Zweifel daran, dass Reformisten nicht unter Zwang handeln, sondern aus Überzeugung – und dass sie keineswegs bereit sind, sich von den ideologischen Fundamenten der Islamischen Republik zu lösen.

2. Der intellektuelle Einfluss bleibt islamisch geprägt, der Islamische Revolution treu und gegen säkulare Kräfte gerichtet

Nicht nur die politischen Akteure der Reformbewegung leisten Widerstand gegen einen säkularen Iran, der die gesellschaftspolitische Ordnung über den Islam und Khomeini hinaus neu definieren möchte – auch Intellektuelle und Akademiker wie Abdolkarim Soroush, Sadegh Zibakalam und weitere, die unter den Reformisten erheblichen Einfluss genießen, halten im Kern an der schiitisch-islamischen Weltanschauung und den Grundsätzen der Islamischen Republik fest. Zwar betonen sie häufig ihre vermeintliche Kompatibilität mit säkularer Demokratie, doch in Wahrheit propagieren sie eine sogenannte „religiöse Moderne“, deren Ziel es ist, schiitisch-islamische Werte fest im öffentlichen Leben zu verankern.

Im Falle eines Irans nach dem Sturz der Islamischen Republik wäre zu erwarten, dass diese Akteure politische Parteien und Institutionen etablieren würden, die unter dem Deckmantel demokratischer Legitimität eine sanfte, wenn auch subtile Theokratie fördern. Besonders exemplarisch ist Sadegh Zibakalam, Träger des Freedom of Speech Award der Deutschen Welle, Dozent für Politikwissenschaft an der Universität Teheran und offenkundiger Kritiker der Islamischen Republik, der trotz seiner Haftstrafe durch das Regime⁷ öffentlich erklärte, er sei bereit, für die Islamische

5 <https://www.beytoote.com/news/politics-social/political-news1798.html>

6 <https://www.iscanews.ir/news/هادی-خامنه-ای-روز-قدس-افکار-عمومی-دنیا-را-علیه-رژیم-صهیونیستی>

7 <https://iranwire.com/en/features/65299/>

Republik zu den Waffen zu greifen.

Wenn selbst diese vermeintlich moderaten Intellektuellen, die im Westen insbesondere in Deutschland als Dissidenten gefeiert werden, eine derart kompromisslose Loyalität zum islamischen Regime demonstrieren, zeigt sich unmissverständlich, dass iranische Reformisten kein Vehikel für den Übergang zu einer säkularen Demokratie darstellen. Vielmehr repräsentieren sie eine rhetorisch geschliffene, aber im Kern verschleierte Variante jener Kräfte, die den Säkularismus entschieden ablehnen. Die westliche Unterstützung dieser Persönlichkeiten ist demnach weniger eine Kooperation mit demokratischen und säkularen Bewegungen, sondern vielmehr eine gefährliche Legitimation der fortgesetzten Machtausübung der Islamischen Republik in einer neuen, kaum erkennbaren Form.

Diese sogenannten reformistischen Intellektuellen eint zudem ein gemeinsames Narrativ der Feindseligkeit gegenüber bewährten säkularen Kräften, allen voran Kronprinz Reza Pahlavi. Abdolkarim Soroush⁸, obwohl im Iran selbst zensiert, ließ seine scharfen Angriffe auf die Pahlavis ungehindert im Internet verbreiten und bezeichnete Reza Pahlavi als weltfremd angesichts des tief religiösen Gefüges der iranischen Gesellschaft. Diese polemischen Angriffe entlarven den aktiven Widerstand reformistischer Denker gegen die säkulare Vision, welche die Islamische Republik ablösen könnte. Tragisch ist, dass diese Figuren im Westen als mutige Dissidenten wahrgenommen werden, während sie durch die subtile Unterwanderung populärer säkularer Bewegungen faktisch die Islamische Republik weiter stärken. Dies stellt eine eindringliche Warnung an den Westen dar: Das Ziel der Reformisten ist nicht die Beendigung der Theokratie,

sondern deren Fortbestand in einem neuen Gewand, das umso tückischer ist, weil es schwerer zu durchschauen ist.

3. Reformisten als künftiges trojanisches Pferd in einem säkularen Iran

Angesichts des beispiellosen Ausmaßes öffentlicher Unzufriedenheit, die aus den katastrophalen wirtschaftlichen Fehlentscheidungen und der repressiven Politik des Regimes resultiert, ist es nicht schwer sich vorzustellen, dass Hardliner im Zuge eines echten demokratischen Übergangs – sei es durch Gewalt oder durch Wahlen – aus der Macht entfernt werden. Genau an diesem Punkt könnten die Reformisten als Retter auftreten und die religiöse Politik verlängern, indem sie eine ideologisch vergleichbare Zwillingsstruktur des derzeitigen Regimes schaffen. Aufgrund ihrer taktischen Flexibilität und ihrer besseren Beziehungen zum Westen ist es wahrscheinlich, dass sie künftige politische Säuberungen überleben werden – und womöglich als Minderheitspartei im neuen Parlament Fuß fassen. Von dieser Position aus könnten sie sich in das politische System einschleusen und als ein trojanisches Pferd fungieren, das den neuen säkularen Staat von innen heraus unterminiert, indem es zentrale Elemente des alten Regimes und seiner Ideologie bewahrt. Wie ich im letzten Punkt dieses Essays noch im Detail erläutern werde, stellt dies ein höchst realistisches Szenario dar – insbesondere im Hinblick auf die bewährten Taktiken islamistischer Gruppen in der gesamten Nahostregion.

4. Die Strategie der Reformisten zielt stets auf den Erhalt des klerikalen Regimes ab

Die Reformisten Irans verfolgen eine gut erkennbare Strategie, die sich als eine Art „Fürstenspiegel“ charakterisieren lässt. Sie unterbreiten dem Herrscher fortwährend Empfehlungen und appellieren an seine Gerechtigkeit oder Weisheit, um ihn zu einem bestimmten Verhalten zu bewegen. Doch diese Appelle entspringen weder einem aufrichtigen Bekenntnis zu Menschenrechten noch dem Wunsch nach einem freien und säkularen Iran. Vielmehr dienen sie dazu, den Herrscher von der Überlegenheit eines reformistischen Kurses zu überzeugen, eines Kurses, der in Wahrheit einzig dem Erhalt und der Stabilisierung des bestehenden Regimes verpflichtet ist.



Javad Zarif, ehemaliger iranischer Außenminister, gemeinsam mit Mohammad Khatami, Symbolfigur der Reformbewegung, und Hassan Khomeini, Enkel des Revolutionsführers Ayatollah Ruhollah Khomeini.

Die Reformisten setzen Reformen nicht als Mittel eines tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandels ein, sondern als taktische Anpassungen, um die Herrschaft der Kleriker langfristig zu sichern. Sollte das Regime fallen, ist keineswegs garantiert, dass die Reformisten eine neue säkulare Ordnung akzeptieren würden. Viel wahrscheinlicher ist, dass sie eine neue religiöse Führungspersonlichkeit um sich scharen, die sie als reformiert anerkennen, und diese darin bestärken, Macht zu konsolidieren, um so ihren eigenen Einfluss innerhalb einer neuen, vermeintlich reformierten religiösen Elite zu erhalten.

5. Dauerhafte antiwestliche und antiisraelische Ideologie

Selbst „gemäßigte“ Reformisten zeigen eine anhaltende Feindseligkeit gegenüber Israel und hegen tiefe Skepsis gegenüber einer Annäherung an westliche Staaten. Antizionismus und Antiwestlichkeit sind ideologische Konstanten – keine bloßen diplomatischen Floskeln. Masoud Pezeshkian betonte erst kürzlich, dass „China und Russland uns in schwierigen Zeiten stets beigestanden haben“, während er die USA und Europa scharf dafür kritisierte, „Hunderte Milliarden Dollar an Schaden“ verursacht und „unermessliches Leid, Tod und Zerstörung über das iranische Volk“ gebracht zu haben. In einer weiteren Rede erklärte Pezeshkian⁹: „So Gott will, werden wir versuchen, freundschaftliche Beziehungen zu allen Ländern außer Israel zu pflegen.“

Die reformistische Weltanschauung gegenüber Israel ist derart feindselig, dass die Grenze zu den Hardlinern nahezu verschwimmt. Eine einfache Internetsuche zu den Ansichten reformistischer Akteure über Israel offenbart ein bislang beispielloses Maß an Feindseligkeit gegenüber dem jüdischen Staat. Erst kürzlich erklärte Mohammad Taghi Fazel Meybodi, Leiter einer reformistischen Geistlichengruppe, kein Mitglied seiner Organisation erkenne „die zionistische Besatzungsmacht an – ein britisches Konstrukt.“ Man muss sich vergegenwärtigen, dass Meybodi in der Vergangenheit wegen seiner Ansichten zu Frauen vor islamische Gerichte geladen wurde, aber dennoch eine unnachgiebige Haltung gegenüber Israel beibehält – was zeigt, wie sehr selbst reformistische Akteure zentrale ideologische Grundsätze der Islamischen Republik verinnerlicht haben, selbst wenn sie sich in theologischen Fragen mit den Hardlinern überwerfen.

6. Schwächung der moralischen Integrität Europas, versäumte Allianzen und Beitrag zur politischen Stagnation

Je mehr Europa auf einen Dialog mit reformistischen Kräften innerhalb des Regimes besteht, desto weniger Raum bleibt für den Aufbau tragfähiger Beziehungen zu den tatsächlich säkularen Kräften – nämlich der Opposition im Exil, säkularen Intellektuellen, Frauenrechtsaktivistinnen und jugendgeführten Bewegungen, die innerhalb wie außerhalb Irans an Einfluss gewinnen. Vor allem jedoch stellt eine Partnerschaft mit Kronprinz Reza Pahlavi die sicherste Option für Europa dar: ein unter Iranerinnen und Iranern im Land beliebter Anführer, der nachweislich für säkulare, demokratische Werte eintritt.

Deutschland und die Europäische Union sollten mit äußerster Vorsicht vermeiden, in die trügerische Dichotomie zwischen Hardlinern und Reformisten zu verfallen, ein Narrativ, das die gegenwärtige politische Realität Irans längst nicht mehr treffend abbildet. Wenn Europa an dieser veralteten binären Sichtweise festhält, verpasst es nicht nur die Chance, mit den tatsächlichen säkularen Kräften Irans in Kontakt zu treten, sondern behindert diese Beziehungen aktiv, indem es Zeit und Ressourcen auf die Reformisten fokussiert.

7. Eine wiederholte Falle: westliche Komplizenschaft und die verdeckte islamistische Bedrohung

Ein oft übersehener, aber entscheidender Grund zur Vorsicht im Umgang mit iranischen Reformisten ergibt sich aus regionalen Erfahrungen mit sogenannten „moderaten Islamisten“. Von den Übergangsprozessen nach dem Arabischen Frühling in Ägypten über die Muslimbruderschaft bis hin zur langjährigen Herrschaft der AKP in der Türkei – westliche Entscheidungsträger haben wiederholt die langfristigen Gefahren unterschätzt, die von „moderaten“ islamistischen Akteuren in der Region ausgehen. Auch wenn diese „Moderaten“ zunächst nicht offen militant oder feindselig auftreten wie etwa der IS oder die Hardliner der Islamischen Republik, verfolgen sie letztlich ideologisch getriebene Programme, die grundlegende liberaldemokratische Werte wie Säkularismus, Meinungsfreiheit, Geschlechtergerechtigkeit und Minderheitenrechte herausfordern.

Iranische Reformisten zeigen ähnliche Muster – und könnten

im Fall eines Machtgewinns diese sogar noch deutlicher ausprägen. Ganz wie die Muslimbruderschaft (al-Ikhwan al-Muslimun) in Ägypten oder die AKP unter Erdoğan in der Türkei geben sich iranische Reformisten dem Volk und den demokratischen Werten verpflichtet, streben jedoch im Kern eine politische Umgestaltung entlang islamischer Linien an. Zwar ist ihre Rhetorik kultivierter und ihre Taktik pragmatischer als die ihrer radikalen Gegenparts, doch ihr letztendliches Ziel steht im Widerspruch zu den Grundprinzipien offener, säkularer und pluralistischer Gesellschaften. In diesem Sinne stellen sie auf lange Sicht eine ernstere Bedrohung für ein säkulares Iran dar als offen extremistische Kräfte, weil sie vom Westen Unterstützung – oder zumindest Neutralität – genießen, während sie aus dem Inneren heraus gegen westliche Werte agieren.

Die Unterstützung solcher Gruppen wäre ein strategischer Fehler. Wir sollten uns fragen: Warum sollten westliche Demokratien sich mit Akteuren verbünden, die ihre Legitimität innerhalb Irans längst verloren haben, die Gewalt gegen Bürger, gegen den Staat Israel und mitunter sogar gegen westliche Interessen ermöglicht oder gerechtfertigt haben?

Politische Handlungsempfehlungen

Die Dichotomie zwischen Reformern und Hardlinern hinter sich lassen

Westliche Regierungen – insbesondere Deutschland und die EU – sollten sich von dem überholten Konzept verabschieden, Irans politisches System als echten Wettstreit zwischen Reformisten und Hardlinern zu betrachten. Diese Dichotomie ist nicht nur innerhalb Irans obsolet geworden, sondern verhindert auch ein klares Erkennen der ideologischen Einheitsfront des Regimes, das sich durch Opposition gegenüber Säkularismus, Feindseligkeit gegenüber Israel, den USA und dem Westen sowie der Aufrechterhaltung klerikaler Herrschaft definiert.

Einen klaren demokratischen Maßstab für den Umgang mit Reformern festlegen

Jede Einzelperson oder Gruppierung, die politische Unterstützung oder Engagement des Westens anstrebt, muss klaren, nicht verhandelbaren Kriterien genügen: eine öffentlich erklärte Verpflichtung zu einem säkularen Iran, eine unmissverständliche Ablehnung von Khomeinis Vermächtnis, eine eindeutige Zurückweisung anti-israelischer Rhetorik und Offenheit zur Zusammenarbeit mit

demokratischen Staaten. Die Zeit, in der jeder, der das Wort „Reform“ benutzt, automatisch Glaubwürdigkeit erlangt, muss in Europa enden.

In Irans säkulare Opposition investieren

Europa muss seine politische Aufmerksamkeit und seine Ressourcen gezielt auf die wachsende und populäre säkulare-demokratische Opposition im Iran richten. Zu ihren zentralen Akteuren zählen Kronprinz Reza Pahlavi, führende Frauenrechtlerinnen aus der Basisbewegung, studentische und gewerkschaftliche Aktivistinnen und Aktivisten sowie Exilintellektuelle, die sich für demokratische, säkulare und inklusive Regierungsformen einsetzen. Viele von ihnen genießen seit Jahren breite gesellschaftliche Legitimität unter Iranerinnen und Iranern und vertreten Werte, die mit Europas strategischen und ethischen Interessen im Einklang stehen.

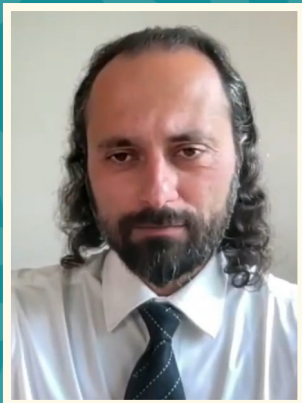
Jegliche Rechtfertigung des islamistischen Reformismus konsequent zurückweisen

Statt sich vorschnell mit den am leichtesten erreichbaren Akteuren innerhalb Irans einzulassen, sollten westliche Regierungen langfristig einen prinzipiengeleiteten Rahmen entwickeln und strategische Beziehungen zu säkularen, menschenrechtsorientierten Kräften aufbauen. Dieses Vorgehen mag größeren Aufwand erfordern, doch der Gewinn an Stabilität, politischen Fortschritten und moralischer Glaubwürdigkeit übertrifft den kurzfristigen Komfort, der sich aus der Zusammenarbeit mit etablierten reformistischen Insiderfiguren ergibt.

Einen langfristig orientierten, prinzipientreuen Rahmen schaffen, der auf festen Grundsätzen statt auf kurzfristiger Opportunität basiert

Westliche Politiker müssen sich stets bewusst machen, dass Reformisten keine Verfechter eines demokratischen Übergangs sind, sondern Überlebenskünstler des Regimes mit einem sanfteren Ton, jedoch unverändertem Fundament. Eine wahrhaftige Demokratisierung und eine nachhaltige Zusammenarbeit mit Europa sind nur möglich durch Kräfte, die sich von der theokratischen Herrschaft lösen.

Die konstitutionelle Monarchie als Garant für die Bewahrung eines säkularen Staatswesens im Iran.



Dr. Nima Chasemi

hat seine Promotion in westlicher Philosophie an der Universität Tehran abgeschlossen. In seiner Dissertation befasste er sich mit der Mythologie Ernst Cassirers und untersuchte die komplexen Wechselwirkungen zwischen Kultur und Politik. Zudem war er sechs Monate lang als Forscher am Institut für die Edition der Werke Ernst Cassirers tätig, das zur renommierten Humboldt-Universität zu Berlin gehört.

Der damalige Hofminister Irans, Asadollah Alam, schildert in seinem zweiten Memoirenband vom 13. April 1970, wie er bei einer Audienz den Schah äußerst verärgert vorfand. Drei Tage zuvor hatte im Amjadieh-Stadion in Teheran ein Fußballspiel zwischen der iranischen Mannschaft „Tadsch“ (Tāj) und der israelischen Auswahl „Hapoel“ stattgefunden, das die iranische Seite mit 2:1 für sich entschied. Dem Schah wurde berichtet, dass einige Zuschauer Parolen wie „Lang lebe das palästinensische Volk“ und „Tod den Juden“ skandiert hätten. Alam berichtet, dass der Schah darüber tief erzürnt war und die Kommunisten für diese Zwischenfälle verantwortlich machte. Einen Monat später, im Vorfeld der Feierlichkeiten zum 22. Jahrestag der Staatsgründung Israels, ordnete der Schah am 12. Mai 1970, also zwei Tage vor diesem bedeutsamen Datum, an, dass weder Mitglieder des Hofes noch der Regierung an den Veranstaltungen teilnehmen dürften. Obwohl das kaiserliche Iran unter der Führung des Schahs diplomatische Beziehungen zu Israel unterhielt – iranische Flugzeuge wurden zeitweise sogar auf israelischem Boden gewartet – bevorzugte der Schah,

sein Land nicht in den von den internationalen Medien als „arabisch-israelischen Konflikt“ bezeichneten Machtkampf zu verstricken. Unter seiner Herrschaft verfolgte der Schah niemals eine anti-israelische oder antisemitische Außenpolitik. Vielmehr war es die Überlegung, radikal-islamische Gefühle nicht zu provozieren und kommunistische Kräfte nicht als Destabilisatoren wirken zu lassen, die den Schah zu einer behutsamen und zurückhaltenden Haltung gegenüber Israel veranlasste.

Unmittelbar nach der Islamischen Revolution setzte eine gezielte Verfolgung der jüdischen Gemeinschaft ein. Habibollah Elghanian, ein angesehener Unternehmer und Industrieller jüdisch-iranischer Herkunft, wurde einzig und allein aufgrund seiner religiösen Identität unmittelbar hingerichtet. Die gegen ihn vorgebrachten Anschuldigungen lauteten – wie in einem Bericht der Tageszeitung *Ettelā'āt* festgehalten – unter anderem: „Freundschaft mit den Feinden Gottes und Feindschaft gegenüber Gottes Freunden, Spionage zugunsten des illegitimen zionistischen Staates Israel, Sammlung von Hilfen und Spenden zugunsten Israels und seiner Armee zur Bombardierung Palästinas und des

muslimisch-arabischen Volkes, Ausbeutung der Bevölkerung und Verwendung der Einnahmen im Kampf gegen den Islam und das Volk, Verderbtheit auf Erden, Krieg gegen Gott und den Gesandten Gottes sowie gegen unser gesamtes unterdrücktes Volk, Blockade von Gottes Weg und der Entwicklung menschlicher und islamischer Werte, Beihilfe zum grausamen täglichen Morden an unseren kämpfenden palästinensischen Brüdern“ (zitiert nach Aasoo¹).

Elghanian wurde nicht nur jegliches Recht auf Verteidigung verwehrt – das gesamte Gerichtsverfahren gegen ihn dauerte nicht länger als zwanzig Minuten. Alle Versuche seiner engen wie entfernten Freunde, sein Leben zu retten, blieben vergeblich. Mit diesem Justizmord übermittelte die Islamische Republik eine eindeutige Botschaft an die gesamte jüdische Gemeinde Irans: Euer Leben steht in unserer Hand – als Symbol für das Leid des palästinensischen Volkes!

Einem Bericht² des israelischen Nachrichtenkanals *News 24* aus dem Jahr 2022 zufolge lebten am Ende der Regierungszeit des Schahs rund 100.000 Juden im Iran. Ein Großteil von ihnen emigrierte bereits in den ersten Jahren – ja sogar Monaten – nach der Revolution in Richtung USA, Israel oder Europa. Dem Bericht zufolge leben heute schätzungsweise zwischen 9.000 und 15.000 Juden weiterhin im Iran – allerdings in einem „goldenen Käfig“. Trotz dieser prekären Lage stellt der Iran nach Israel und der Türkei weiterhin die drittgrößte jüdische Bevölkerungsgruppe im Nahen Osten. Die babylonische Ausgabe des Talmuds – das zentrale Werk der jüdischen Religionslehre – entstand, wie der verstorbene israelische Professor Amnon Netzer in seinem Artikel „*Die Sassanidenkönige im Talmud*“³ darlegt, im kulturellen Kontext des sassanidischen Iran. Netzer selbst stammte aus Rasht, einer Stadt im Norden Irans, bevor er später nach Israel emigrierte.

In einem Gespräch mit der prominenten iranisch-jüdischen Journalistin Homa Sarshar, einer Pionierin persischsprachiger Medien, erhielt ich ein eindrückliches Zeugnis über das Schicksal der Juden nach dem Sturz des Schahs. Sarshar berichtete: „Der Schah hatte das Land noch nicht einmal richtig verlassen, als mir ein Kollege sagte, ich solle in mein Heimatland zurückkehren.“ Auf ihre Nachfrage, was er damit meine, habe er geantwortet: „Nach Israel!“ Empört, so berichtet Sarshar, habe sie geantwortet: „Ich lebe seit zweitausend Jahren im Iran!“

In einer Lage, in der selbst muslimische und schiitische Iraner

das Land in großer Zahl verlassen – eine Auswanderungswelle, die auch über vier Jahrzehnte nach der Islamischen Revolution keineswegs abgeflaut ist, sondern unter der Regierung Ebrahim Raisi eine neue Intensität erreicht hat, mag es auf den ersten Blick entbehrlich erscheinen, den Fokus gezielt auf die Flucht religiöser Minderheiten aus dem Iran zu richten. Ein umfassenderer Blick jedoch offenbart, dass trotz der Verfassung der konstitutionellen Monarchie, die den Zwölfer-Schiismus ausdrücklich zur offiziellen Staatsreligion erklärte, die Pahlavi-Könige – Reza Schah ebenso wie Mohammad Reza Schah – den Staat in bemerkenswert säkularer Weise führten. Dies zeigt sich eindrücklich in der sichtbaren gesellschaftlichen Präsenz religiöser Minderheiten – darunter auch jener Glaubensgemeinschaft, gegenüber der sich der Schiismus besonders feindselig zeigt: der Bahai-Religion. Der Schiismus betrachtet den Bahai-Glauben grundsätzlich als unvereinbar mit seinen Lehren.

Doch lebten die Bahai nicht nur im Iran, sie waren, ebenso wie Juden, Zoroastrier und Christen, auch in hohen Ämtern innerhalb der Exekutive sowie in den Streitkräften und Sicherheitsorganen vertreten. Als ich Homa Sarshar fragte, wie es angesichts der verfassungsmäßigen Festlegung auf den Schiismus dennoch möglich war, dass Angehörige der Bahai-Gemeinschaft hohe staatliche und militärische Positionen bekleiden konnten, teilte sie mit mir eine persönliche Erfahrung: In den Bewerbungsformularen für eine Anstellung konnte die Frage nach der religiösen Zugehörigkeit unbeantwortet bleiben. Tatsächlich galt die Offenlegung der eigenen Konfession aus Sicht der SAVAK und anderer Verwaltungseinrichtungen nicht als verpflichtend. Parviz Sabeti, ein hochrangiger Funktionär der SAVAK, der heute noch lebt und in den Vereinigten Staaten ansässig ist – und gegen den kürzlich linke Anhänger der Islamischen Revolution juristische Schritte einleiten wollten –, ist selbst bahaiischer Herkunft.

Fereyduh Vahman, Autor des Werkes „160 Jahre Kampf gegen den Bahai-Glauben“, gelangt in seiner historischen Analyse der Verfolgung der Bahai – von der späten Qadscharenzeit bis in die Gegenwart – insgesamt zu einer positiveren Einschätzung der Ära Reza Schahs. Ausschlaggebend dafür ist dessen entschlosseneres Vorgehen gegen den Einfluss des schiitischen Klerus. Vahman betont, dass weder Reza Schah noch Mohammad Reza Schah persönlich religiöse Vorurteile hegten; jedoch habe der Letztere größere politische Zurückhaltung geübt, um die Stabilität

1 <https://www.aasoo.org/fa/articles/3776>

2 <https://www.i24news.tv/en/news/middle-east/iran-eastern-states/1649326588-jews-of-iran-a-community-on-borrowed-time>

3 <https://www.noormags.ir/view/fa/articlepage/اول-شاپور-دوم-و-یزیدگرد-اول/515638>



Mitglieder der jüdischen Gemeinde in Teheran, 1970er-Jahre

seines Regimes zu wahren. Aus diesem Grund habe er auch in bestimmten Fällen – etwa bei der Zerstörung des Bahai-Tempels Hazirat al-Quds im Jahr 1955 – zu offenen Angriffen schiitischer Gruppen auf die Bahai geschwiegen.

Mit der zunehmenden Konsolidierung der Macht des Schahs verbesserte sich zwar die Lage der Bahai und anderer religiöser Minderheiten spürbar, dennoch bleibt festzuhalten, dass seine Politik in der Gesamtschau von Vorsicht geprägt war. Genau diese zurückhaltende Haltung bildet den Hauptkritikpunkt bahaiischer Forscher an der zweiten Pahlavi-Ära – eine Haltung, für die man heute womöglich mehr Verständnis aufbringen kann als damals. Bemerkenswert ist jedoch die Perspektive eines weiteren bedeutenden Bahai, Abbas Amanat, Autor des Werks Iran: „A Modern History“. Er bewertet die nahezu fünf Jahrzehnte andauernde Pahlavi-Ära als eine Phase, in der Iran schrittweise in Richtung Säkularismus geführt wurde. In einem persischsprachigen Interview erläutert er den Impuls für die Entstehung seines Buches folgendermaßen:

„Vor etwa 25 Jahren bat mich der Lektor der Yale University Press, ein Buch zu schreiben, das die Frage beantworten sollte, warum es in einem Land wie Iran, das sich nahezu fünfzig Jahre lang auf dem Weg zu einer westlich-säkularen Gesellschaft befand, plötzlich zu einer Revolution kam, die sich grundsätzlich gegen genau diese Form der Moderne richtete. Um dieser Frage nachzugehen, musste ich weiter in die Vergangenheit zurückblicken, als es in der Iran-Historiografie des englischsprachigen Raums üblich ist. Dort gilt in der Regel der Beginn des 20. Jahrhunderts – mit der konstitutionellen Revolution oder, in einem etwas weiteren Verständnis, die frühe Qadscharenzeit – als Ausgangspunkt der modernen Epoche Irans. Mein Werk unterscheidet sich jedoch grundlegend, da ich diesen Beginn mit dem Aufstieg der Safawiden-Dynastie im Jahr 1501 ansetze. Ziel war es, den ideologischen Widerstand des schiitischen Klerus gegenüber dem Staatswesen historisch zu verorten und die Ursprünge wie auch die Transformation der tiefgreifenden Verbindung zwischen diesen beiden Institutionen analytisch zu durchdringen.“

Mit anderen Worten: Die fehlende Verwirklichung

eines vollständig säkularen Staates im Iran ist ohne die Berücksichtigung der Rolle schiitischer Institutionen in den vergangenen fünf Jahrhunderten nicht zu verstehen. Immer dann, wenn die traditionelle Staatsgewalt – gemeint ist das monarchische System – geschwächt war, trat diese Institution offen gegen die Regierung auf und errichtete eine totalitäre Herrschaft, die sich auf ihre sektiererische Ideologie gründete. Verwendet man die Terminologie Amanats, dann stellt die sogenannte Islamische Republik in Wahrheit das zweite „scharitische Imperium“ dar, das die iranische Gesellschaft erlebt hat.

Als ich kürzlich – auf Einladung der im Ausland ansässigen Partei „Säkular-Demokratische Iraner“ – offen erklärte, dass das Haupthindernis für die Etablierung eines Säkularismus in der schiitischen Konfession selbst liege, stieß ich unter den anwesenden Intellektuellen kaum auf Zustimmung. Die Gründe für diese Zurückhaltung lassen sich vielleicht mit einer Formulierung verdeutlichen, die ich zum ersten Mal klar und unverblümt aus dem Munde von Homa Sarshar vernahm – jener gebildeten Iranerin aus einer religiösen Minderheit. Als ich ihr eine Frage stellte, begann sie ihre Antwort mit den Worten: „Diese muslimischen Intellektuellen ...“

Die bittere Realität der iranischen Gesellschaft besteht darin, dass ein erheblicher Teil ihrer Intellektuellen im Innersten noch immer tief im religiösen Denken verwurzelt ist. Besonders unter jenen mit stark linker Prägung ist eine ideologische Fixierung erkennbar, die den Staat und im Besonderen den Schah für sämtliche historischen Missstände verantwortlich macht, während die politische und gesellschaftliche Rolle des schiitischen Klerus kaum

jemals ernsthaft thematisiert oder kritisch reflektiert wird.

Es zeigt sich immer deutlicher, dass keine schwache Regierung imstande ist, den übersteigerten Machtansprüchen der schiitischen Klerikalstruktur wirksam Einhalt zu gebieten. Für die heutige Generation von Iranerinnen und Iranern gilt die Qadscharen-Dynastie, die der Pahlavi-Monarchie vorausging, als Inbegriff eben jener schwachen Herrschaftsform. In dieser Epoche scheiterten zahlreiche Reforminitiativen, die verschiedene Premierminister unter Naser ad-Din Schah ins Leben riefen, an der massiven Blockade durch einflussreiche schiitische Geistliche. Die Qadscharen-Könige zeigten sich weder willens noch in der Lage, der politischen Macht der religiösen schiitischen Institutionen Grenzen zu setzen.

Mittlerweile wächst unter akademischen Eliten und jungen Intellektuellen die Einsicht, dass der Aufbau eines säkularen Staatswesens im Iran ohne eine konsequente Kontrolle über die schiitische Klerikalstruktur nichts weiter bleibt als ein politisches Wunschdenken – oder eine bloße diplomatische Floskel. Gerade deshalb rückt die Pahlavi-Ära erneut in den Fokus des historischen und politischen Interesses, insbesondere die Herrschaft Reza Schahs des Großen, die heute mit wachsender analytischer Sorgfalt als Ursprung des modernen iranischen Staates neu bewertet wird. Die historische Erfahrung lehrt zudem: Selbst in einer gefestigten Demokratie wie den Vereinigten Staaten garantiert eine säkulare Verfassung keineswegs dauerhaft die tatsächliche Trennung von Staat und Religion. Religiöse Organisationen mit tief verwurzelter historischer und kultureller Einfluss vermögen es durchaus, staatliche Strukturen selbst gegen verfassungsrechtliche Prinzipien in ihrem Sinne zu formen und zu lenken. Erfreulicherweise bekennt sich inzwischen ein Großteil der aktiven Zivilgesellschaft im Iran offen zum Säkularismus. Die überwältigende Mehrheit zieht eine säkulare Verfassungsordnung jener religiös-politischen Realität vor, unter der das Land in den vergangenen vier Jahrzehnten zu leiden hatte. Diese Haltung ist vor allem das Ergebnis der bitteren Erfahrungen unter der sogenannten Islamischen Republik. Dennoch bleibt ein zentraler Punkt in der intellektuellen Debatte bislang umstritten: In welchem Maß kann die monarchische Institution zur Sicherung eines säkularen Iran beitragen? Eine starke Monarchie, wie sie in der Pahlavi-Zeit existierte, könnte sehr wohl die notwendige exekutive Garantie für die in der Verfassung verankerte Trennung von Religion und Staat bieten.



Mohammad Reza Schah Pahlavi neben Habib Elghanian während eines Besuchs in einer Fabrik des Elghanian-Konzerns.

Entmythologisierung des säkularen Mossadegh



Farhad Soleimannejad

ist ein unabhängiger Forscher auf dem Gebiet der Geschichte des modernen politischen Denkens in Iran. Sein besonderes Interesse gilt der Frage, wie iranische Intellektuelle der Kadscharenzeit politische Moderne, Konzepte moderner Staatsführung sowie Vorstellungen von Recht und Ordnung rezipierten und theoretisch verarbeiteten.

Derzeit widmet er sich der Herausgabe einer mehrbändigen Reihe unter dem Titel „Die Gründerväter des neuen Iran“, die sich der intellektuellen und politischen Selbstverortung Irans in der Neuzeit widmet. Im Zentrum stehen dabei herausragende intellektuelle und politische Persönlichkeiten der Kadscharenzeit und der frühen Pahlavi-Ära. Der erste Band ist Seyyed Hassan Taqizadeh gewidmet, der zweite Mirza Fathali Akhundzadeh. Weitere Bände über Gestalten wie Mirza Hosein Khan Sepahsalar, Mirza Malkom Khan Nazemoddoleh, Mirza Yusef Khan Mostasharodoleh, Mohammad Ali Foroughi und Ali Akbar Davar sind in Vorbereitung.

Einleitung:

In den Jahren nach der Absetzung Mohammad Mossadeghs vom Amt des Premierministers am 19. August 1953, dem 28. Schahrivar 1332, hat sich infolge der Darstellung durch seine Anhänger – zu denen verschiedene Gruppen wie die sogenannte Nationale Front, die Freiheitsbewegung, die Nationalreligiösen, Mitglieder der Volksmudschahedin und sogar einige linksgerichtete Gruppierungen zählen – ein bestimmtes Bild von ihm in der öffentlichen Wahrnehmung der iranischen Gesellschaft sowie in westlichen Ländern etabliert. Dieses Bild zeichnet Mossadegh als einen säkularen Politiker, der an die Trennung von Religion und Politik geglaubt habe und entsprechend ideologisch wie politisch agiert habe. Stützt man jedoch die Beurteilung seiner geistigen und politischen Haltung nicht auf die Propaganda seiner Anhänger, sondern auf historische Dokumente und Quellen, so relativiert sich dieses Bild in erheblichem Maße.

Mohammad Mossadegh erhielt in den 1950er Jahren in zwei Amtsperioden (vom 28. April 1951 bis zum 16. Juli 1952 sowie vom 22. Juli 1952 bis zum 19. August 1953) das Mandat des Schahs zur Bildung einer Regierung. Die politische Atmosphäre jener Zeit, wie auch die des vorangegangenen Jahrzehnts, war maßgeblich von einer ablehnenden Haltung gegenüber den politischen Maßnahmen Reza Schahs geprägt. Vor diesem Hintergrund wurden nahezu sämtliche zentralen Reformen der Reza-Schah-Ära, insbesondere jene, die eine Zurückdrängung der religiösen Autoritäten aus Schlüsselbereichen wie dem Bildungswesen und dem Justizapparat zum Ziel hatten, rückgängig gemacht, während gegensätzliche politische Konzepte wieder an Einfluss gewannen.

Betrachtet man die Trennung von Religion und Staat als wesentliches Kennzeichen des Säkularismus und damit als Grundlage moderner Staatsführung, so wurde diese Trennung unter der Herrschaft Reza Schahs (1925–1941) in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen – insbesondere im Bildungswesen und im Justizsystem – konsequent umgesetzt. Aus einer historischen, von ideologischen Vorbehalten unbeeinflussten Perspektive muss die Ära Reza Schahs folglich als die erste Periode in der Geschichte Irans gelten, in

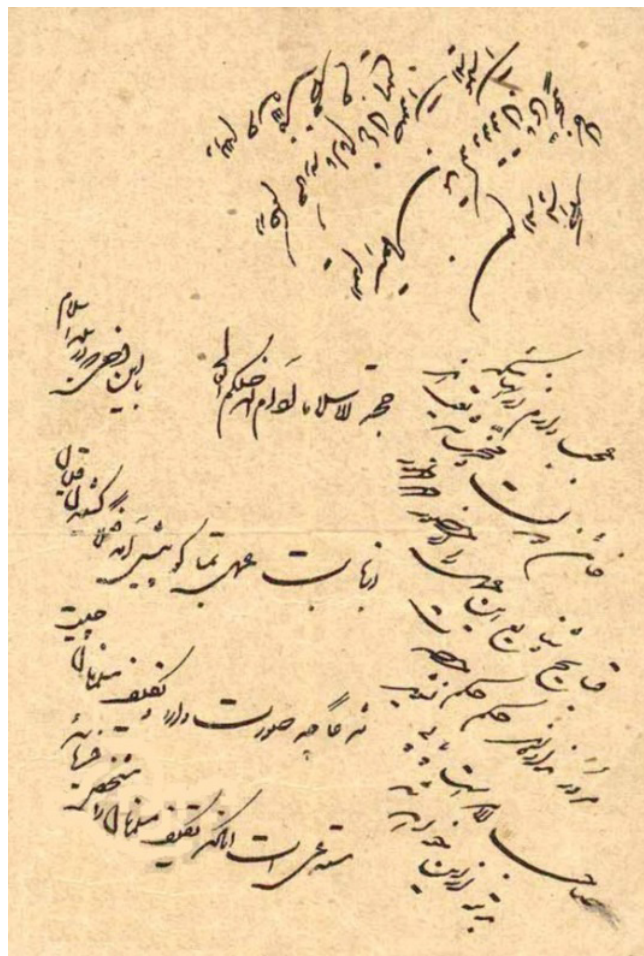
der eine säkulare politische Ordnung tatsächlich etabliert wurde. In seiner Regierungszeit entstand ein modernes Justizwesen und ein neues Bildungssystem – beides als bewusste Konsequenz der Ausschaltung – des schiitischen Religionsführers aus diesen zentralen gesellschaftlichen Institutionen. Die Gegner Reza Schahs verurteilen diesen fundamentalen Wandel häufig als Ausdruck von Despotismus und autoritärer Herrschaft. Dabei scheuen sie jedoch meist die kritische Auseinandersetzung mit der zentralen Fragestellung: Wie hätte man ohne den Einsatz staatlicher Zwangsgewalt die jahrzehntelange Dominanz des schiitischen Klerus über essenzielle Bereiche wie Justiz und Bildung effektiv beenden können?

Der vorliegende Beitrag bietet zunächst einen umfassenden Überblick über den Einfluss der schiitischen Geistlichkeit im Iran während der Kadscharenzeit. Darauf folgend wird die säkulare Reformpolitik Reza Schahs eingehend skizziert. Im Anschluss wird dargestellt, wie sich nach der Besetzung Irans durch die Alliierten im September 1941 und dem daraus resultierenden Machtverlust Reza Schahs dessen Reformpolitik zunehmend auflöste, wodurch der Klerus erneut die politische Bühne dominierte und die zuvor unter einem starken Staat etablierte säkulare Ordnung allmählich erodierte. Dies führte zu einem tiefgreifenden politischen und sozialen Chaos, in dessen Verlauf unter anderem zwei Premierminister sowie ein Intellektueller durch eine islamistische Extremistengruppe ermordet wurden, die dabei offene Unterstützung seitens der Geistlichkeit sowie politischer Strömungen jener Zeit erhielt – darunter Mitglieder der sogenannten Nationalen Front unter der Führung Mossadeghs. Zudem kam es zu einem gescheiterten Attentat auf den konstitutionellen Monarchen Mohammad Reza Schah.

Abschließend wird anhand eines Fallbeispiels – der kulturpolitischen Maßnahmen Mossadeghs – argumentiert, dass dessen politisch-ideologischer Kurs keineswegs säkular war, wie es die Anhänger verschiedener Strömungen behaupten, und dass Mossadegh keine feste Überzeugung von der Trennung von Religion und Staat, mithin keine säkulare Haltung, vertrat.

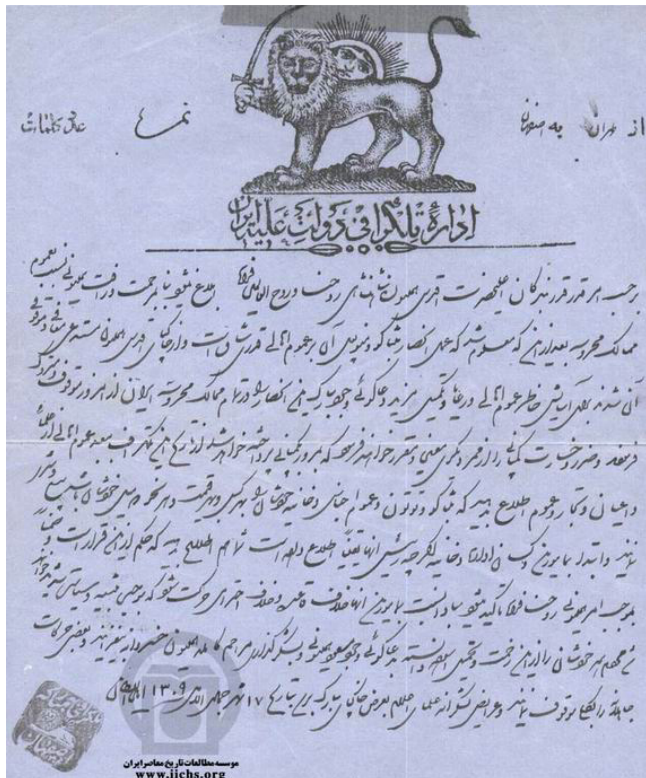
Die Macht der schiitisch-religiösen Funktionärselite im Iran der Qadscharenzeit

In den politischen Entwicklungen der neueren iranischen Geschichte haben religiöse Kräfte unter der Führung der schiitischen Autorität stets eine maßgebliche Rolle gespielt.



Der Wortlaut der Fatwa von Mirza Schirazi gegen den Gebrauch von Tabak

Die Islamische Revolution von 1979 unter der Führung Ayatollah Ruhollah Khomeinis stellt das jüngste und bedeutendste Beispiel dafür dar. Bereits in der Qadscharenzeit nahmen die schiitischen Geistlichen in nahezu allen sozialen Bewegungen Irans eine Schlüsselstellung ein. Ein markantes Beispiel hierfür ist die sogenannte Tabakbewegung, die sich gegen ein Abkommen richtete, das zwischen Naser al-Din Schah Qadschar, dem damaligen Staatsoberhaupt, und einem britischen Kaufmann namens Major Gerald Talbot abgeschlossen worden war. Im Rahmen dieses Vertrags, der als Régie-Konzession bekannt wurde, gewährte der iranische Staat dem genannten britischen Händler ein fünfzigjähriges Monopol auf den Handel mit Tabakprodukten. Die Nachricht über den Abschluss des Vertrages sowie die damit verbundenen, im Umfeld vermuteten Bestechungsgelder stießen auf heftigen Widerstand seitens der schiitischen Geistlichkeit, der Kaufmannschaft sowie einiger einflussreicher politischer Persönlichkeiten und Intellektueller. Diese Opposition kulminierte schließlich in der Ausstellung eines religiösen Rechtsgutachtens (Fatwa) durch Mirza-ye Shirazi, den damals in Samarra residierenden höchsten schiitischen



Dekret Naser ad-Din Schahs zur Aufhebung des Tabakmonopolvertrags

Rechtsgelehrten. In diesem Fatwa hieß es:

„Im Namen Gottes, des Allerbarmers, des Barmherzigen.
Von heute an gilt jeglicher Gebrauch von Tabak, in welcher
Form auch immer, als Kriegführung gegen den Imam der Zeit
(möge Gott seine Wiederkehr beschleunigen).“

Als unmittelbare Folge dieses Fatwas erreichten die bereits zuvor in bedeutenden iranischen Städten wie Täbris, Isfahan, Schiras und Teheran ausgebrochenen Unruhen ihren Höhepunkt, was letztlich in der Aufhebung des Vertrags mündete.

Die Verfassungsbewegung und das Säkularismusprojekt in der Ära Reza Schahs

Bereits in der Konstitutionellen Bewegung von 1906 kam der Dreierspitze der schiitischen Klerus in Nadschaf – bestehend aus Akhund Khorasani, Molla Abdullah Mazandarani und Mirza Hossein Khalili Tehrani – sowie den Religionsführer Teherans unter der Führung Abdullah Behbahani und Mohammad Tabataba'i eine maßgebliche Rolle zu. Ihr Einfluss war derart erheblich, dass sie während der Ausarbeitung des Zusatzartikels

zur konstitutionellen Verfassung jede Gesetzgebung in der Nationalversammlung an die unabdingbare Bedingung knüpften, nicht im Widerspruch zur Scharia des Islams zu stehen. Darüber hinaus bestimmten sie, dass ein vom jeweiligen geistlichen Führungszirkel eingesetzter Rat über das Vorliegen oder Nichtvorliegen eines solchen Widerspruchs zu befinden habe. Diese Forderung fand ihre rechtsverbindliche Verankerung im Artikel 2 des Verfassungszusatzes, welcher wie folgt formuliert wurde:

„Der Heilige Nationalrat, gegründet unter der besonderen Aufmerksamkeit und Billigung des verehrten Imams der Zeit, möge Gott seine Wiederkehr beschleunigen, durch die Gnade Seiner Majestät, des Schahs des Islams, möge seine Herrschaft ewig währen, unter der Aufsicht der ehrwürdigen geistlichen Autoritäten, möge Gott ihresgleichen mehren, sowie mit der Unterstützung des iranischen Volkes, ist zu allen Zeiten daran gehindert, gesetzliche Bestimmungen zu erlassen, die den heiligen Vorschriften des Islams und den Rechtsnormen des edelsten unter den Menschen, Friede sei mit ihm und seiner Familie, zuwiderlaufen. Es ist ausdrücklich festgelegt, dass die Beurteilung der Übereinstimmung gesetzlicher Regelungen mit den islamischen Geboten allein den hochrangigen Gelehrten, möge Gott ihre Gnaden bewahren, obliegt und auch in Zukunft vorbehalten bleibt. Zu diesem Zweck wird in jeder Epoche ein Kollegium von mindestens fünf rechtschaffenen und frommen Mudschtahids, welche mit den Erfordernissen der Zeit vertraut sind, von den schiitischen Autoritäten benannt. Diese unterbreiten dem Nationalrat eine Liste von zwanzig Geistlichen, aus denen sodann, durch einstimmige Wahl oder im Falle fehlender Einigung durch das Los, fünf (oder mehr, je nach den Umständen der Zeit) als Mitglieder des Gremiums bestimmt werden. Dieses Gremium ist beauftragt, sämtliche dem Parlament vorgelegten Gesetzentwürfe sorgfältig zu prüfen und jeglichen Entwurf, der den heiligen Regeln des Islams widerspricht, mit bindender Wirkung zurückzuweisen, sodass ein solcher Entwurf nicht den Rang eines Gesetzes erlangt. Die Entscheidung dieses Gremiums ist endgültig und bleibt bis zur Wiederkehr des verborgenen Imams unanfechtbar.“

Säkularismus unter Reza Schah

Der umfassende Einfluss der schiitischen Kleruselite auf die iranische Politik erstreckte sich kontinuierlich über die gesamte Qadscharenzeit, lediglich zwei herausragende Beispiele seien hier angeführt. Mit der Abschaffung der Qadscharenmonarchie am 13. Dezember 1925 durch das Votum des Fünften Nationalrats und der Machtübernahme Reza Schahs erfuhr dieses Machtgefüge jedoch einen grundlegenden Wandel: Durch die Etablierung eines modernen Staatswesens und die Stärkung

Ordnung und Zentralisierung zu schaffen. Dies führte unweigerlich dazu, dass der schiitische Klerus auch im öffentlichen Raum und gesellschaftlichen Leben zunehmend an Einfluss verlor.

Zu den restriktiven Maßnahmen zählten insbesondere die Einführung von Prüfungen für den Zugang zum geistlichen Lehramt, die Gründung neuer Institutionen wie des Instituts für Predigt und Kanzelrede als parallele Einrichtungen zu den traditionellen schiitischen Lehrstätten, die Schließung zahlreicher religiöser Schulen (madāres-e 'elmiyye) sowie deren Unterstellung unter das staatliche Bildungsministerium und, als wohl gravierendster Einschnitt, die Schaffung eines neuen staatlichen Verwaltungsapparats zur Aufsicht über die religiösen Stiftungen (Awqāf).

Gerade dieser letzte Punkt, die Errichtung eines staatlichen Mechanismus zur Verwaltung der Stiftungen, entzog der schiitischen Geistlichkeit faktisch ihre vielfältigen finanziellen Ressourcen und traf damit ihre Machtbasis mit einem schweren Schlag. Das entsprechende Gesetz wurde am 24. Dezember 1934 vom Nationalrat verabschiedet und übertrug, im klaren Bruch mit der bisherigen Praxis, die vollständige Kontrolle über die religiösen Stiftungen, die zuvor in den Händen der Geistlichkeit und der höchsten religiösen Autoritäten gelegen hatte, exklusiv an den Staat. Auch das Gesetz zur Vereinheitlichung der Kleidung vom 27. Dezember 1928 machte das Tragen geistlicher Kleidung von einer staatlichen Erlaubnis abhängig. Der bekannte Teheraner Geistliche Mohammad Taqi Falsafi schildert in seinen Memoiren eindrücklich die rigorose Durchsetzung dieses Gesetzes, ein eindrucksvoller Beleg für den Druck, dem die Geistlichkeit jener Zeit ausgesetzt war. Nachfolgend ein Auszug in wörtlicher Rede:

„Für Prediger wurde eigens ein Sondergesetz mit dem Titel Mohaddeth erlassen, das ihnen das Tragen des Turbans weiterhin gestattete. Dennoch waren sowohl Mudschtahids als auch Mohaddeths verpflichtet, eine behördliche Genehmigung bei der zuständigen Polizeidirektion zu beantragen. Bei Zuwiderhandlung drohte ihnen die öffentliche Entkleidung. Jenen, die weder als Mudschtahid noch als Mohaddeth anerkannt waren, war es gänzlich untersagt, geistliche Gewänder zu tragen oder einen Turban zu verwenden. Ein Mohaddeth war durch seine Fähigkeit ausgezeichnet, zwischen authentischen und zweifelhaften Hadithen zu unterscheiden. Auch ich selbst

verfügte über eine solche offizielle Genehmigung. [...] Dennoch kam es wiederholt vor, dass sich Personen ohne die erforderliche Qualifikation in geistliche Kleidung kleideten, ohne die vorgeschriebene Prüfung absolviert zu haben. Viele von ihnen wurden von der Polizei abgeführt, ihre Gewänder zerschnitten, Mäntel und Turbane entfernt – die Zahl derartiger Maßnahmen war so hoch, dass sie kaum mehr zu überblicken war. Die Betroffenen wurden in voller geistlicher Kleidung auf die Polizeistationen gebracht und dort ihres Gewandes beraubt entlassen – nicht selten verließen sie das Gebäude in Tränen aufgelöst und gedemütigt.“¹

Vor dem Hintergrund der skizzierten Maßnahmen lässt sich abschließend mit Nachdruck festhalten: Wenn der Wesenskern des Säkularismus in der konsequenten Trennung von Religion und Staat besteht, dann markiert die Ära Reza Schahs den Beginn der Errichtung eines säkularen politischen Systems im Iran – ein Fortschritt, der ohne das Vorhandensein eines starken, zentralisierten Staates nicht realisierbar gewesen wäre. Wenden wir uns nun jenem tiefgreifenden Wandel zu, der unmittelbar nach der Abdankung Reza Schahs im September 1941 einsetzte. Die Besetzung des Landes durch alliierte Truppen und die damit verbundene Schwächung der Zentralgewalt öffneten erneut den Weg für den ungehinderten Einfluss der schiitischen Autorität. Dies führte zur schrittweisen Erosion des unter Reza Schah errichteten säkularen Systems – ein Prozess, der sich, wie wir im Folgenden sehen werden, insbesondere während der Amtszeit Mohammad Mossadeghs, vor allem im Bereich der Kulturpolitik weiter verstärkte.

Die Schwächung des Säkularismus im Iran (September 1941 – August 1953)

Mit der Besetzung Irans durch die alliierten Streitkräfte im September 1941, der Abdankung Reza Schahs und dessen anschließender Ausreise verlor der iranische Staat weitgehend seine Autorität und Souveränität. In der Folge öffnete sich der öffentliche Raum erneut für das ungehinderte Wirken religiöser Kräfte, insbesondere unter der Führung der schiitischen Klerus.

In der überwiegend linksgerichteten iranischen Historiografie wird dieses Ereignis häufig als „Zusammenbruch der Diktatur Reza Schahs“ und als Beginn einer neuen Ära politischer Öffnung gewertet. Doch wie die nachfolgenden Ausführungen eindrucksvoll belegen, entpuppte sich diese

¹ Mohammad-Taqi Falsafi, *Erinnerungen und Kämpfe von Hojjatoleslam Falsafi*, herausgegeben von Ali Davani, Teheran: Zentrum für Dokumentation der Islamischen Revolution, 1999, S. 186.

vermeintliche Liberalisierung in Wahrheit als die Rückkehr reaktionärer religiöser Kräfte, deren Einfluss sich bis zum Jahr 1963 kontinuierlich ausweitete und gerade im Zeitraum zwischen 1941 und 1953 in einem massiven politischen Chaos kulminierte. Zu den bedeutendsten Folgen dieses von politischer Instabilität geprägten Jahrzehnts zählen die Ermordung zweier Premierminister – Abdolhossein Hazhir am 4. November 1949 und Hadsch Ali Razmara am 7. März 1951 –, die Ermordung des bekannten Intellektuellen Ahmad Kasravi am 21. März 1946 (30. Esfand 1324) sowie ein gescheitertes Attentat auf den konstitutionellen Monarchen Mohammad Reza Schah.

Bezüglich des letztgenannten Attentats verweist der Autor auf einen früheren Beitrag in derselben Zeitschrift und verzichtet an dieser Stelle² aus Platzgründen auf eine erneute Darstellung. Die drei erstgenannten Anschläge verdienen jedoch eine eingehendere Analyse.

Ein zentrales Element dieser drei Attentate ist, dass sie alle von Mitgliedern der extremistischen religiösen Gruppe „Fedajin-e Islam“ unter der Führung von Seyyed Mojtaba Navvab Safavi ausgeführt wurden. Besonders hervorzuheben ist, dass – zumindest im Falle des Attentats auf Premierminister Razmara – Mohammad Mossadegh direkt involviert war. Dies wird in den Memoiren von Ezatollah Sahabi, einem der prominentesten Unterstützer Mossadeghs und führenden Mitglieds der sogenannten Nationalen Front, offen dargelegt. Dort heißt es wörtlich:

„Bemerkenswert ist, dass die Fedajin-e Islam zu jener Zeit enge Kontakte zur Nationalen Front unterhielten. Die Ermordung Razmaras wurde in einer Sitzung erörtert, an der Navvab Safavi, Dr. Fatemi, Dr. Baghai, Makki, Dr. Shayegan und andere führende Köpfe der Nationalen Front teilnahmen – allerdings ohne Dr. Mossadegh und Ayatollah Kashani. Mossadegh war aus bestimmten Gründen nicht anwesend und hatte Fatemi als seinen Vertreter entsandt. Auch Ayatollah Kashani fehlte aufgrund seiner Differenzen mit Navvab Safavi. In dieser Zusammenkunft analysierten die Führer der Nationalen Front die politische Lage und kamen zum Schluss, dass die größte Gefahr von Razmara ausging, dem vorgeworfen wurde, den Iran an Großbritannien

verkaufen zu wollen. Der Schah wurde als gegenwärtig weniger gefährlich eingeschätzt – alle Übel gingen von Razmara aus. Auf diese Einschätzungen hin fragte Navvab Safavi: ‚Angenommen, Razmara wird heute ausgeschaltet‘ – dabei drehte er seine Teetasse auf dem Unterteller um – ‚was dann? Könnt ihr garantieren, dass danach die islamischen Gebote umgesetzt werden?‘ Die Anwesenden bejahten diese Frage. Wenige Monate später, am 7. März 1951, erschossen die Fedajin-e Islam Razmara in der Shah-Moschee. Sein Tod hatte maßgeblichen Einfluss auf die Ölverstaatlichungsbewegung, die innerhalb einer Woche im Parlament beschlossen wurde.“³

Gemäß diesem eindeutigen Eingeständnis von Ezatollah Sahabi war Mossadegh über das besagte Treffen wohl informiert und hatte Hossein Fatemi – der später im zweiten Kabinett Mossadeghs das Amt des Außenministers bekleidete – als seinen persönlichen Bevollmächtigten zu jener Sitzung entsandt. Der zentrale Punkt in der Argumentation dieses Artikels ist jedoch die Bedingung, Der zentrale Kern der vorliegenden Argumentation dieses Artikels liegt jedoch in der von Navvab Safavi formulierten Bedingung für das Attentat auf Razmara: die konsequente Durchsetzung der islamischen Rechtsordnung – wohlgerneht in seiner extremistischen Auslegung – nach der Machtübernahme durch die Mitglieder der Nationalen Front unter der Führung Mohammad Mossadeghs. Nach Sahabis Schilderung akzeptierten sämtliche Anwesenden diese Bedingung vorbehaltlos. Noch bemerkenswerter ist der Umstand, dass der Mörder Razmaras, Khalil Tahmasebi, wenige Monate nach dem Attentat unter dem zunehmenden Druck des hochrangigen schiitischen Klerus, insbesondere auf Betreiben Abolghasem Kashani – aus dem Gefängnis entlassen wurde. Dies geschah während der Amtszeit von Premierminister Mossadegh und auf Grundlage eines Gesetzes, das in der 17. Legislaturperiode des Nationalrats verabschiedet wurde, in der Mossadeghs Anhänger die Mehrheit bildeten. Am 7. August 1952 wurde in einer Dringlichkeitssitzung ein Gesetzesvorschlag mit dreifacher Eilbedürftigkeit von mehreren Befürwortern Mossadeghs eingebracht und zügig beschlossen. Der Gesetzestext lautete wörtlich:

„Da Personen, denen nachgewiesen werden kann, dass sie sich gegen das Volk und gegen die gesellschaftlichen Interessen

2 Der Nationalismus Mossadeghs und sein Machtspiel mit Auswirkungen auf die konstitutionelle Monarchie im Iran
<https://irandiskurs.de/nr-2-november-2024/der-nationalismus-mossadeghs-und-sein-machtspiel-mit-auswirkungen-auf-die-konstitutionelle-monarchie-im-iran/>

3 Ezatollah Sahabi, *Ein halbes Jahrhundert Erinnerung und Erfahrung: Die Memoiren von Ingenieur Ezatollah Sahabi von der Kindheit bis zur Revolution von 1979*, Teheran: Farhang-e Saba Verlag, 2010, S. 99. Davoud Hermidas-Bavand, ein weiteres Mitglied der Nationalen Front und ein überzeugter Anhänger Mossadeghs, hat in einer Podiumsdiskussion ausdrücklich zugegeben, dass das Attentat auf Razmara notwendig gewesen sei, um die nationalen Interessen Irans zu verteidigen. Siehe dazu: „Hintergründe der Ermordung von Razmara – eine Analyse“, Podiumsdiskussion mit Davoud Hermidas-Bavand, Fereydoun Majlessi und Ehsan Emadi, *Ghulam-Yaran Magazin*, Nr. 16, Nouruz 2019.

zugunsten ausländischer Mächte erheben, unabhängig von Konfession oder Ideologie als zum Tode verurteilt gelten (mahdūr al dam), legen wir Unterzeichner den folgenden Paragraphen mit der Bitte um sofortige Verabschiedung vor:

Einziger Paragraph: Da der Verrat Haj Ali Razmaras und seine Unterstützung für ausländische Mächte für das iranische Volk erwiesen ist, wird, selbst unter der Annahme, dass sein Mörder der Gelehrte Khalil Tahmasebi war, dieser aus Sicht des Volkes als unschuldig und freigesprochen angesehen.“

Mozaffar Baqā'i, der zu jener Zeit noch ein überzeugter Anhänger Mossadeghs und einer der führenden Köpfe der Nationalen Front war, bezeichnete in seiner Verteidigung der Notwendigkeit zur Annahme dieses Gesetzes Tahmāsebi als Verkörperung des „nationalen Willens“ und erklärte in derselben Sitzung des Parlaments:

„Da Generalleutnant 'Alī Razmārā während seiner Amtszeit als Generalstabschef und als Regierungschef kein Gesetzesverstoß – einschließlich der Einmischung in sowie Einschüchterung und Bedrohung des Justizapparats und der gesetzgebenden Gewalt – unterlassen hat ... halten die unterzeichnenden Abgeordneten Herrn Ostād alī Tahmāsebi für eine Verkörperung des nationalen Willens und seine Tat für eine Ausführung des Urteils der öffentlichen Meinung. Wir sind voller Zuversicht, dass – im Respekt vor der öffentlichen Meinung und der konstitutionellen Ordnung Irans – das Gericht kein Urteil fällen wird, das Gerechtigkeit und Gewissen widerspricht; denn in diesem Fall ist es das iranische Volk selbst, das dem Richterspruch jenes Gerichts unterworfen sein wird.“

Die Unterzeichner dieses Gesetzesentwurfs waren sämtlich Mitglieder der Nationalen Front und Unterstützer Mossadeghs. Zu ihnen gehörten: Shams Qanat-Abadi, Karimi, Seyyed Javadi, Ingenieur Hassibi, Dr. Shayegan, Naser Jalali, Angaji, Dr. Baghai, Ali Zahiri, Hossein Makki, Zeyrekzadeh, Dr. Maleki, Parsa, Modarres, Dr. Falsafi, Nazerzadeh, Haeri-Zadeh, Eqbal, Vakeelpour, Akhgar, Milani, Shapouri, Farzaneh, Mo'tamed Damavandi, Naser Zolfaqari, Dr. Sanjabi und Nariman. In derselben Sitzung war auch der damalige Justizminister Abdolali Lotfi als Vertreter der Mossadegh-Regierung anwesend und verteidigte den Gesetzesentwurf. Unmittelbar nach seiner Freilassung suchte Khalil Tahmasebi Ayatollah Seyyed Abolghasem Kashani auf – ein Treffen, das auch fotografisch dokumentiert wurde.

Die Zeitungen Ettela'at vom 17. November 1952 sowie Bākhtar-e Emrooz, unter Leitung von Hossein Fatemi, dem

damaligen Außenminister in Mossadeghs Kabinett, berichteten bereits am 16. November 1952 über diese Zusammenkunft. Tags darauf kam es zu einem weiteren, jedoch nicht öffentlich dokumentierten Treffen zwischen Tahmasebi und Mossadegh, zu dem die Presse keinen Zutritt erhielt und von dem daher keine fotografischen Aufzeichnungen existieren.



Von rechts nach links: Khalil Tahmasebi (der Attentäter von Razmara), Abdolhossein Vahedi und Navab.

Trotz all dieser Umstände hatte Mohammad Mossadegh selbst einige Monate vor dem Attentat auf Razmara während einer Sitzung des Nationalrat am 29. Juni 1950 öffentlich mit dessen Ermordung gedroht. Diese Sitzung war der Prüfung des von der Regierung Razmara eingebrachten Zusatzprotokolls zum Erdölabkommen zwischen der iranischen Regierung und der Anglo-Iranian Oil Company – bekannt unter dem Namen „Gass-Golshayan-Abkommen“ – gewidmet. Zu Beginn der Debatte äußerte Mossadegh in offenem Protest gegen die seiner Ansicht nach rechtswidrige Einsetzung von Militärs in Regierungsämter:

„Gott ist mein Zeuge: Selbst wenn sie uns töten und in Stücke reißen, werden wir uns nicht der Herrschaft solcher Personen unterwerfen ... Wir werden Blut vergießen, Blut vergießen, vergießen und getötet werden (wütend). Wenn Sie ein Militär sind Anspielung auf Razmaras militärischen Hintergrund], dann bin ich militärischer als Sie. Ich werde töten, ich werde Sie hier und jetzt töten.“

Bereits mehr als ein Jahr zuvor, am 4. November 1949, war der ehemalige Premierminister Abdolhossein Hazhir – dessen Amtszeit von Juni bis November 1948 reichte – von Seyyed Hossein Emami, einem Mitglied der terroristischen

Organisation Fadā'iyān-e Islam, ermordet worden. Derselbe Emami hatte bereits zuvor, am 21. März 1946, gemeinsam mit seinem Bruder Seyyed Ali Emami einen Anschlag auf den bedeutenden iranischen Intellektuellen Ahmad Kasravi verübt. Kasravi – ein herausragender Jurist und Historiker, dessen Werke zu den grundlegenden Quellen der iranischen konstitutionellen Bewegung zählen – galt als Vordenker religiöser Reformen und als unerschrockener Kritiker des extremistischen Islam.

Mit Nachdruck protestierte er gegen die Aufhebung der Beschränkungen für den Einfluss des schiitischen Klerus durch die Regierung nach dem Shahwechsel im September 1941. Anfang 1944 verfasste er in diesem Zusammenhang einen offenen Brief an den damaligen Premierminister Morteza Qoli Bayat. In diesem warnte er eindringlich vor den Gefahren einer uneingeschränkten Macht des schiitischen Klerus und schrieb:

„... In diesem Land leben mehr als zehn Glaubensgemeinschaften – unter Bezeichnungen wie Schiiten, Sunniten, Zoroastrier, Christen, Ali-Allahis, Sufis, Bahai, Sheikhis, Ismailiten und andere – verteilt über verschiedene Regionen Irans. Dass die dschafaritische Rechtsschule als offizielle Religion anerkannt ist und dies auch in der Verfassung verankert wurde, ist unbestritten. Doch dass die Schiiten unter Anstiftung der Mullahs für sich das Recht beanspruchen dürfen, andere Religionsgemeinschaften ungestraft zu verfluchen und zu verdammen, steht in eklatantem Widerspruch zur konstitutionellen Ordnung und zur Demokratie. Diese [schariaorientierten Kleriker] begreifen den Sinn einer konstitutionellen Ordnung nicht: Dass das iranische Volk sein Land als Heimat begreift, sich um dessen Fortschritt und Freiheit bemüht und das Gesetz respektiert. Die Mullahs hingegen sagen, dass Gott die Welt einzig zum Schutz der vierzehn Unfehlbaren erschaffen habe – man müsse sie verehren, ihre Gräber mit Kuppeln und Schreinen überziehen und sie aus der Ferne besuchen ... Doch wo findet sich in diesen Aussagen ein Bezug zum Wohl des Landes oder zur Sorge um dessen Zukunft? Die Weltsicht eines Mullahs ist von der Vorstellung geprägt, dass das Unrecht auf Erden stetig zunehmen müsse, damit das Erscheinen des Imam Mahdi bevorsteht, der schließlich Gerechtigkeit bringe. Der Grund dafür, dass die konstitutionelle Ordnung in Iran nicht so erfolgreich ist wie in westlichen Staaten, liegt in der Inkompatibilität der Mullahs mit dem Gesetz,

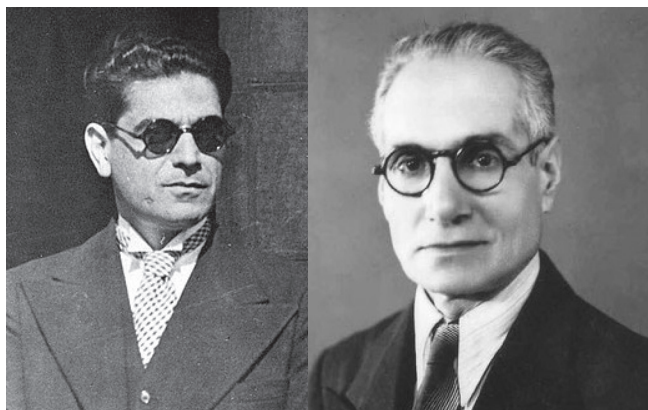
einschließlich des konstitutionellen Gesetzes. Bei jedem Versuch, Fortschritte zu erzielen, begegnen uns Hindernisse von Seiten der Mullahs: Die Justiz sei unislamisch, die Grundschule sei unislamisch, die Wehrpflicht sei unislamisch, das Personenstandsregister und die Steuer seien unislamisch, die Universität sei unislamisch, ja überhaupt alles außerhalb ihres Systems sei unislamisch Dass die Mullahs glauben, sie könnten durch Gewalt und Flüche andere Meinungen unterdrücken, muss durch die Regierung entschieden zurückgewiesen werden. Es muss ihnen deutlich gemacht werden, dass ihnen keine solche Autorität verliehen wurde. Ich schlage vor, Seine Majestät möge anordnen, dass Vertreter der Mullahs mit sachkundigen Persönlichkeiten in einen Dialog treten, um ihnen die Notwendigkeit der Gesetzestreue zu verdeutlichen. Sollten sie sich dem Gesetz fügen, ist dies begrüßenswert – widrigenfalls müssen sie streng bestraft werden. Glauben Sie mir: Die Geistlichkeit ist heute ein ernsthaftes Problem für dieses Land. Wenn Sie sie unterschätzen oder nachgiebig mit ihr umgehen, wird unweigerlich der Tag kommen, an dem diese Unwissenden Iran in den Abgrund stürzen.“⁴

Schließlich wurde Kasravi infolge dieser Warnungen von der terroristischen Gruppe Fada'iyān-e Islam ermordet, und zwar im Justizpalast, während er sich vor Gericht gegen den Vorwurf der Beleidigung von Heiligtümern verteidigte. Bemerkenswert ist, dass der Kläger in Kasravis Fall der damalige Kulturminister Gholamhossein Rahnama war, der ihn wegen der Veröffentlichung irreführender und religionsfeindlicher Bücher verklagt hatte. Diese Klage seitens eines Regierungsbeamten zeigt deutlich die Macht extremistischer religiöser Gruppen in Iran zu jener Zeit.

Nach diesem schrecklichen Attentat und der Verhaftung der Täter entstand eine Welle der Unterstützung für die Terroristen seitens hochrangiger Kleriker, und zahlreiche Telegramme, die die Notwendigkeit der Freilassung der Terroristen betonten, wurden an die Hauptstadt gesendet. Schließlich wurde, während die hauptsächlich linksgerichteten Intellektuellen jener Zeit zu diesem Verbrechen bedeutungsvoll schwiegen, Hossein Emami aus dem Gefängnis entlassen. Ironischerweise war zu diesem Zeitpunkt ausgerechnet Hazhir selbst Premierminister – jener Mann, der entscheidend an der Freilassung von Kasravis Mörder mitgewirkt hatte und später durch eben diesen Mann ermordet wurde.⁵

4 Dieser Brief war ursprünglich eine Antwort, die Kasravi als Reaktion auf die Kritik seiner Gegner verfasste – insbesondere auf Ali Dashti, eine prominente intellektuelle und politische Persönlichkeit Irans sowie Autor des bekannten Buches *Dreiundzwanzig Jahre*, der im Parlament gegen Kasravis Angriffe auf bedeutende iranische Dichter und Literaten sowie gegen das Verbrennen ihrer Werke durch ihn protestiert hatte. Der genannte Brief wurde noch im selben Jahr unter dem Titel *Die Regierung soll uns antworten* in Teheran (Peyman-Druckerei) veröffentlicht.

5 Für nähere Informationen über das Attentat auf Kasravi siehe: Nasser Pakdaman, *Der Mord an Kasravi*, dritte Auflage mit Ergänzungen, Deutschland: Forough Verlag, 2004.



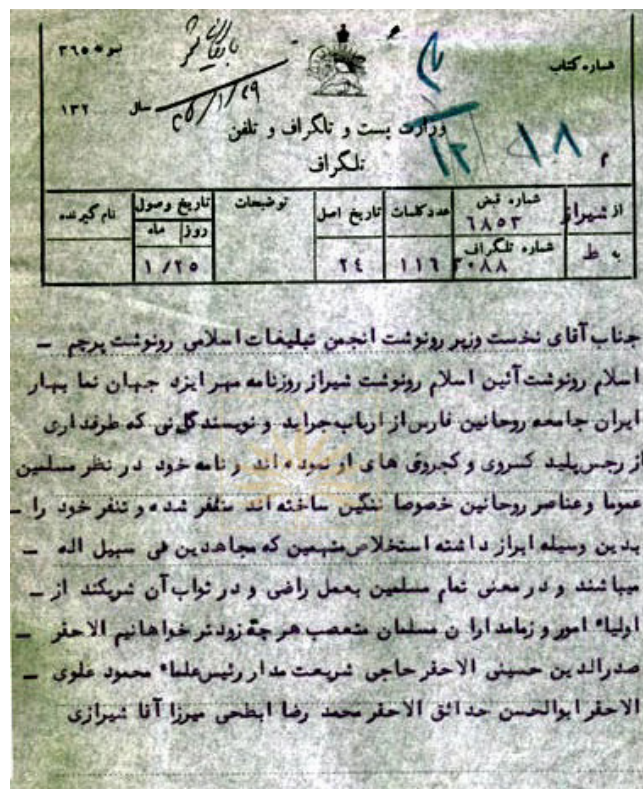
Abdolhossein Hazhir

Ahmad Kasravi

Um den historischen Kontext der von radikalen Islamisten verübten Attentate zu verstehen, ist es erforderlich, einen genaueren Blick auf das Wiedererstarken religiöser Strömungen im Zeitraum zwischen der Abdankung Reza Schahs im September 1941 und der Absetzung von Premierminister Mohammad Mossadegh im August 1953 zu werfen. Eine Auswertung archivalischer Quellen, zeitgenössischer Presseberichte sowie öffentlicher Stellungnahmen führender Persönlichkeiten religiöser Bewegungen offenbart einen deutlichen Anstieg klerikaler Aktivitäten in zahlreichen Städten und Regionen des Landes. Die Gründung Dutzender islamischer Lehranstalten (madāres-e eslāmi) sowie die Herausgabe einer Vielzahl religiöser Zeitschriften stellen markante Ausdrucksformen dieses Aufschwungs dar.

Eines der zentralen Angriffsziele dieser religiösen Kreise war das säkulare Bildungssystem, das unter Reza Schah etabliert worden war. So forderte beispielsweise Ayatollah Seyyed Hossein Tabataba'i Qomi – der im Zuge der Proteste von Geistlichen gegen das Tragen des europäischen Hutes (kollāh farangi) im Jahr 1935 (1314) aus der Goharshad-Moschee in Maschhad verhaftet und in die irakischen Atabat verbannt worden war – nach seiner Rückkehr in den Iran im Jahr 1943 (1322) das Kulturministerium dazu auf, den islamischen Religionsunterricht in öffentlichen Schulen wieder einzuführen sowie den Unterricht für Jungen und Mädchen strikt zu trennen.

Eines der zentralen Angriffsziele dieser religiösen Kreise war das säkulare Bildungssystem, das unter Reza Schah mit Nachdruck eingeführt worden war. So forderte beispielsweise Ayatollah Seyyed Hossein



Telegramm der Geistlichen der Provinz Fars zur Unterstützung der Freilassung der Mörder von Kasravi

Tabataba'i Qomi – der infolge der Proteste gegen das von der Regierung verordnete Tragen des europäischen Hutes im Jahr 1935 aus der Goharshad-Moschee in Maschhad verhaftet und in die heiligen schiitischen Städte des Irak (Atabat) verbannt worden war – unmittelbar nach seiner Rückkehr in den Iran im Jahr 1943, dass das Kulturministerium den islamischen Religionsunterricht in öffentlichen Schulen wieder einführt und eine strikte Geschlechtertrennung im Unterricht etabliert.⁶

Diese Forderung, die von Ayatollah Boroudjerdi, einer der einflussreichsten religiösen Autoritäten jener Zeit, ausdrücklich unterstützt wurde, fand Gehör in der Regierung und wurde im Obersten Kulturrat (Shorā-ye 'Ali-ye Farhang) eingehend diskutiert. In einer Sitzung dieses Gremiums erklärte der damalige Kultusminister Dr. Isa Sediq:

„In den vergangenen Jahren wurde dieser Aspekt leider durch andere Prioritäten überdeckt ... mittlerweile richtet das Ministerium seine Aufmerksamkeit erneut auf diese Angelegenheit, und es ist beabsichtigt, insbesondere in den Grundschulen eine religiös geprägte Erziehung und Unterweisung zu ermöglichen.“⁷

6 Mojtaba Ahmadi u. a. (2000), *Das Augenlicht und die Leuchte der Geistlichkeit*, Qom: Verlag des Büros für Islamische Propaganda, S. 84

7 Zentrum für Dokumentation des Bildungsministeriums, Protokoll der Sitzung des Obersten Kulturrats, 473. Sitzung, vom 10. Januar 1944.

In einer weiteren Sitzung wurde beschlossen, dem Religionsunterricht in den Schulen größeres Gewicht zu verleihen⁸. So verabschiedete der Rat eine Maßnahme zur Verpflichtung der vollständigen Unterrichtung des Koran in den Grundschulen: Anstelle der bislang genutzten Auswahlverse sollte künftig der gesamte Koran, von Anfang bis Ende, in den Klassen drei bis sechs mit drei Wochenstunden unterrichtet werden – so dass am Ende des sechsten Schuljahres der gesamte Text vollständig gelehrt worden sei.

Auch hinsichtlich des islamischen Religionsunterrichts wurde eine grundlegende Neuregelung beschlossen: Es sollte ein speziell konzipiertes Lehrbuch erstellt werden, das in den Klassen eins und zwei eine Wochenstunde und in den höheren Klassen zwei Wochenstunden zum Einsatz kommen sollte. Zudem wurde für Internatsschulen die Einrichtung eines separater Gebetsräume vorgesehen.⁹

Insgesamt zeigt sich, dass die Forderung nach einer stärkeren Integration religiöser Riten und Normen in das öffentliche Schulwesen in der genannten Übergangsphase mit wachsendem Nachdruck von Seiten hochrangiger Kleriker formuliert wurde. So betonte der religiöse Publizist Taqavi Shirazi in einem Schreiben an den Obersten Kulturrat „die Notwendigkeit verpflichtender Gebete in den Schulen“¹⁰. Der Vorschlag wurde mit Zustimmung des konservativen Klerikers Lāhijī, einem angesehenen Modjtahid und Ratsmitglied, an das Gremium zur weiteren Prüfung verwiesen. Ein weiteres Beispiel stellt Ayatollah Reza Kalbasi dar, ein wichtiger Kleriker aus Maschhad und erklärter Unterstützer der Ölverstaatlichungsbewegung unter Mossadegh. In einem Telegramm an die Regierung forderte er die Einführung verpflichtender Gemeinschaftsgebete während des Ramadan in sämtlichen Schulen des Landes.¹¹

Im Jahr 1943 brachte Ali-Akbar Siassi, der damalige Kulturminister, einen Gesetzesentwurf zur Einführung der allgemeinen Grundschulpflicht in die Nationale Beratende Versammlung ein, der auch verabschiedet wurde. Die Umsetzung dieses Gesetzes verzögerte sich jedoch infolge der politischen Instabilität, die durch die Anwesenheit

allierter Truppen im Iran verursacht worden war. Nach dem Abzug der Alliierten konnte die Regierung die Umsetzung des Schulpflichtgesetzes erneut in Angriff nehmen. Ende des Jahres 1946, unmittelbar nach Bekanntwerden der Reformpläne des Kulturministeriums, wandte sich Ayatollah Boroudjerdi – zu jener Zeit der ranghöchste schiitische Marja' – direkt an den Schah mit der Forderung, die religiöse Erziehung im Rahmen der allgemeinen Schulbildung zu gewährleisten. Der Schah übermittelte die Forderung Ayatollah Boroudjerdīs an den damaligen Kulturminister Shayegan weiter. Shayegan wiederum betonte in einem Schreiben an Ayatollah Boroudjerdi ausdrücklich:

„Im ersten Schritt wird das Kulturministerium unter Konsultation mit den religiösen Gelehrten Eurer Exzellenz Ayatollah Boroudjerdi bei der Ausarbeitung des Religionsunterrichts für die vierjährige Grundschulausbildung Ihre Ansichten berücksichtigen.“

Zu diesem Zweck wurde noch im selben Jahr im Kulturministerium eine Kommission eingerichtet, an der mehrere prominente religiöse Persönlichkeiten aus Teheran teilnahmen. Zwei Mitglieder dieser Kommission – Yadollah Sahabi und Mehdi Bazargan – entwickelten sich später zu zentralen Unterstützern von Premierminister Mossadegh¹². Die Kommission verfasste und verabschiedete das Dokument „Programm des religiösen Unterrichts an den vierjährigen Grundschulen im Rahmen des Gesetzes zur allgemeinen Schulpflicht“¹³. Diese Tendenz zur verstärkten Religionisierung des staatlichen Bildungssystems setzte sich auch während der Regierungszeit Mossadeghs fort, wobei zunehmend radikalisierte Forderungen von Seiten schiitischer Autoritäten formuliert wurden. So verlangte Ayatollah Gholamhossein Tork Tabrizi, ein hochrangiger Geistlicher aus Maschhad, in einer Reihe von Vorschlägen an Premierminister Mossadegh die vollständige „Säuberung“ des Bildungssystems von Einflüssen der kommunistischen Tudeh-Partei sowie der Bahai-Gemeinde. In seinem Schreiben betonte er:

„Die Neugestaltung des Bildungssystems verdient Ihre höchste Priorität. Dieses System soll ein Raum sein, in dem der Glaube an religiöse Prinzipien gestärkt und die Entfaltung

8 Zentrum für Dokumentation des Bildungsministeriums, Protokoll der 499. Sitzung des Obersten Kulturrats, vom 24. Oktober 1944.

9 Zentrum für Dokumentation des Bildungsministeriums, Protokoll der 500. Sitzung des Obersten Kulturrats, vom 31. Oktober 1944.

10 Zentrum für Dokumentation des Bildungsministeriums, Protokoll der 599. Sitzung des Obersten Kulturrats, vom 18. Januar 1947.

11 Zentrum für Dokumentation des Präsidialamts, Akte Nr. 20975.

12 Zentrum für Dokumentation des Präsidialamts, Akte Nr. 1746.

13 Zentrum für Dokumentation des Bildungsministeriums, Protokoll der 598. Sitzung des Obersten Kulturrats, vom 8. März 1947.

*moralischer Tugenden gezielt gefördert wird.*¹⁴

Neben diesen ausdrücklich reaktionär-religiösen Forderungen verabschiedete der Oberste Kulturrat in seiner 839. Sitzung am 21. Juni 1953 – während der Amtszeit von Premierminister Mohammad Mossadegh – unter dem Einfluss eines dezidiert antiimperialistischen und stark westfeindlichen Diskurses einen Beschluss, der sich gegen die Existenz ausländischer Schulen im Iran sowie gegen die Einschulung iranischer Schülerinnen und Schüler an eben diesen Einrichtungen richtete.

Dieser Widerstand gewinnt erst dann an Bedeutung, wenn man bedenkt, dass zuvor, am 9. Oktober 1950, im Rahmen des sogenannten „Point Four“-Programms (Vierter Punkt der Truman-Doktrin), auf Grundlage einer Vereinbarung zwischen Razmara, dem später ermordeten Premierminister, dessen Ermordung, wie erwähnt, von der Terrorgruppe Fada'iyān-e Islam unter Mitwissen von Mitgliedern der Nationalen Front und von Mossadegh selbst ausgeführt wurde, und Henry Grady, dem damaligen US-Botschafter in Teheran, beschlossen wurde, bestimmte Ausbildungszentren zur Qualifizierung von Fachkräften in den Bereichen Landwirtschaft, Bildung und Gesundheit einzurichten.¹⁵

Die Regierung Mossadegh verabschiedete zudem am 8. Januar 1953 ein neues Gesetz über den Obersten Kulturrat, das durch den Nationalrat bestätigt wurde. In der Präambel dieses Gesetzes wurde, in ausdrücklicher Abkehr vom vorherigen Gesetz, dem sogenannten Gesetz des Obersten Rates für Bildung vom 11. März 1922, das während der Herrschaft Reza Schahs die Grundlage für politische Entscheidungen und Strategien im Bildungswesen bildete, nun die „Förderung islamischer Lehren“ betont.

Fazit

Die vorliegenden Dokumente und Belege, von denen im Rahmen dieses Beitrags lediglich eine Auswahl berücksichtigt wurde, belegen eindrucksvoll, dass Mohammad Mossadegh entgegen dem weit verbreiteten Narrativ keineswegs an das Prinzip der Trennung von Religion und Staat als tragende Säule eines säkularen Gemeinwesens glaubte. Vielmehr suchte er in entscheidenden historischen Momenten bewusst die Allianz mit den reaktionärsten religiösen Kräften, um seine

politischen Ziele durchzusetzen.

Tatsächlich war der gesellschaftliche Einfluss der religiösen Strömungen unter der Führung des schiitischen Klerus derart allumfassend, dass nahezu keine andere politische Kraft, selbst solche, die im eigentlichen Sinne als säkular zu bezeichnen wären, in der Lage war, diese Kräfte aus der politischen Gleichung zu verdrängen oder sie auch nur zu ignorieren.

Die Kontrolle religiöser Strömungen und damit die Einhaltung eines säkularen Grundsatzes war, ob man es nun gutheißt oder nicht, in einer überwiegend religiösen Gesellschaft wie der des Iran jener Jahre ohne Rückgriff auf die durchsetzungsfähige Gewalt des Staates schlichtweg nicht möglich. Genau das war es, was während der Herrschaft Reza Schahs geschah, ein Vorgang, der jedoch von seinen Gegnern, die nach dem September 1941 wieder auf die politische Bühne Irans zurückkehrten, als Ausdruck von Despotismus und Autokratie gebrandmarkt und deshalb moralisch abgelehnt wurde.

Wie der Verfasser bereits in einem früheren Beitrag unter dem Titel „Der Nationalismus Mossadeghs und sein Machtspiel mit Auswirkungen auf die konstitutionelle Monarchie im Iran“ in derselben Zeitschrift dargelegt hat, führte Demokratie, verstanden als die Herrschaft des Mehrheitswillens, in der neueren Geschichte Irans, insbesondere in der Phase zwischen September 1941 und August 1953, zu nichts anderem als zur Vorherrschaft reaktionärer religiöser Kräfte.

Die Machtübernahme der reaktionärsten dieser Kräfte nach der Islamischen Revolution von 1979, die im Wesentlichen eine Folge der politischen Öffnung ab dem Jahr 1977 war, bestätigt diese Analyse nachdrücklich.

In Gesellschaften wie dem Iran zwischen 1941 und 1953 war, bei nüchterner Betrachtung und unter Zugrundelegung einer realistischen, nicht idealistischen politikwissenschaftlichen Analyse, ein gewisses Maß an staatlicher Autorität zur Eindämmung reaktionärer Kräfte unvermeidlich. Dies entspricht auch einer etablierten These in der modernen politischen Theorie, die unter dem Begriff der „Priorität des Liberalismus vor der Demokratie“ bekannt ist, eine Thematik, die einer eigenständigen Abhandlung bedarf.

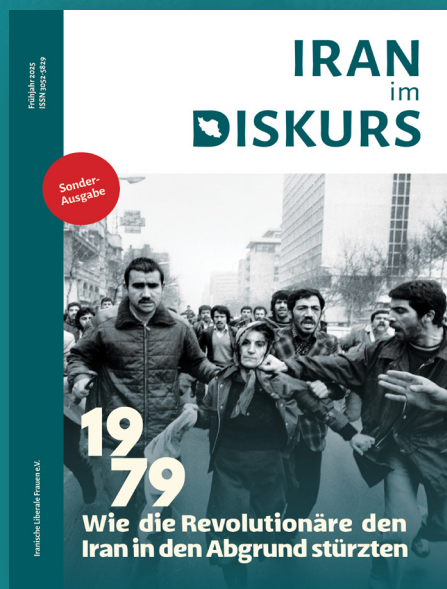
14 Zentrum für Dokumentation des Präsidialamts, Akte Nr. 12087. Mohammad-Mehdi Abdokhodaei, Mitglied der terroristischen Gruppe Fedayan-e Islam, ist einer der Söhne eben jenes Ayatollahs. Am 14. Februar 1952 verübte er ein Attentat auf Hossein Fatemi, das jedoch erfolglos blieb.

15 Teymur Bashirgonbadi (Hrsg.), *Dokumente zum Truman-Doktrin-Programm in Iran (1946–1957)*, Band 1, Teheran: Verlag des Ministeriums für Kultur und Islamische Führung, 2003, S. 58–62.



1979

Wie die Revolutionäre den Iran in den Abgrund stürzten



<https://irandiskurs.de>



Spenden Sie für "Iran im Diskurs"

Iran im Diskurs ist mehr als eine Zeitschrift. Sie ist ein unabhängiges Forum für tiefgründige Analysen, authentische Stimmen und differenzierte Perspektiven. Für alle, die den Iran nicht nur beobachten, sondern in seiner ganzen historischen, politischen und gesellschaftlichen Komplexität verstehen wollen.

Wir stehen für inhaltliche Unabhängigkeit, geistige Standhaftigkeit und eine klare Haltung.

Mit Ihrer Spende tragen Sie dazu bei, *Iran im Diskurs* kontinuierlich zu verfassen und zu veröffentlichen. Sie helfen, einen Raum für kritisches Denken, für Sprache mit Haltung und für Stimmen mit Tiefe zu bewahren – gerade in Zeiten, in denen differenzierte Meinungen zunehmend unter Druck geraten.

Mit Ihrer Unterstützung stehen wir stark für Wahrheit und Standhaftigkeit.



irandiskurs 

irandiskurs 

<https://irandiskurs.de> 